

Christian Bumke  
Andreas Voßkuhle

Casebook  
Verfassungs-  
recht

9. Auflage



MOHR SIEBECK

Bumke / Voßkuhle  
Casebook Verfassungsrecht  
9. Auflage





Christian Bumke  
Andreas Voßkuhle

# Casebook Verfassungsrecht

9. Auflage

Mohr Siebeck

*Christian Bumke*, geboren 1963; 1996 Promotion; 2003 Habilitation; Inhaber des Commerzbank-Stiftungslehrstuhls Grundlagen des Rechts an der Bucerius Law School in Hamburg.

*Andreas Voßkuhle*, geboren 1963; 1992 Promotion; 1998 Habilitation; Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Direktor des dortigen Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie (Abt. I); von 2008 bis 2020 Richter, Vizepräsident (2008–2010) und Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010–2020).

Die Auflagen 1 bis 5 dieses Buches sind im Verlag C. H. Beck, München, erschienen. Begründet und bis zur 4. Auflage bearbeitet von Gunnar Folke Schuppert und Ingo Richter.

6. Auflage 2013

7. Auflage 2015

8. Auflage 2020

ISBN 978-3-16-161557-3 / eISBN 978-3-16-161558-0

DOI 10.1628/978-3-16-161558-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verarbeitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Rotation und der Syntax gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden. Den Umschlag entwarf Uli Gleis, Tübingen.

Printed in Germany.

## Vorwort zur 9. Auflage

Seit dem Erscheinen der 8. Auflage des „Casebook Verfassungsrecht“ im Herbst 2020 sind lediglich drei Jahre vergangen. Viele grundlegende Entscheidungen in dieser krisenreichen Zeit und die intensive Rezeption des Buches haben uns aber motiviert, zügig die 9. Auflage in Angriff zu nehmen. Berücksichtigt werden konnten dafür Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bis Anfang April 2023. Was den angestrebten Nutzen des Casebooks angeht, so verweisen wir auf das Vorwort zur 6. Auflage.

Wir danken unseren Mitarbeitern Niklas Ettwig, Maria-Teresa Karl, Jule Martenson, Fritz Schäfer, Freya Blumenstein, Carl Gremmel, Friedrich Muche, Kim Marie Reinert, Jonas Schulz (Hamburg) sowie Moritz Bückle, Helen Goppelt, Annika Hommer, Philipp Koepsell, Rahel Sophie Meinhof, Anne Panther, Antonia Paulus, Kristina Schmidt, Paula Schröder und Hannes Sturm (Freiburg). Die Last der Gesamtkoordination hatte Herr Jonatan Flaig (Freiburg) zu tragen. Ihnen allen sind wir zu großem Dank verpflichtet.

Kritik und Anregungen erreichen uns wie immer unter:

Prof. Dr. Christian Bumke, Commerzbank Stiftungslehrstuhl Grundlagen des Rechts, Bucerius Law School, Jungiusstr. 6, 20355 Hamburg, christian.bumke@law-school.de

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie, Abteilung I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Werthmannstraße 4, 79085 Freiburg i. Br., staatswissenschaft@jura.uni-freiburg.de

Hamburg/Freiburg i. Br., im April 2023

Christian Bumke  
Andreas Voßkuhle

## Vorwort zur 6. Auflage

Die Neuauflage des „Casebook Verfassungsrecht“ erscheint im neuen Gewand. Wir danken dem Verlag C.H. Beck für die Betreuung der ersten fünf Auflagen und dem Verlag Mohr Siebeck für die Aufnahme des Buches in sein Lehrbuchprogramm.

Seit der letzten Auflage aus dem Jahre 2008 ist nicht nur das Grundgesetz mehrfach geändert worden, auch das Bundesverfassungsgericht ist nicht untätig geblieben. Mittlerweile liegen über 130 Bände der Amtlichen Entscheidungssammlung vor. Es existieren kaum noch Lebensbereiche in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht unter einem bestimmten Aspekt einmal Gegenstand verfassungsgerichtlicher Verfahren waren. Ziel des Casebooks ist es vor diesem Hintergrund weiterhin, Studierenden, aber auch allen anderen Interessierten anhand von ausgewählten und systematisch aufbereiteten Originalpassagen aus zentralen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die Argumentations- und Arbeitsweise des Gerichts näherzubringen. Gleichzeitig soll auf diese Weise ein Überblick über die examensrelevanten Grundzüge des deutschen Verfassungsrechts gegeben werden. Dabei vermag das Casebook weder ein wissenschaftliches Lehrbuch vollständig zu ersetzen noch handelt es sich um eine bloße Fallsammlung. Es stellt vielmehr die didaktische Antwort auf die zunehmende Bedeutung des verfassungsrechtlichen „Case-Law“ dar.

Bei den Arbeiten zur Neuauflage konnten wir einmal mehr auf die umsichtige und kompetente Unterstützung unserer Mitarbeiter bauen. Besonderer Dank gebührt Martin Diesterhöft, Cordt van Geuns-Rosch, Moritz Lange, Marieke Otto, Christos Paraschiakos, Lydia Rautenberg, Jacob Roggon, Jan Sturm und Martin Vocks.

Wir freuen uns über Kritik und Anregungen. Sie erreichen uns unter:

Prof. Dr. Christian Bumke, Commerzbank-Stiftungslehrstuhl Grundlagen des Rechts, Bucerius Law School, Jungiusstr. 6, 20355 Hamburg, christian.bumke@law-school.de

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie, Abteilung I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Platz der Alten Synagoge 1, 79085 Freiburg i. Br., staatswissenschaft@jura.uni-freiburg.de

Hamburg/Freiburg i. Br., im Mai 2013

Christian Bumke  
Andreas Voßkuhle

# Inhaltsübersicht

## Teil I. Allgemeine Grundrechtslehren

	Seite	Rn.
A. Grundrechte . . . . .	1	1
B. Grundrechtsberechtigte . . . . .	3	6
C. Grundrechtsverpflichtete . . . . .	10	33
D. Grundrechtswirkungen . . . . .	15	51
E. Grundrechtskonkurrenzen . . . . .	71	257

## Teil II. Besonderer Teil

Art. 1 Abs. 1 GG – Menschenwürde . . . . .	75	269
Art. 2 GG – Schutz der Persönlichkeit . . . . .	84	311
Art. 3 GG – Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	119	451
Art. 4 GG – Glaubens- und Gewissensfreiheit . . . . .	141	526
Art. 5 GG – Kommunikationsfreiheiten, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit . . . . .	161	617
Art. 6 GG – Ehe und Familie . . . . .	196	755
Art. 7 GG – Schule . . . . .	212	815
Art. 8 GG – Versammlungsfreiheit . . . . .	221	848
Art. 9 GG – Vereinigungsfreiheit . . . . .	234	911
Art. 10 GG – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis . . . . .	249	973
Art. 11 GG – Freizügigkeit . . . . .	260	1020
Art. 12 GG – Berufsfreiheit . . . . .	264	1035
Art. 13 GG – Unverletzlichkeit der Wohnung . . . . .	283	1116



## Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
<b>Art. 14 GG – Eigentum</b> . . . . .	294	1165
<b>Art. 16 und 16a GG – Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung, Asylrecht</b> . . . . .	324	1267
<b>Art. 19 Abs. 4 GG – Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt</b> . . . . .	334	1313
<b>Art. 20 GG – Vorbemerkung</b> . . . . .	342	1342
<b>Art. 20 GG – Demokratie</b> . . . . .	343	1345
<b>Art. 20 GG – Sozialstaat</b> . . . . .	355	1400
<b>Art. 20 GG – Bundesstaat</b> . . . . .	359	1414
<b>Art. 20 GG – Rechtsstaat</b> . . . . .	372	1452
<b>Art. 20a GG – Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen</b> . . . . .	399	1554
<b>Art. 21 GG – Politische Parteien</b> . . . . .	403	1555
<b>Art. 23f. GG – Internationale Integration</b> . . . . .	420	1631
<b>Art. 28 Abs. 2 GG – Kommunale Selbstverwaltung</b> . . . . .	462	1801
<b>Art. 33 GG – Staatsbürgerliche Gleichstellung der Deutschen, Berufsbeamtentum</b> . . . . .	476	1870
<b>Art. 38 ff. GG – Bundesorgane</b> . . . . .	495	1969
<b>Art. 70 ff. GG – Gesetzgebung</b> . . . . .	573	2349
<b>Art. 80 GG – Erlass von Rechtsverordnungen</b> . . . . .	598	2469
<b>Art. 83 ff. GG – Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung</b> . . . . .	610	2519
<b>Art. 92 ff. GG – Die Rechtsprechung</b> . . . . .	628	2596
<b>Art. 103 GG – Rechtliches Gehör, Verbot rückwirkender Strafgesetze und der Doppelbestrafung</b> . . . . .	639	2645
<b>Art. 104a ff. GG – Finanzwesen</b> . . . . .	654	2711
Literatur . . . . .	675	
Entscheidungsregister . . . . .	677	
Sachregister . . . . .	695	

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I. Allgemeine Grundrechtslehren

	Seite	Rn.
<b>A. Grundrechte</b> . . . . .	1	1
<b>B. Grundrechtsberechtigte</b> . . . . .	3	6
I. Natürliche Personen . . . . .	3	6
1. Menschen- und Deutschengrundrechte . . . . .	3	6
a) Schutz von Ausländern im Bereich von Deutschen- grundrechten . . . . .	3	9
b) Grundrechtsberechtigung von EU-Bürgern . . . . .	4	11
2. Grundrechtsberechtigung und Grundrechtsmündigkeit . . . . .	4	13
3. Grundrechtsberechtigung vor der Geburt und nach dem Tod . . . . .	5	15
4. Grundrechte im besonderen Gewaltverhältnis . . . . .	5	16
II. Juristische Personen . . . . .	6	19
1. Inländische juristische Personen des Privatrechts . . . . .	6	19
a) Grundsatz . . . . .	6	19
b) Ausnahme: staatlich beherrschtes Unternehmen . . . . .	7	20
2. Inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	7	21
a) Der Grundsatz: keine Grundrechtsträgerschaft für juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	7	21
b) Die „Ausnahme-Trias“ eines Grundrechtsschutzes der öffentlichen Hand . . . . .	8	24
c) Weitere Ausnahmefälle . . . . .	9	28
3. Ausländische juristische Personen . . . . .	9	29
4. Inanspruchnahme prozessualer Grundrechte durch ausländische juristische Personen und solche des öffentlichen Rechts . . . . .	10	31
<b>C. Grundrechtsverpflichtete</b> . . . . .	10	33
I. Staatsorgane . . . . .	11	34
1. Privater Beliehener . . . . .	11	34
2. Privatrechtliche Organisation im alleinigen Eigentum des Staates . . . . .	11	35
3. Gemischt-wirtschaftliche Unternehmen . . . . .	11	36

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
II. Staatsfunktionen . . . . .	12	40
1. Fiskalisches Hilfsgeschäft . . . . .	13	46
2. Wirtschaftliche Tätigkeit . . . . .	14	47
III. Verhältnis zwischen Bundes- und Landesgrundrechten . . . . .	14	48
<b>D. Grundrechtswirkungen . . . . .</b>	<b>15</b>	<b>51</b>
I. Überblick . . . . .	15	51
II. Einteilungen . . . . .	16	52
1. Jellineks Statuslehre . . . . .	16	52
2. Subjektiv-rechtliche und objektiv-rechtliche Wirkung . . . . .	16	53
III. Abwehrrecht . . . . .	17	56
1. Schutzbereich . . . . .	17	58
a) Ausgrenzung generell schutzunwürdiger Verhaltensweisen? . . . . .	18	60
b) Gewährleistungsspezifische Schutzbereichsbestimmung . . . . .	18	61
aa) Sachlich-thematische Abgrenzung von Schutzbereichen . . . . .	19	62
bb) Sachlich-thematische Begrenzung eines Schutzbereichs . . . . .	19	63
cc) Gewährleistungsgehalt statt Schutzbereich . . . . .	19	65
c) Schutzbereichsverstärkungen . . . . .	20	70
2. Grundrechtseingriff . . . . .	21	71
a) Klassischer und weiter Eingriffsbegriff . . . . .	21	71
b) Gewährleistungsspezifischer Grundrechtseingriff . . . . .	23	78
c) Kumulativer bzw. additiver Grundrechtseingriff . . . . .	23	79
d) (Überholte) Konzeption des Bundesverfassungsgerichts: Eingriff, eingriffsgleiche Beeinträchtigung, sonstige Beeinträchtigung . . . . .	23	80
e) Grundrechtsverzicht . . . . .	24	83
f) Eingriffsähnliche Vorwirkung . . . . .	24	85a
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs . . . . .	25	86
a) Verfassungsrechtliche Eingriffsermächtigung . . . . .	26	89
aa) Ausdrückliche Grundrechtsvorbehalte . . . . .	26	91
bb) Verfassungsrechtliche Eingriffsermächtigung kraft kollidierenden Verfassungsrechts (verfassungsimmanente Schranken) . . . . .	28	93
(1) Gesetzgebungskompetenzen als kollidierende Verfassungsgüter . . . . .	30	100
(2) Verhältnis zwischen den verfassungsimmanenten Schranken und den qualifizierten Gesetzesvorbehalten . . . . .	30	102

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
cc) Die Anforderungen an das vorbehaltene Gesetz . . . . .	31	104
b) Das Verbot eines Einzelfallgesetzes und das Zitiergebot nach Art. 19 Abs. 1 GG . . . . .	31	105
aa) Das Zitiergebot . . . . .	31	106
bb) Das Verbot des Einzelfallgesetzes . . . . .	32	112
c) Rechtsstaatliche Gebote . . . . .	33	117
d) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	34	118
aa) Legitimer Zweck . . . . .	34	121
bb) Das Gebot der Geeignetheit . . . . .	34	122
cc) Das Gebot der Erforderlichkeit . . . . .	36	127
dd) Das Gebot der Angemessenheit . . . . .	37	134
ee) Konkretisierungen und spezifische Ausformungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes . . . . .	41	148
(1) Gebot der Folgerichtigkeit und Pflicht zur Konzeptverwirklichung . . . . .	41	148
(2) Praktische Konkordanz oder die Auflösung von Grundrechtskollisionen . . . . .	41	150
(3) Wechselwirkungslehre . . . . .	42	151
e) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	42	152
f) Die Garantie des Wesensgehalts durch Art. 19 Abs. 2 GG . . . . .	43	158
aa) Streit über die Bestimmung von Gegenstand und Schutzwirkung der Garantie . . . . .	44	160
bb) Die Theorien vom relativen und vom absoluten Wesensgehalt . . . . .	44	161
4. Prozedurale und organisatorische Wirkungen des Abwehrrechts . . . . .	45	164
IV. Einrichtungsgarantie . . . . .	47	170
1. Der verfassungskräftig geschützte Kernbereich und seine Bestimmung . . . . .	47	173
2. Einrichtungsgarantie und Grundrecht . . . . .	48	175
V. Schutzpflicht . . . . .	48	176
1. Einführung . . . . .	48	176
2. Inhalt der Schutzpflicht . . . . .	49	177
3. Schutzbereich . . . . .	50	184
a) Subjektives Grundrecht auf Erfüllung der Schutzpflicht . . . . .	51	187
4. Schutzversagung . . . . .	51	191
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	52	192
a) Überblick . . . . .	52	192
b) Gewährleistung eines ausreichenden Schutzniveaus durch Nichtunterschreiten des Untermaßverbots . . . . .	52	193

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
aa) Anhaltspunkte für das gebotene Schutzniveau nach Art der Betroffenheit . . . . .	53	196
bb) Anhaltspunkte für das gebotene Schutzniveau aufgrund der grundrechtlich geschützten Position der Betroffenen . . . . .	54	198
cc) Schutzpflicht zum Einsatz eines bestimmten Mittels . . . . .	54	201
VI. Dritt- oder Privatwirkung der Grundrechte . . . . .	55	204
1. Einführung . . . . .	55	204
2. Vertragliche und außervertragliche Beziehungen zwischen Privaten . . . . .	56	207
3. Mittelbare oder unmittelbare Drittwirkung und die inhaltlichen grundrechtlichen Bindungen Privater oder des Staates . . . . .	57	210
4. Grundrechtsbindung des Gesetzgebers: Angemessene Ausgestaltung der Privatautonomie und des Vertragsrechts . . . . .	59	214
a) Das Phänomen der Grundrechtsausgestaltung . . . . .	59	214
aa) Grundrechtsbindung der ausgestaltenden Staatsgewalt . . . . .	59	215
bb) Gestaltungsspielraum der ausgestaltenden Staatsgewalt . . . . .	60	218
cc) Verhältnis zwischen Ausgestaltung und Begrenzung . . . . .	60	219
b) Gesetzliche Ausgestaltung der Privatautonomie . . . . .	61	221
5. Grundrechtsbindung der Zivilgerichte . . . . .	62	227
a) Die Ausstrahlungswirkung . . . . .	62	227
b) Grundrechtsdogmatische Rekonstruktion der Grundrechtsbindung mittels Ausstrahlungswirkung durch Abwehrrecht und Schutzpflicht . . . . .	62	229
c) Praktisch relevante Konstellationen . . . . .	64	234
VII. Weitere Grundrechtswirkungen . . . . .	66	242
1. Leistungsrechte . . . . .	66	242
a) Originäre Leistungsrechte . . . . .	66	242
b) Abgeleitete Leistungsrechte . . . . .	66	243
2. Wirkungen der Grundrechte für Organisation und Verfahren . . . . .	67	245
a) Schwerpunkte der Diskussion . . . . .	67	247
b) Abgrenzungen . . . . .	68	248
c) Überblick über die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	68	249
d) Anforderungen an die Ausgestaltung einer grundrechtssichernden Organisation am Beispiel der Hochschulen . . . . .	69	253

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
<b>E. Grundrechtskonkurrenzen</b> . . . . .	71	257
I. Phänomen . . . . .	71	257
II. Gesetzeskonkurrenz . . . . .	71	261
1. Spezialitätsverhältnis . . . . .	72	262
2. Subsidiarität, Konsumtion und „Schwerpunkt des Eingriffs“ . . . . .	72	263
3. Gesetzes- und Idealkonkurrenz bei Art. 2 Abs. 1 GG . .	72	265
III. Idealkonkurrenz . . . . .	73	268

## Teil II. Besonderer Teil

<b>Art. 1 Abs. 1 GG – Menschenwürde</b> . . . . .	75	269
<b>A. Einführung</b> . . . . .	75	269
I. Die Garantie der Menschenwürde als Kernelement des demokratischen Verfassungsstaates . . . . .	75	269
II. Elementare Eigenschaften . . . . .	76	271
1. Substanzieller oder prozeduraler Schutzgegenstand – absolutes und konkretisierungsbedürftiges Recht . . . . .	76	271
2. Unverzichtbares subjektives Grundrecht und mehr- dimensionale Gewährleistung . . . . .	77	277
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	78	280
I. Abwehrrecht . . . . .	78	280
1. Der personelle Schutzbereich . . . . .	78	280
2. Sachlicher Schutzgegenstand, seine Verletzung und die sogenannte Objektformel des Bundesverfassungsgerichts	79	283
II. Schutzpflicht und Würdekollision . . . . .	81	298
III. Originäres Leistungsrecht . . . . .	82	301
<b>Art. 2 GG – Schutz der Persönlichkeit</b> . . . . .	84	311
<b>A. Einführung</b> . . . . .	84	311
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	85	313
I. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) . . . . .	85	313
1. Der Schutzbereich . . . . .	85	313
a) Auslegung im Sinne der allgemeinen Handlungs- freiheit und Anspruch auf ein verfassungsgemäßes Gesetz . . . . .	85	313
b) Schutz von Privatautonomie und Vertragsfreiheit . .	87	325

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
c) Rechtsstaatliche Schutzpositionen im Rahmen von Art. 2 Abs. 1 GG . . . . .	89	330
2. Die Deutung der sogenannten Schrankentrias im Sinne eines einfachen Gesetzesvorbehalts . . . . .	89	333
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG		
i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG . . . . .	90	336
1. Der Schutzbereich . . . . .	90	338
a) Der sachliche Schutzbereich . . . . .	90	338
aa) Entwicklung und Wahrung der Persönlichkeit . . . . .	91	339
bb) Die Darstellung in der Öffentlichkeit einschließlich des Rechts am eigenen Wort und Bild . . . . .	94	350
cc) Die Privatsphäre und der Geheimnisschutz . . . . .	97	364
dd) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	97	365
ee) Das Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme . . . . .	98	370
b) Der personelle Schutzbereich . . . . .	100	374
2. Grundrechtseingriff . . . . .	100	375
3. Grundrechtsvorbehalt und verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	101	378
a) Sphärentheorie und absoluter Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung . . . . .	101	379
b) Gewährleistungsspezifische Vorgaben für das Recht der Datenerhebung und -verwertung insbesondere bei heimlichen Erhebungen . . . . .	105	393
aa) Öffentliche Interessen . . . . .	105	394
bb) Adressatenkreis . . . . .	106	398
cc) Richtervorbehalt . . . . .	106	399
dd) Transparenz und Kontrolle . . . . .	107	401
ee) Datenlöschungspflicht . . . . .	107	404
ff) Weitergabe und Nutzung erhobener Daten . . . . .	108	406
gg) Bestimmtheitsgebot . . . . .	109	410
III. Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) . . . . .	110	412
1. Der Schutzbereich . . . . .	110	413
2. Grundrechtseingriffe und ihre verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	111	415
3. Schutzpflicht . . . . .	113	428
IV. Das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG . . . . .	115	429
1. Schutzbereich und Eingriff . . . . .	115	430
2. Freiheitsbeschränkungen und -entziehungen . . . . .	116	434
3. Verfassungsrechtliche Eingriffsermächtigung und Rechtfertigung . . . . .	116	436

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
<b>Art.3 GG – Gleichheit vor dem Gesetz</b> . . . . .	119	451
<b>A. Einführung</b> . . . . .	119	451
<b>B. Der allgemeine Gleichheitssatz (Art.3 Abs.1 GG)</b> . . . . .	120	452
I. Prüfungsaufbau . . . . .	122	458
1. Anwendungsbereich des Art.3 Abs.1 GG . . . . .	122	458
2. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem . . . . .	123	461
3. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung . . . . .	123	464
a) Verfassungslegitimes Differenzierungskriterium . . . . .	124	465
b) Legitimationszusammenhang und Gruppenspezifizität . . . . .	124	466
c) Willkür-, Verhältnismäßigkeits- und Angemessenheitskontrolle . . . . .	125	470
II. Der allgemeine Gleichheitssatz in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	126	477
1. Der Prüfungsmaßstab des Gleichheitsgebots: zwischen Willkür- und Verhältnismäßigkeitskontrolle . . . . .	126	477
2. Das Erfordernis einer bereichsspezifischen Sachangemessenheit am Beispiel des Steuerrechts . . . . .	128	482
3. Bedeutung des Gleichheitsgebotes im Privatrecht . . . . .	130	490
4. Typisierung und Stichtagsregelung . . . . .	131	493
5. Rechtsfolgen . . . . .	132	496
<b>C. Die Differenzierungsverbote des Art.3 Abs.3 GG</b> . . . . .	132	499
I. Merkmale des Art.3 Abs.3 GG . . . . .	132	500
II. Handhabung von Differenzierungs- und Benachteiligungsverbot . . . . .	134	504
1. Überblick . . . . .	134	504
2. Der Zurechnungszusammenhang („wegen“) im Rahmen von Art.3 Abs.3 S.1 GG . . . . .	134	506
3. Tatbestandsausschluss von Differenzierungs- und Benachteiligungsverbot aus „objektiven Gründen“ . . . . .	135	510
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung einer Beeinträchtigung des Differenzierungs- oder Benachteiligungsverbot . . . . .	137	517
5. Mittelbare Diskriminierungsverbote aus Art.3 Abs.3 GG . . . . .	137	518
6. Die Schutzdimensionen von Art.3 Abs.3 S.2 GG . . . . .	138	519a
<b>D. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen nach Art.3 Abs.2 GG</b> . . . . .	139	520
<b>Art.4 GG – Glaubens- und Gewissensfreiheit</b> . . . . .	141	526
<b>A. Einführung</b> . . . . .	141	526



	Seite	Rn.
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	143	532
I. Die Glaubensfreiheit . . . . .	143	532
1. Schutzbereich . . . . .	143	532
a) Der Grundsatz staatlicher Neutralität . . . . .	143	533
b) Die Freiheit zur glaubensbestimmten Lebens- gestaltung . . . . .	144	542
c) Die Freiheit der religiösen Vereinigung . . . . .	145	547
d) Die Glaubensfreiheit als Freiheit von einer glaubens- bestimmten Lebensgestaltung . . . . .	148	559
e) Die Glaubensfreiheit als staatliche Schutzpflicht . . . . .	149	565
f) Die Weltanschauungsfreiheit . . . . .	150	568
2. Beeinträchtigung und verfassungsrechtliche Recht- fertigung . . . . .	152	574
II. Die Gewissensfreiheit . . . . .	158	603
1. Schutzbereich . . . . .	159	607
2. Normenkonflikte zwischen Gewissensfreiheit und staat- licher Rechtsordnung . . . . .	159	610
3. Die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (Art. 4 Abs. 3 GG) . . . . .	160	616
<b>Art. 5 GG – Kommunikationsfreiheiten, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit</b> . . . . .	161	617
<b>A. Einführung</b> . . . . .	161	617
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	161	618
I. Der Schutzbereich der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 Halbs. 1 GG) . . . . .	161	618
1. Die Bedeutung der Meinungsfreiheit im demokratischen Gemeinwesen . . . . .	161	618
2. Meinungen und Tatsachen . . . . .	161	621
3. Kontextbezogene Einordnung als Meinung oder Tatsache . . . . .	163	627
4. Die Grenzen des Schutzbereichs der Meinungsfreiheit . . . . .	164	629
II. Der Schutzbereich der Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 Halbs. 2 GG) . . . . .	165	632
III. Der Schutzbereich der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 Halbs. 1 GG) . . . . .	167	641
1. Die Bedeutung der freien Presse im demokratischen Gemeinwesen . . . . .	167	641
2. Die institutionelle Garantie der Pressefreiheit . . . . .	168	647
3. Sachliche Weite des Schutzbereichs . . . . .	169	649
4. Neutralitätspflicht bei staatlicher Förderung der Presse . . . . .	170	655

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
IV. Der Schutzbereich der Rundfunkfreiheit		
(Art. 5 Abs. 1 S. 2 Halbs. 2 GG) . . . . .	171	657
1. Die Rundfunkfreiheit als „dienende Freiheit“ . . . . .	171	657
2. Auftrag an den Gesetzgeber zur Schaffung einer Rundfunkordnung . . . . .	172	664
a) Duale Rundfunkordnung . . . . .	173	665
b) Grundsatz der öffentlich-rechtlichen Grundversorgung . . . . .	174	671
c) Bestand- und Entwicklungsgarantie des öffentlich- rechtlichen Rundfunks . . . . .	174	673
V. Die Schranken des Art. 5 Abs. 2 GG . . . . .	176	681
1. Die Schrankenproblematik der allgemeinen Gesetze . . . . .	176	681
2. Die Wechselwirkungslehre und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	179	693
3. Die Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und geschütztem Rechtsgut . . . . .	180	696
a) Vorrang konfliktvermeidender Deutungs- möglichkeiten . . . . .	180	696
b) Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und Ehrschutz . . . . .	181	701
c) Pressefreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht . . . . .	184	704h
VI. Die Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG) . . . . .	186	713
1. Der Schutzbereich der Kunstfreiheit . . . . .	186	713
a) Der verfassungsrechtliche Kunstbegriff . . . . .	186	713
b) Schutz von Werk- und Wirkungsbereich des künstlerischen Schaffens . . . . .	187	718
c) Werkgerechte Interpretation von Kunstwerken . . . . .	188	724
2. Die Schranken der Kunstfreiheit . . . . .	189	730
VII. Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre		
(Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG) . . . . .	192	741
1. Der verfassungsrechtliche Wissenschaftsbegriff . . . . .	192	741
2. Die Wissenschaftsfreiheit als institutionelle Gewährleistung . . . . .	193	745
a) Gestaltungsspielraum und Kernbereich der Wissenschaftsfreiheit . . . . .	193	747
b) Umstrukturierung der Hochschulorganisation und neue Steuerungsmodelle . . . . .	195	752
<b>Art. 6 GG – Ehe und Familie . . . . .</b>	<b>196</b>	<b>755</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>196</b>	<b>755</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>196</b>	<b>756</b>
I. Der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) . . . . .	196	756

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
1. Der Schutz der Ehe . . . . .	196	756
a) Begriff der Ehe und Ausgestaltungsbedürftigkeit des Rechtsinstituts . . . . .	196	756
b) Die Eheschließungsfreiheit . . . . .	199	765
c) Der Schutz des ehelichen Zusammenlebens . . . . .	200	766
d) Das Recht zur Ehescheidung . . . . .	201	770
e) Recht auf ehelichen Unterhalt . . . . .	202	773
2. Der Schutz der Familie . . . . .	202	775
3. Art. 6 Abs. 1 GG als Diskriminierungsverbot . . . . .	203	780
4. Art. 6 Abs. 1 GG als Förderungsgebot . . . . .	204	782
II. Das Elternrecht (Art. 6 Abs. 2, 3 GG) . . . . .	204	785
1. Träger des Elternrechts . . . . .	204	785
2. Elternrecht und -pflicht . . . . .	206	790
3. Grundrechtsvorbehalt . . . . .	209	799
III. Die sozialen Rechte der Mutter (Art. 6 Abs. 4 GG) . . . . .	209	800
IV. Die sozialen Rechte des nichtehelichen Kindes (Art. 6 Abs. 5 GG) . . . . .	210	805
<b>Art. 7 GG – Schule</b> . . . . .	212	815
<b>A. Einführung</b> . . . . .	212	815
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	213	817
I. Die Schulorganisationsgewalt des Staates . . . . .	213	817
1. Die konfessionelle Differenzierung . . . . .	213	818
2. Erziehung und Unterricht . . . . .	215	823
II. Die Privatschulfreiheit . . . . .	216	830
III. Die Rechtsstellung von Eltern, Schülern und Lehrern . . . . .	217	836
1. Elterliches Wahl- und Informationsrecht . . . . .	217	836
2. Recht auf schulische Bildung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 7 Abs. 1 GG) und weitere Schülerrechte . . . . .	218	841
3. Lehrerrechte . . . . .	220	845
IV. Religionsunterricht . . . . .	221	846
<b>Art. 8 GG – Versammlungsfreiheit</b> . . . . .	221	848
<b>A. Einführung</b> . . . . .	221	848
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	222	853
I. Schutzbereich und Grundrechtswirkungen . . . . .	222	853
II. Die Eingriffe . . . . .	228	881
III. Die Verfassungsmäßigkeit der Eingriffe . . . . .	229	884
1. Reichweite des Gesetzesvorbehalts aus Art. 8 Abs. 2 GG	229	885
2. Verfassungskonforme Auslegung des Versammlungsgesetzes . . . . .	230	889

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
a) Spontan- und Eilversammlungen als Ausnahme von der Anmeldepflicht, § 14 VersG . . . . .	230	889
b) Verfassungskonforme Auslegung von § 15 VersG . . . . .	231	896
3. Der Gedanke vertrauensvoller Kooperation zwischen Versammlung und Staat . . . . .	232	898
4. Umgang mit rechtsextremistischen Versammlungen . . . . .	232	903
5. Versammlungsauflösung . . . . .	234	909
<b>Art. 9 GG – Vereinigungsfreiheit . . . . .</b>	<b>234</b>	<b>911</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>234</b>	<b>911</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>235</b>	<b>913</b>
I. Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	235	913
1. Der Schutzbereich . . . . .	235	913
2. Ausgestaltung der Vereinigungsfreiheit . . . . .	238	928
3. Verfassungsmäßigkeit von Vereinigungsverbot und weiteren Eingriffen. . . . .	239	931
II. Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) . . . . .	241	936
1. Der Schutzbereich . . . . .	241	936
2. Ausgestaltung und Beschränkungen der Koalitions- freiheit . . . . .	245	957
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	249	970
<b>Art. 10 GG – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis . . . . .</b>	<b>249</b>	<b>973</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>249</b>	<b>973</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>250</b>	<b>974</b>
I. Der Schutzbereich des Post-, Brief- und Fernmelde- geheimnisses . . . . .	250	974
1. Das Postgeheimnis . . . . .	250	974
2. Das Briefgeheimnis . . . . .	250	975
3. Das Fernmeldegeheimnis . . . . .	251	976
4. Umfang und Grenzen des Schutzes . . . . .	252	983
a) Die geschützten Aspekte der Kommunikation . . . . .	252	983
b) Der Schutzzumfang in zeitlicher Hinsicht . . . . .	252	984
c) Schutz der Vertraulichkeit des eingesetzten technischen Mediums . . . . .	253	987
5. Konkurrenzen . . . . .	254	991
II. Grundrechtseingriffe . . . . .	254	992
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	256	999

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
<b>Art. 11 GG – Freizügigkeit</b> . . . . .	260	1020
<b>A. Einführung</b> . . . . .	260	1020
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	260	1021
I. Der Schutzbereich der Freizügigkeit . . . . .	260	1021
II. Einschränkungen der Freizügigkeit (Art. 11 Abs. 2 GG) . .	262	1028
<b>Art. 12 GG – Berufsfreiheit</b> . . . . .	264	1035
<b>A. Einführung</b> . . . . .	264	1035
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	265	1039
I. Der Schutzbereich der Berufsfreiheit . . . . .	265	1039
1. Der Beruf als Grundlage der Lebensführung . . . . .	265	1039
2. Sachliche Reichweite . . . . .	266	1044
3. Schutzbereichsbegrenzendes Konzept für staatliches Informationshandeln? . . . . .	267	1052
II. Abwehrrechtlicher Schutz . . . . .	268	1058
1. Eingriffe in die Berufsfreiheit . . . . .	268	1058
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	270	1063
a) Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG . .	270	1063
b) Die sogenannte Drei-Stufen-Theorie . . . . .	270	1064
aa) Die Grundkonzeption . . . . .	270	1064
bb) Schwierigkeiten beim Umgang mit der Drei- Stufen-Theorie . . . . .	272	1067
cc) Die Drei-Stufen-Theorie und die Fixierung von Berufsbildern . . . . .	272	1068
c) Neuausrichtung des Bundesverfassungsgerichts am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	273	1074
3. Beispiele für die verfassungsgerichtliche Prüfung . . . .	276	1084
III. Berufsbezogene Schutzpflicht . . . . .	279	1100
IV. Teilhabe- und Leistungsansprüche . . . . .	282	1110
<b>Art. 13 GG – Unverletzlichkeit der Wohnung</b> . . . . .	283	1116
<b>A. Einführung</b> . . . . .	283	1116
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	284	1119
I. Schutzbereich des Art. 13 GG: Der Begriff der Wohnung . .	284	1119
II. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen . .	285	1124
1. Durchsuchungen . . . . .	285	1125
a) Der Durchsuchungsbegriff . . . . .	285	1126
b) Die Reichweite des Richtervorbehalts . . . . .	286	1130

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
2. Akustische und andere technische Überwachung von Wohnungen . . . . .	290	1151
a) Überwachung zur Strafverfolgung nach Art. 13 Abs. 3 GG . . . . .	290	1151
b) Präventive Wohnraumüberwachung nach Art. 13 Abs. 4 und Abs. 5 GG . . . . .	291	1156
3. Eingriffe i. S. d. Art. 13 Abs. 7 GG . . . . .	292	1157
4. Betretungs- und Besichtigungsbefugnisse auf der Grundlage einer ungeschriebenen verfassungsrechtlichen Eingriffsermächtigung . . . . .	292	1158
<b>Art. 14 GG – Eigentum</b> . . . . .	294	1165
<b>A. Einführung</b> . . . . .	294	1165
I. Funktionen des Eigentums . . . . .	294	1165
II. Grundprobleme der Eigentumsdogmatik . . . . .	295	1167
III. Umbruch der Eigentumsdogmatik . . . . .	296	1171
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	299	1177
I. Verfassungsrechtlicher Eigentumsbegriff und einfachrechtliche Schutzgegenstände . . . . .	299	1177
1. Reichweite des Eigentumsschutzes . . . . .	300	1180
2. Einzelne Schutzgegenstände . . . . .	302	1185
a) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb . . . . .	302	1187
b) Vermögen und der Schutz vor staatlichen Abgaben . . . . .	303	1189
c) Schutz öffentlich-rechtlicher geldwerter Rechte . . . . .	304	1195
II. Eingriffe in das Eigentumsrecht . . . . .	305	1201
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	307	1207
1. Unterscheidung der beiden verfassungsrechtlichen Eingriffsermächtigungen in Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG und Art. 14 Abs. 3 GG . . . . .	307	1207
2. Verfassungsrechtliche Anforderungen an eine Inhalts- und Schrankenbestimmung . . . . .	309	1211
a) Das eigentumsrechtliche Ausgleichsgebot . . . . .	309	1212
b) Die ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung . . . . .	313	1226
c) Der Grundsatz des Vertrauensschutzes . . . . .	316	1242
d) Eigentumsschutz durch und im Verfahren . . . . .	317	1245
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Enteignungen nach Art. 14 Abs. 3 GG . . . . .	317	1246
a) Allgemeinwohlbedürfnis (Art. 14 Abs. 3 S. 1 GG) . . . . .	317	1247
b) Legalenteignung (Art. 14 Abs. 3 S. 2 GG) . . . . .	319	1253
c) Enteignung zugunsten Privater . . . . .	319	1254
d) Junktimklausel (Art. 14 Abs. 3 S. 2 GG) . . . . .	320	1258

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
e) Enteignungsentschädigung (Art. 14 Abs. 3 S. 3 GG) . . .	320	1260
f) Anspruch auf Rückübertragung . . . . .	321	1263
IV. Verfassungsrechtliche Bindungen des eigentums- ausgestaltenden Gesetzgebers . . . . .	322	1265
V. Schutzpflicht . . . . .	323	1266a
<b>Art. 16 und 16a GG – Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung, Asylrecht . . . . .</b>	<b>324</b>	<b>1267</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>324</b>	<b>1267</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>325</b>	<b>1272</b>
I. Art. 16 Abs. 1 GG – Schutz des Bestands der Staats- angehörigkeit . . . . .	325	1272
II. Art. 16 Abs. 2 GG – Schutz Deutscher vor Auslieferung . . .	326	1281
III. Asylrecht . . . . .	328	1289
1. Grundsätzlich weite Auslegung . . . . .	328	1290
2. Das Merkmal „politisch“ . . . . .	329	1293
3. Das Merkmal „Verfolgung“ . . . . .	330	1299
4. Sonderprobleme . . . . .	330	1302
5. Wirkungen des Asylrechts . . . . .	331	1304
6. Begrenzung des Schutzbereichs durch Art. 16a Abs. 2 S. 1 Alt. 1 GG – Das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ I . . .	331	1306
7. Schranken des Asylrechts . . . . .	332	1308
a) Der Regelungsvorbehalt des Art. 16a Abs. 2 S. 1 Alt. 2, S. 2 GG – Das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ II . . .	333	1309
b) Der Regelungsvorbehalt des Art. 16a Abs. 3 GG – Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ . . . . .	333	1310
<b>Art. 19 Abs. 4 GG – Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt . . . . .</b>	<b>334</b>	<b>1313</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>334</b>	<b>1313</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>335</b>	<b>1316</b>
I. Ausgestaltung des Grundrechts, Beeinträchtigung, Rechtfertigung . . . . .	335	1316
II. Rechtsschutz gegen den Richter . . . . .	337	1326
III. Kontrollentscheidungen und verwaltungsgerichtliche Kontrolldichte . . . . .	340	1338
<b>Art. 20 GG – Vorbemerkung . . . . .</b>	<b>342</b>	<b>1342</b>
<b>Art. 20 GG – Demokratie . . . . .</b>	<b>343</b>	<b>1345</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>343</b>	<b>1345</b>

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	344	1348
I. Politische Willensbildung in der repräsentativen Demokratie . . . . .	344	1348
1. Die Formen der Willensbildung . . . . .	345	1355
2. Die Freiheit der Willensbildung . . . . .	348	1367
a) Gefahr staatlicher Beeinflussung . . . . .	349	1374
b) Gefahr gesellschaftlicher Beeinflussung . . . . .	349	1378
3. Die Grenzen der politischen Willensbildung . . . . .	350	1379
II. Ausübung der Staatsgewalt . . . . .	350	1382
1. Stellung des Parlaments gegenüber den anderen Gewalten . . . . .	350	1382
2. Formen der demokratischen Legitimation . . . . .	352	1385
3. Funktionale Selbstverwaltung . . . . .	353	1392
<b>Art. 20 GG – Sozialstaat</b> . . . . .	355	1400
<b>A. Einführung</b> . . . . .	355	1400
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	356	1401
I. Individuelle soziale Leistungen . . . . .	356	1401
II. Öffentliche soziale Einrichtungen . . . . .	357	1404
<b>Art. 20 GG – Bundesstaat</b> . . . . .	359	1414
<b>A. Einführung</b> . . . . .	359	1414
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	360	1418
I. Der Bund als Gesamtstaat . . . . .	360	1418
II. Die Gemeinschaft der Länder . . . . .	363	1423
III. Die Gemeinschaft von Bund und Ländern . . . . .	366	1431
IV. Die Homogenität von Bund und Ländern . . . . .	366	1432
V. Die Bundestreue . . . . .	368	1438
<b>Art. 20 GG – Rechtsstaat</b> . . . . .	372	1452
<b>A. Einführung</b> . . . . .	372	1452
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	372	1454
I. Der Grundsatz der Gewaltenteilung . . . . .	372	1454
II. Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung . . . . .	374	1462
III. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Übermaßverbot) . . . . .	380	1496
IV. Die Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht . . . . .	381	1497
1. Richterrecht . . . . .	381	1498
2. Die Bedeutung der EMRK für die Fortbildung nationalen Rechts . . . . .	384	1504



## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
V. Der Grundsatz der Rechtssicherheit . . . . .	389	1524
1. Gebot der Bestimmtheit und Klarheit des Gesetzes . . . . .	389	1525
2. Gebot der Normenwahrheit . . . . .	390	1528
3. Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung im Bundesstaat . . . . .	391	1529
4. Vertrauensschutz am Beispiel der Rückwirkung von Gesetzen . . . . .	391	1532
<b>Art. 20a – Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen . . . . .</b>	<b>399</b>	<b>1554</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>399</b>	<b>1554</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>399</b>	<b>1554a</b>
<b>Art. 21 GG – Politische Parteien . . . . .</b>	<b>403</b>	<b>1555</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>403</b>	<b>1555</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>405</b>	<b>1562</b>
I. Begriff der Partei . . . . .	405	1562
II. Gründungsfreiheit und Parteiverbot . . . . .	405	1565
1. Das Parteienprivileg . . . . .	406	1566
2. Die freiheitlich demokratische Grundordnung . . . . .	406	1570
3. Voraussetzungen eines Parteiverbotsverfahrens . . . . .	409	1583
4. Verfahrenshindernis im Parteiverbotsverfahren . . . . .	410	1590
III. Organisationsfreiheit . . . . .	411	1596
IV. Parteienwettbewerb und die Chancengleichheit der Parteien	413	1605
V. Parteienfinanzierung . . . . .	416	1620
1. Die private Finanzierung politischer Parteien . . . . .	416	1621
2. Die staatliche Finanzierung politischer Parteien . . . . .	418	1626
<b>Art. 23f. GG – Internationale Integration . . . . .</b>	<b>420</b>	<b>1631</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>420</b>	<b>1631</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>420</b>	<b>1632</b>
I. Europäische Integration . . . . .	420	1632
1. Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	420	1633
2. Gesetzesvorbehalt . . . . .	422	1640
3. Das Verhältnis von Unionsrecht und nationalem Recht . . . . .	423	1646
4. Schranken des Integrationsgesetzgebers nach Art. 23 Abs. 1 S. 2, 24 Abs. 1 GG . . . . .	424	1654
a) Die Grundrechte als Ausprägung der Schranke des Art. 24 Abs. 1 GG . . . . .	425	1657

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
b) Die in Art. 79 Abs. 3 GG genannten Grundsätze als Schranke des Integrationsgesetzgebers . . . . .	426	1661
c) Exkurs: Sicherung der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages . . . . .	434	1704
5. Schranken der Anwendbarkeit von Unionsrecht . . . . .	436	1707
a) Identitätskontrolle . . . . .	436	1708
b) Ultra-vires-Kontrolle . . . . .	438	1709
c) Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem . . . . .	445	1730
II. Kollektive Sicherheitssysteme . . . . .	451	1747
1. System kollektiver Sicherheit i. S. d. Art. 24 Abs. 2 GG . . . . .	451	1748
2. Inhalt und Umfang der Ermächtigung in Art. 24 Abs. 2 GG . . . . .	453	1755
a) Beschränkung von Hoheitsrechten . . . . .	453	1756
b) Umfang der Beschränkung . . . . .	453	1759
c) Verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	454	1762
aa) Grenzen der Beschränkbarkeit . . . . .	454	1763
bb) Sonstige verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	454	1764
3. Formen der Beschränkung . . . . .	456	1771
a) Rechte des Parlaments bei Vertragsänderungen . . . . .	457	1775
b) Rechte des Parlaments bei der Fortentwicklung bestehender Verträge . . . . .	458	1783
c) Überschreitung der Ermächtigung des Zustimmungsgesetzes durch die Fortentwicklung bestehender Verträge . . . . .	459	1793
4. Verhältnis zu anderen Verfassungsbestimmungen . . . . .	460	1798
III. Völkerrechtliche Verträge . . . . .	461	1800
<b>Art. 28 Abs. 2 GG – Kommunale Selbstverwaltung . . . . .</b>	<b>462</b>	<b>1801</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>462</b>	<b>1801</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>464</b>	<b>1808</b>
I. Bestand . . . . .	464	1808
II. Aufgaben . . . . .	465	1817
1. Gemeinden . . . . .	465	1818
2. Gemeindeverbände . . . . .	471	1845
III. Eigenverantwortlichkeit . . . . .	472	1850
<b>Art. 33 GG – Staatsbürgerliche Gleichstellung der Deutschen, Berufsbeamtentum . . . . .</b>	<b>476</b>	<b>1870</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>476</b>	<b>1870</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>477</b>	<b>1871</b>

	Seite	Rn.
I. Die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für den demokratischen Rechtsstaat . . . . .	477	1871
II. Zugang zum öffentlichen Dienst . . . . .	477	1873
1. Das Leistungsprinzip und seine prozessuale Absicherung . . . . .	477	1873
2. Subjektive Zulassungsvoraussetzungen . . . . .	479	1879
3. Der Radikalenbeschluss des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	480	1886
4. Die Treuepflicht-Rechtsprechung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte . . . . .	483	1902
III. Der Funktionsvorbehalt des Art.33 Abs.4 GG . . . . .	483	1904
IV. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums . . . . .	486	1923
1. Zur Methode der Ermittlung der hergebrachten Grundsätze . . . . .	486	1923
2. Die einzelnen hergebrachten Grundsätze . . . . .	488	1932
3. Das Streikverbot für Beamte . . . . .	488	1934
4. Das Alimentationsprinzip . . . . .	491	1947
V. Die hergebrachten Grundsätze als grundrechtsähnliche Individualrechte . . . . .	495	1967
<b>Art.38ff. GG – Bundesorgane . . . . .</b>	<b>495</b>	<b>1969</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>495</b>	<b>1969</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>496</b>	<b>1971</b>
I. Der Bundestag . . . . .	496	1971
1. Die Wahl (Art.38 Abs.1 S.1 GG, s.a. Art.28 Abs.1 S.2 und Art.20 Abs.2 S.2 GG) . . . . .	496	1971
a) „Gleiche“ Wahl . . . . .	496	1972
aa) Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz (Art.3 Abs.1 GG) . . . . .	497	1974
bb) Zulässigkeit der Fünf-Prozent-Sperrklausel . . . . .	499	1990
cc) Wahlrechtsreform 2023 . . . . .	504	2012
dd) Zulässigkeit von Überhangmandaten . . . . .	506	2016
ee) Die Größe der Wahlkreise . . . . .	510	2032
ff) Negatives Stimmgewicht . . . . .	511	2035
gg) Geschlechterparitätisches Wahlrecht . . . . .	513	2044a
b) „Allgemeine“ Wahl . . . . .	515	2045
c) „Unmittelbare“ Wahl . . . . .	517	2061
d) „Freie“ Wahl . . . . .	518	2071
e) „Geheime“ Wahl . . . . .	519	2073
f) „Öffentlichkeit“ der Wahl . . . . .	520	2079
2. Der Abgeordnete (Art.38 Abs.1 S.2 GG) . . . . .	521	2085
a) Abgeordnetenentschädigung . . . . .	522	2088
b) Nebeneinkünfte aus entgeltlicher Tätigkeit . . . . .	523	2097

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
c) Die Überprüfung von Abgeordneten durch den Bundestag und durch Stellen der Exekutive . . . . .	527	2117
d) Immunität des Abgeordneten (Art. 46 Abs. 2 GG) . . . . .	530	2139
e) Fraktionsloser Abgeordneter . . . . .	532	2147
f) Informationsrechte des Abgeordneten gegenüber der Bundesregierung . . . . .	534	2161
g) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz des Abgeordneten . . . . .	537	2175
3. Ausschüsse, insbesondere Untersuchungsausschüsse . . . . .	538	2177
a) Bedeutung und Zusammensetzung von Parlamentsausschüssen . . . . .	538	2177
b) Delegation von Beschließungskompetenzen auf Untergremien . . . . .	540	2186
c) Einrichtung, Aufgabe und Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen . . . . .	542	2200
d) Beweiserhebungsrecht von Untersuchungsausschüssen . . . . .	544	2216
e) Beweiserhebung durch die einsetzungsbefugte Minderheit . . . . .	548	2235
f) Beendigung des Untersuchungsausschusses . . . . .	550	2247
II. Der Bundesrat . . . . .	551	2249
1. Funktion und Aufgabe . . . . .	551	2249
2. Abstimmung (Art. 51 Abs. 3 S. 2 GG) . . . . .	551	2255
III. Der Bundespräsident und die Bundesversammlung . . . . .	554	2267
1. Der Bundespräsident . . . . .	554	2267
2. Die Bundesversammlung . . . . .	557	2282
IV. Die Bundesregierung (Art. 62–69 GG) . . . . .	561	2306
1. Allgemeines . . . . .	561	2306
2. Informationshandeln der Regierung . . . . .	562	2308
3. Äußerungsbefugnisse der Mitglieder der Bundesregierung . . . . .	564	2313a
4. Die Bundestagsauflösung . . . . .	568	2325
a) Auslegung des Art. 68 GG . . . . .	568	2326
b) Konkretisierung der Rechtsprechung . . . . .	571	2338
<b>Art. 70ff. GG – Gesetzgebung . . . . .</b>	<b>573</b>	<b>2349</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>573</b>	<b>2349</b>
I. Allgemeines . . . . .	573	2349
II. Gesetzgebungskompetenzen nach der Föderalismusreform 2006 . . . . .	575	2357
1. Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	576	2361

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
2. Die neu geregelte konkurrierende Gesetzgebungs- kompetenz des Bundes . . . . .	576	2362
a) Kernkompetenz (Art. 72 Abs. 1 GG) . . . . .	577	2363
b) Bedarfskompetenz (Art. 72 Abs. 2 GG) . . . . .	577	2365
c) Abweichungskompetenz . . . . .	577	2366
3. Die Abschaffung der Rahmengesetzgebungskompetenz . . . . .	578	2370
4. Fortgeltung alten Rechts . . . . .	578	2372
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>579</b>	<b>2376</b>
I. Die Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	579	2376
1. Die verschiedenen Kompetenzarten . . . . .	579	2376
a) Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes gemäß Art. 71 GG . . . . .	579	2376
b) Die konkurrierende Gesetzgebung . . . . .	580	2379
c) Die frühere Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	581	2387
2. Die Zuordnung zu den Gegenstandsbereichen der Kompetenzkataloge . . . . .	582	2390
3. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes . . . . .	587	2410
4. Die Wahrnehmung der Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	589	2419
a) Erforderlichkeit einer bundesgesetzlichen Regelung . . . . .	589	2420
b) Bundesstaatliches Kohärenzgebot . . . . .	594	2447
c) Änderung gemäß Art. 125a Abs. 2 GG fortgeltenden Rechts . . . . .	594	2450
II. Das Gesetzgebungsverfahren . . . . .	596	2459
<b>Art. 80 GG – Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .</b>	<b>598</b>	<b>2469</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>598</b>	<b>2469</b>
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>599</b>	<b>2470</b>
I. Geltungsbereich . . . . .	599	2470
II. Die Bestimmtheit der Ermächtigung . . . . .	600	2474
1. Die in der Rechtsprechung des Bundesverfassungs- gerichts formulierten Grundsätze . . . . .	600	2474
2. Beispiel für eine zu unbestimmte Ermächtigung . . . . .	602	2484
3. Bestimmtheit von Rechtsverordnungen zur Umsetzung von EU-Recht . . . . .	603	2488
III. Zitiergebot (Art. 80 Abs. 1 S. 3 GG) . . . . .	604	2490
IV. Der Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	604	2492
1. Verfahren für den Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	604	2492
2. Änderung von Rechtsverordnungen durch Gesetz . . . . .	606	2502
V. Zustimmungsbedürftige Verordnungen . . . . .	608	2511

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
1. Die gesetzlich vorgesehenen Fälle . . . . .	608	2511
2. Ausschluss des Zustimmungserfordernisses . . . . .	608	2514
3. Erfordernis der Zustimmung des Bundestages . . . . .	609	2517
<b>Art. 83 ff. GG – Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung . . . . .</b>	610	2519
<b>A. Einführung . . . . .</b>	610	2519
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	611	2521
I. Allgemeines . . . . .	611	2521
1. Vermutung für die Landeszuständigkeit . . . . .	611	2521
2. Vermutung der Landeszuständigkeit auch für die sogenannte gesetzefreie Verwaltung . . . . .	612	2523
3. Bundes- und Landesverwaltung, „Mischverwaltung“ . . . . .	613	2527
II. Verwaltungsformen . . . . .	615	2539
1. Landeseigener Vollzug von Bundesgesetzen . . . . .	615	2539
2. Vollzug von Bundesgesetzen im Auftrag des Bundes . . . . .	619	2557
3. Bundesvollzug von Bundesgesetzen . . . . .	623	2578
a) Zu Art. 86 GG . . . . .	623	2578
b) Zu Art. 87 GG . . . . .	623	2579
III. Rechts- und Amtshilfe . . . . .	626	2595a
<b>Art. 92 ff. GG – Die Rechtsprechung . . . . .</b>	628	2596
<b>A. Einführung . . . . .</b>	628	2596
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	628	2597
I. Begriff . . . . .	628	2597
II. „Staatliche“ Gerichte . . . . .	632	2613
III. Funktionsfähigkeit der Rechtspflege . . . . .	633	2616b
IV. Die Rechtsstellung der Richter . . . . .	633	2617
1. Die sachliche Unabhängigkeit . . . . .	634	2620
2. Die persönliche Unabhängigkeit . . . . .	634	2621
V. Garantie des gesetzlichen Richters (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG) . . . . .	634	2625
<b>Art. 103 GG – Rechtliches Gehör, Verbot rückwirkender Strafgesetze und der Doppelbestrafung . . . . .</b>	639	2645
<b>A. Einführung . . . . .</b>	639	2645
<b>B. Rechtsprechung . . . . .</b>	639	2646
I. Rechtliches Gehör . . . . .	639	2646
1. Bedeutung und Funktion rechtlichen Gehörs . . . . .	639	2646

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
2. Geltungsbereich des Anspruchs auf rechtliches Gehör . . .	641	2654
3. Unmittelbare Geltung des Anspruchs auf rechtliches Gehör . . . . .	642	2659
4. Zeitpunkt des rechtlichen Gehörs . . . . .	643	2663
5. Rechtliches Gehör und Präklusion . . . . .	644	2668
6. Verfassungsrechtlicher Prüfungsumfang . . . . .	645	2674
II. Bestimmtheitsgebot für Strafbestimmungen und das Verbot rückwirkender Strafgesetze (Art. 103 Abs. 2 GG) . .	646	2678
1. Das Bestimmtheitsgebot für Strafbestimmungen . . . . .	646	2678
2. Das Rückwirkungsverbot . . . . .	650	2695
<b>Art. 104a ff. GG – Finanzwesen</b> . . . . .	654	2711
<b>A. Einführung</b> . . . . .	654	2711
<b>B. Rechtsprechung</b> . . . . .	655	2717
I. Einnahmen . . . . .	655	2717
1. Steuern und sonstige Abgaben . . . . .	655	2717
a) Abgaben . . . . .	657	2720
b) Gebühren . . . . .	661	2742
2. Verteilung des Finanzaufkommens (sogenannte Ertrags- hoheit) . . . . .	662	2745
3. Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	668	2769
II. Ausgaben . . . . .	670	2779
1. Mitfinanzierung des Bundes bei Ausgaben der Länder . .	670	2779
2. Haushaltsrecht und parlamentarische Kontrolle . . . . .	671	2780
3. Grenzen der Kreditaufnahme . . . . .	673	2786
Literatur . . . . .	675	
Entscheidungsregister . . . . .	677	
Sachregister . . . . .	695	

## Teil I.

## Allgemeine Grundrechtslehren

## A. Grundrechte

Der **demokratische Verfassungsstaat** als eine gesellschaftliche Existenzweise und staatliche Ordnungsform baut auf den Ideen individueller und kollektiver Selbstbestimmung auf. Er nimmt seinen Ausgang bei der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG), den Geboten der Gleichheit und Freiheit aller Menschen (Art. 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 GG) und der gleichberechtigten Teilhabe aller Bürger an der öffentlichen Gewalt, die funktional gegliedert ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung (Art. 20 Abs. 2 und 3, 38 Abs. 1 GG). In den Grundrechten als einem der verfassungsstaatlichen Grundbausteine verbinden sich private, soziale und politische Freiheitsideale zu der übergreifenden Vorstellung eines freien, rechtlich verfassten und sozial gestalteten Gemeinwesens. Grundgesetzlich verbürgt sind die Grundrechte im ersten Abschnitt der Verfassung sowie in den Artikeln 20 Abs. 4, 33, 38, 101, 103 und 104 GG. 1

In den letzten sieben Jahrzehnten haben sich die Grundrechte vor allem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu kraftvollen Garantien individueller Freiheit und zu weitreichenden **Maßstäben für die Gestaltung der Rechtsordnung** sowohl im Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat als auch untereinander entwickelt. Alle staatlichen Maßnahmen müssen sich an den Grundrechten messen lassen. Jede Beeinträchtigung einer grundrechtlich geschützten Position muss verfassungsrechtlich gerechtfertigt werden. Die dabei anzulegenden Anforderungen ergeben sich zum einen aus den jeweils berührten Grundrechten und zum anderen aus den **allgemeinen Grundrechtslehren** (näher *Stolleis*, Geschichte des Öffentlichen Rechts, Bd. 4, 2012; *Bumke*, Die Entwicklung der Grundrechtsdogmatik in der deutschen Staatsrechtslehre unter dem Grundgesetz, AöR 144 [2019], S. 1 ff.). 2

Im Mittelpunkt dieser Lehren stehen die sogenannten **Freiheitsrechte**, die das Verhalten bzw. die Betätigungen, die Rechte und Rechtsgeschäfte sowie die Rechtsgüter des Einzelnen oder einer Vereinigung (Art. 19 Abs. 3 GG) schützen. Der Freiheitsschutz erfasst nur in Ansätzen das relationale Gefüge der Bürger untereinander. Er bedarf deshalb der Ergänzung durch das **allgemeine Gleichheitsgebot** aus Art. 3 Abs. 1 GG, das sicherstellt, dass nicht nur Ungleichbehandlungen verfassungsrechtlich gerechtfertigt, sondern auch die zugrunde liegenden gesetzlichen Konzeptionen folgerichtig bis zu ihrem Ende ausbuchstabiert werden. Hinzu kommen die **Diskriminierungsverbote** (Art. 3 Abs. 2 und 3 GG) und weitere besondere Gleichheitsgebote (z.B. Art. 33 Abs. 1 GG). Die Diskriminierungsverbote gehen 3



über den individuellen, durch Art.1 Abs.1 GG vermittelten Achtungsanspruch hinaus. Sie wollen strukturelle Benachteiligungen von Gruppen (z.B. „Migranten“, „Homosexuelle“, „Muslime“) durch den Staat unterbinden.

- 4 Im Rahmen der allgemeinen Grundrechtslehren wird bestimmt, wer sich auf Grundrechte berufen kann (= **Grundrechtsberechtigte**) und wer durch sie verpflichtet wird (= **Grundrechtsverpflichtete**). Außerdem werden hier die verschiedenen **Grundrechtswirkungen** (Dimensionen oder Funktionen) thematisiert und zu handhabbaren Figuren ausgeformt, die die Freiheitsrechte entfalten können. In diesem Sinne besitzen alle Freiheitsrechte die Wirkungen eines Abwehrrechts und einer Schutzpflicht. Grundrechtswirkungen gebieten dem Staat, entweder eine Maßnahme zu unterlassen (z.B. aufgrund des Abwehrrechts) oder eine Maßnahme zu ergreifen (z.B. aufgrund der Schutzpflicht zum Schutz eines Bürgers vor einem anderen Bürger). Der Aufbau der Freiheitsrechte lässt sich exemplarisch an Art.8 GG veranschaulichen; er lautet:

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

- 5 Der erste Absatz enthält eine **Grundrechtsgewährleistung**, der im zweiten Absatz ein **Grundrechtsvorbehalt** (meist Gesetzesvorbehalt oder Grundrechtsschranke genannt) beigefügt ist. Beim Grundrechtsvorbehalt handelt es sich um eine **verfassungsrechtliche Eingriffsermächtigung. Ihrer bedarf der Staat immer dann, wenn er eine durch die Grundrechtsgewährleistung geschützte Position (Schutzgegenstand) beschränken will.** Der Vorbehalt des Art.8 Abs.2 GG beschränkt sich auf „Versammlungen unter freiem Himmel“. Für Versammlungen in geschlossenen Räumen fehlt es an einer ausdrücklichen Eingriffsermächtigung. Man spricht deshalb von einem **vorbehaltlos garantierten Grundrecht**. Eine Beschränkung von Versammlungen in geschlossenen Räumen kommt deshalb nur in Betracht, wenn sich eine **ungeschriebene bzw. verfassungsimmanente verfassungsrechtliche Ermächtigungsgrundlage** finden lässt. Nach ganz h.M. vermag kollidierendes Verfassungsrecht eine solche Grundlage zu bilden. Art. 8 Abs. 1 GG schützt die Freiheit, sich mit anderen zum Zwecke der öffentlichen Meinungsbildung zu versammeln und dabei frei über Zeit, Ort und Zweck der Versammlung zu bestimmen. Welche Aspekte sozialer Wirklichkeit grundrechtlich geschützt werden, wird durch den **Schutzbereich** der Gewährleistung festgelegt. So werden durch Art.8 Abs.1 GG nicht alle Versammlungen, sondern nur solche geschützt, die „friedlich und ohne Waffen“ erfolgen (sachlicher Schutzbereich). Der persönliche Schutzbereich der Versammlungsfreiheit ist auf Deutsche beschränkt.

## B. Grundrechtsberechtigte

### I. Natürliche Personen

#### 1. Menschen- und Deutschengrundrechte


Alle natürlichen Personen sind Träger von Grundrechten. Sie können sich immer auf ihre Menschenwürde, ihre Handlungsfreiheit und das Gebot der Gleichbehandlung berufen (Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 3 GG). Sie sind deshalb „jedermann“ (= Grundrechtsträger) im Sinne des § 90 Abs. 1 BVerfGG. 6

Bei den meisten Grundrechten handelt es sich um **Menschengrundrechte**. Grundrechtsträger ist **jede natürliche Person** (und Personen- oder Kapitalvereinigungen unter den Voraussetzungen des Art. 19 Abs. 3 GG). Einige Grundrechte beschränken die Grundrechtsträgerschaft auf Deutsche i. S. d. Art. 116 GG (**Deutschengrundrechte**). 7

Die Deutschengrundrechte wurzeln in den nationalen und demokratischen Bürgerbewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie gründen auf der Überzeugung, dass sich die Bürger in einem Akt politischer Selbstgesetzgebung zu einer politischen Gemeinschaft zusammenschließen und deren konkrete rechtliche und organisatorische Ordnung in einer Verfassung festlegen. Während die Menschenrechte jedes Individuum gegenüber Einwirkungen der deutschen Staatsgewalt schützen, beschränken die Bürgerrechte den Kreis der Grundrechtsberechtigten auf **Deutsche** (vgl. Art. 8 Abs. 1, 9 Abs. 1, 11 Abs. 1, 12 Abs. 1, 16 Abs. 2, 33 Abs. 1, 38 Abs. 1 GG). 8

#### a) Schutz von Ausländern im Bereich von Deutschengrundrechten

Im Anwendungsbereich der Deutschengrundrechte werden Ausländer, die nicht EU-Bürger sind, nach h.M. jedoch nicht schutzlos gestellt. Sie werden durch das allgemeine Gleichheitsgebot aus Art. 3 Abs. 1 GG (näher Rn. 480f.) und die allgemeine Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 GG geschützt. Zum Rückgriff auf Art. 2 Abs. 1 GG hat das Verfassungsgericht ausgeführt (**BVerfGE 78, 179, 196f. – Heilpraktikergesetz**): 9

 „Verletzt wird jedoch Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 3 GG. Die Unanwendbarkeit des Art. 12 Abs. 1 GG auf Ausländer bedeutet nicht, daß die Verfassung sie in diesem Bereich schutzlos läßt. **Der systemgerechte Ansatz liegt vielmehr bei dem subsidiären allgemeinen Freiheitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG.** Das darf allerdings nicht so verstanden werden, daß der Nichtdeutsche, dem die Berufung auf die Berufsfreiheit verwehrt ist, denselben Schutz über Art. 2 Abs. 1 GG beanspruchen könnte. Eine solche Auffassung ließe das Spezialitätsverhältnis zwischen Art. 12 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG außer acht. Das allgemeine Freiheitsrecht ist insoweit nur anwendbar, als es im Rahmen der in ihm geregelten Schranken die Handlungsfreiheit gewährleistet. Da zur verfassungsmäßigen Ordnung im Sinne dieses Grundrechts jede Rechtsnorm gehört, die formell und materiell mit der Verfassung im Einklang steht, kann also eine Verletzung dieses Grundrechts nicht schon darin gesehen werden, daß Ausländern der Zugang zu einem Beruf verwehrt wird; denn dieser Ausschluß ist mit Art. 12 Abs. 1 GG zu vereinbaren, gehört demnach zur verfassungsmäßigen Ordnung. 10

Schutz bietet Art. 2 Abs. 1 GG nur vor Eingriffen, die von seinen Schranken nicht mehr gedeckt sind und nicht vom speziellen Regelungsbereich des Art. 12 Abs. 1 GG erfaßt werden.“

*b) Grundrechtsberechtigung von EU-Bürgern*

- 11 Die unionsrechtlichen Grundfreiheiten und subsidiär das Diskriminierungsverbot in Art. 18 AEUV verbieten die Benachteiligung von (juristischen) Personen der Europäischen Union im Vergleich mit inländischen (juristischen) Personen. Da sich bei der Verfassungsbeschwerde der Beschwerdeführer nur auf die in Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG aufgeführten Rechte berufen kann, führt dies zu einer Schlechterstellung der Unionspersonen, sofern der Schutzbereich eines Deutschengrundrechts berührt wird. Nun greift der Anwendungsvorrang des europäischen Unionsrechts in den durch Art. 23 Abs. 1 S. 2 und 3 GG gezogenen Grenzen auch gegenüber dem Grundgesetz ein. Da diese Grenzen bei der Anwendungserweiterung nicht überschritten werden, ist die Erweiterung des Grundrechtsschutzes zugunsten der Unionspersonen aufgrund des europäischen Unionsrechts geboten; die Unionsbürger können sich also auf die Deutschengrundrechte berufen (vgl. BVerfGE 129, 78, 94 ff.).
- 12 Während diese Anwendungserweiterung kaum noch bezweifelt wird, herrscht über den Begründungsweg Streit (näher *Dreier*, in: *Dreier*, GG, Vorb. vor Art. 1, Rn. 115 f. m. w. N.). Zwei Positionen stehen sich gegenüber: Nach der ersten kann sich die Unionsperson zwar nur auf Art. 2 Abs. 1 GG berufen, aber dessen Schutzwirkung wird unionsrechtskonform verstärkt (= unionskonforme Rechtsfortbildung). Dieses „Hineinlesen“ der deutschengrundrechtlichen Anforderungen wird von der zweiten Position als gekünstelter Umweg angesehen. Sie spricht sich deshalb für die Nichtanwendung des Tatbestandsmerkmals „Deutscher“ aus. Geht man von dem sonst geltenden Grundsatz aus, wonach die unionskonforme Auslegung einer Nichtanwendung vorgeht, dann ist der erste Weg der richtige.

*2. Grundrechtsberechtigung und Grundrechtsmündigkeit*

- 13 **Grundrechtsberechtigung** (= Grundrechtsträgerschaft, Grundrechtsfähigkeit) meint die Fähigkeit, Rechtsträger oder Zuordnungssubjekt von Grundrechten zu sein. Im Unterschied zur Grundrechtsträgerschaft bezieht sich **Grundrechtsmündigkeit** auf die Fähigkeit eines Grundrechtsträgers, die grundrechtlich geschützten Rechtsgüter, Freiheiten und Rechte selbst verfahrensrechtlich wahrzunehmen. Dies richtet sich nach der Einsichts- und Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen (auch als „Grundrechtsreife“ bezeichnet; s. BVerfGE 28, 243, 255). Fehlt es an der Grundrechtsmündigkeit, bedarf der Grundrechtsträger eines gesetzlichen Vertreters, um seine Grundrechte wahrzunehmen. Die Grundrechtsmündigkeit kann unterhalb der gewöhnlichen Volljährigkeitsgrenze (volle Geschäftsfähigkeit, vgl. § 2 BGB) liegen, die in den einfachen Prozessordnungen regelmäßig die Voraussetzung für die Prozess- oder Verfahrensfähigkeit bildet.
- 14 Neben dieser prozessualen Seite wird unter dem Stichwort der „Grundrechtsmündigkeit“ auch das Verhältnis zwischen elterlichem Erziehungsrecht und der zunehmenden Selbststän-

digkeit des Minderjährigen thematisiert. Dies kann dazu führen, dass mit wachsender Einsichtsfähigkeit des Kindes das elterliche Erziehungs- und Bestimmungsrecht zunehmend geschmälert wird. Schließlich wird unter diesem Topos die Frage diskutiert, ob es ein Mindestalter gibt, ab dem der Staat seine Maßnahmen gegenüber einem Minderjährigen rechtfertigen muss. Dies ist aber heute nach wohl allgemeiner Meinung nicht der Fall. Die Grundrechte sind auf eine umfassende Rechtfertigungsbedürftigkeit staatlicher Begrenzung und Ausgestaltung von Grundrechten angelegt.

### 3. Grundrechtsberechtigung vor der Geburt und nach dem Tod


Nach h.M. wird die **tote Person** durch Art. 1 Abs. 1 GG geschützt. Bei der noch **nicht geborenen Person** reicht der Schutz der Grundrechte, soweit die grundrechtlichen Schutzgegenstände sinnvollerweise in Anspruch genommen werden können (daran fehlt es etwa bei Kommunikationsgrundrechten oder der Berufsfreiheit). Die ungeborene oder tote Person ist zwar nicht grundrechtsberechtigt und kann sich deshalb auch nicht mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters auf „ihre“ Grundrechte berufen (str. für den Ungeborenen; das einfache Recht kennt jedenfalls keine solche Form der gesetzlichen Vertretung), aber die Grundrechte als objektive Normen enthalten einzelne Vorgaben für den Umgang mit solchen Personen und für ihren Schutz (näher bei Rn. 280 ff.).

### 4. Grundrechte im besonderen Gewaltverhältnis

Die Figur des besonderen Gewaltverhältnisses entstammt dem Ende des 19. Jahrhunderts. Sie diente dazu, **besonders enge Beziehungen zwischen Staat und Bürger** und die dazu gehörigen Einrichtungen zu erfassen, mit denen ganz bestimmte öffentliche Aufgaben verwirklicht wurden. Zu diesen Einrichtungen zählten: Schule (Art. 7 Abs. 1, 141 GG), Hochschule (Art. 5 Abs. 3 GG), Beamtenverhältnis (Art. 33 Abs. 4, 5 GG), Wehr- und Zivildienst (Art. 12 Abs. 2, 12a, 4 Abs. 3 GG) und Strafvollzugsverhältnis (Art. 12 Abs. 3, 74 Abs. 1 Nr. 1, 104 GG). Unter dem Grundgesetz diente die Figur anfänglich dazu, Bereiche wie den Strafvollzug oder das Schulwesen der vorrangigen Ordnungs- und Gestaltungsmacht der Exekutive zu unterwerfen. Außerdem sah man die Geltung der Grundrechte als eingeschränkt oder gar ausgeschlossen an. Das Bundesverfassungsgericht hat mit dieser Tradition gebrochen und 1.) das besondere Gewaltverhältnis dem Vorbehalt des Gesetzes unterworfen, 2.) die allgemeine Grundrechtsgeltung anerkannt, 3.) der Figur eine allgemein rechtfertigende Wirkung abgesprochen. Stattdessen prüft es, ob Zweck und Aufgabe des besonderen Gewaltverhältnisses den Eingriff zu rechtfertigen vermögen (vgl. BVerfGE 33, 1, 10f. – Strafgefängene).

Mit der Figur des besonderen Gewaltverhältnisses sind demnach keine spezifischen Rechtsfolgen mehr für die Grundrechtsdogmatik verbunden. Nicht anders als bei anderen wichtigen öffentlichen Aufgaben vermögen die hier berührten Zwecke weitreichende Grundrechtsbegrenzungen zu rechtfertigen. So sollen manche Verhaltensweisen so stark von der öffentlichen Aufgabe geprägt sein, dass die Tätigkeit als solche nicht grundrechtlich geschützt sein soll (z.B. der Gebrauch eines Dienst-

telefons mit Blick auf Art.10 Abs.1 GG oder die Pflicht eines Schülers, zwei Stunden aus pädagogischen Gründen nachzusitzen). Soweit heutzutage noch über das besondere Gewaltverhältnis gestritten wird, geht es darum, wie weit die grundrechtlich geschützte Freiheit zurückgedrängt werden darf. Exemplarisch dafür steht das Minderheitsvotum zur Kopftuch-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, **BVerfGE 108, 282, 315f. – Kopftuch I:**

- 18  „Die Senatsmehrheit nimmt zu Unrecht einen schwerwiegenden Eingriff in die Religions- und Weltanschauungsfreiheit der Beschwerdeführerin an, um einen Gesetzesvorbehalt zu rechtfertigen. Damit verkennt sie die **funktionelle Begrenzung des Grundrechtsschutzes für Beamte**. Im Fall des Zugangs zu einem öffentlichen Amt gibt es keine offene Abwägungssituation gleichwertiger Rechtsgüter; das für die Grundrechtsverwirklichung wesentliche Rechtsverhältnis in der Schule wird in erster Linie durch den Grundrechtsschutz von Schülern und Eltern geprägt. Wer Beamter wird, stellt sich in freier Willensentschließung auf die Seite des Staates. Der Beamte kann sich deshalb nicht in gleicher Weise auf die freiheitssichernde Wirkung der Grundrechte berufen wie jemand, der nicht in die Staatsorganisation eingegliedert ist. In Ausübung seines öffentlichen Amtes kommt ihm deshalb das durch die Grundrechte verbürgte Freiheitsversprechen gegen den Staat nur insoweit zu, als sich aus dem besonderen Funktionsvorbehalt des öffentlichen Dienstes keine Einschränkungen ergeben. Der beamtete Lehrer unterrichtet auch im Rahmen seiner persönlichen pädagogischen Verantwortung **nicht in Wahrnehmung eigener Freiheit, sondern im Auftrag der Allgemeinheit und in Verantwortung des Staates**. Beamtete Lehrer genießen deshalb bereits vom Ansatz her nicht denselben Grundrechtsschutz wie Eltern und Schüler: Die Lehrer sind vielmehr an Grundrechte gebunden, weil sie teilhaben an der Ausübung öffentlicher Gewalt.“

## II. Juristische Personen

### 1. Inländische juristische Personen des Privatrechts

#### a) Grundsatz

- 19 Als Grundrechtsträger kommen nach Art.19 Abs.3 GG neben den natürlichen Personen inländische juristische Personen des Privatrechts in Betracht, soweit die Grundrechte „ihrem **Wesen nach auf diese anwendbar** sind“. Bei der Anwendbarkeitsfrage ist darauf abzustellen, ob „ihre Bildung und Betätigung Ausdruck der freien Entfaltung der natürlichen Personen sind“ und deshalb der „Durchgriff“ auf die hinter den juristischen Personen stehenden natürlichen Personen den Grundrechtsschutz sinnvoll und erforderlich erscheinen lässt. Das Verfassungsgericht sieht in dem **Erfordernis eines personalen Substrats** aber keine notwendige Schutzvoraussetzung. Vielmehr kann es ausreichen, wenn die Person sich in einer mit einer natürlichen Person vergleichbaren „**grundrechtstypischen Gefährdungslage**“ befindet. Das Gericht hat folglich Stiftungen als schützenswerte Personen anerkannt (von daher erscheint es nicht sehr hilfreich, die Gesichtspunkte „personales Substrat“ und „Gefährdungslage“ in einen Gegensatz zu stellen, in diese Richtung aber *Kin-green/Poscher*, GrundR, Rn.240ff.). „Für die Beantwortung der Frage, ob ein Grundrecht seinem Wesen nach auf Personenvereinigungen anwendbar ist, ist in erster Linie darauf abzustellen, ob es nur individuell oder auch **korporativ** betätigt

werden kann“ (BVerfGE 122, 342, 355). In der Konsequenz führt dies dazu, dass nicht nur vollrechtsfähige juristische Personen, sondern alle Vereinigungen von privaten Personen in Betracht kommen, sofern sie über **ein Mindestmaß an organisatorischer Verfestigung** verfügen. Anerkannt hat das Verfassungsgericht beispielsweise die Grundrechtsträgerschaft der Kommanditgesellschaft, der Gesellschaft bürgerlichen Rechts und nichtstaatlichen Organisationen, die regelmäßig Versammlungen veranstalten (BVerfGE 122, 342, 348f.).

*b) Ausnahme: staatlich beherrschtes Unternehmen*

Steht hinter einer juristischen Person des Privatrechts der Staat, kommt eine Grundrechtsträgerschaft nur in Betracht, wenn es sich um eine der anerkannten Ausnahmen eines Grundrechtsschutzes für die öffentliche Hand handelt (Kirchen, Universitäten, Rundfunkanstalten) oder der Staat keinen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausübt (näher Rn. 38). 20

*2. Inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts*

*a) Der Grundsatz: keine Grundrechtsträgerschaft für juristische Personen des öffentlichen Rechts*

**BVerfGE 21, 362 – Sozialversicherungsträger**

**Sachverhalt:** Die Beschwerdeführerin gewährte Sozialversicherungsleistungen an die Witwe eines Arbeiters, der durch einen Verkehrsunfall getötet worden war. Der Unfall war durch Fahrlässigkeit eines Bediensteten der in der Bundesrepublik stationierten britischen Streitkräfte verursacht worden. Diese Fälle werden als sogenannte Stationierungsschäden behandelt, für die nach Amtshaftungsgrundsätzen gehaftet wird. Während im Normalfall beim Erbringen von Sozialversicherungsleistungen alle Schadensersatzansprüche des Versicherten auf den zahlenden Sozialversicherungsträger übergehen, scheidet dieser Anspruchsübergang wegen der Subsidiaritätsklausel des § 839 Abs. 1 S. 2 BGB in Fällen, in denen der Beamte nur fahrlässig gehandelt hat und der Verletzte auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind deshalb wegen der Subsidiaritätsklausel Amtshaftungsansprüche ausgeschlossen (und können daher auch nicht übergehen), wenn und soweit dem Verletzten infolge des Schadens Sozialversicherungsleistungen zustehen, die nach Art und Umfang seine Ersatzansprüche decken. Gegen diese Rechtsprechung wendete sich die Beschwerdeführerin. 21


Als entscheidendes Kriterium für die prinzipielle Verschiedenheit von juristischen Personen des Privatrechts und solchen des öffentlichen Rechts sah das Verfassungsgericht das **Wesen der Grundrechte** an. Es führte dazu aus (a. a. O., S. 369): 22



„Das Wertsystem der Grundrechte geht von der Würde und Freiheit des einzelnen Menschen als natürliche Person aus. Die Grundrechte sollen in erster Linie die Freiheitssphäre des Einzelnen gegen Eingriffe der staatlichen Gewalt schützen und ihm insoweit zugleich die Voraussetzungen für eine freie aktive Mitwirkung und Mitgestaltung im Gemeinwesen sichern. Von dieser zentralen Vorstellung her ist auch Art. 19 Abs. 3 GG auszulegen und anzuwenden. Sie rechtfertigt eine Einbeziehung der juristischen Personen in den Schutzbe- 23

reich der Grundrechte nur, wenn ihre Bildung und Betätigung Ausdruck der freien Entfaltung der natürlichen Personen sind, besonders wenn der ‚Durchgriff‘ auf die hinter den juristischen Personen stehenden Menschen dies als sinnvoll oder erforderlich erscheinen lässt. Danach bestehen grundsätzlich Bedenken dagegen, die Grundrechtsfähigkeit auf juristische Personen des öffentlichen Rechts im Bereich der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben zu erstrecken. Wenn die Grundrechte das Verhältnis des Einzelnen zur öffentlichen Gewalt betreffen, so ist es damit unvereinbar, den **Staat** selbst zum Teilhaber oder Nutznießer der Grundrechte zu machen; er **kann nicht gleichzeitig Adressat und Berechtigter der Grundrechte sein.**“

*b) Die „Ausnahme-Trias“ eines Grundrechtsschutzes der öffentlichen Hand*

- 24 Das Verfassungsgericht hat jedoch die Grundrechtsträgerschaft für Kirchen, Universitäten und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten anerkannt. Für die staatlich anerkannten **Kirchen** (Art. 140 GG i. V.m. Art. 137 Abs. 5 WRV) ergibt sich dies daraus, dass die „**kirchliche Gewalt zwar öffentliche, aber nicht staatliche Gewalt**“ und damit **generell grundrechtsberechtigt** ist. Nur soweit die Kirchen vom Staat verliehene Befugnisse ausüben oder soweit ihre Maßnahmen den kirchlichen Bereich überschreiten oder in den staatlichen Bereich hineinreichen, betätigen die Kirchen mittelbar auch staatliche Gewalt (BVerfGE 18, 385, 387 – Teilung einer Kirchengemeinde).
- 25 Für die verbleibenden Fälle hat das Gericht sehr restriktive Anforderungen aufgestellt, die etwa dazu führen, dass sich eine Gemeinde gegenüber dem Land nicht auf Art. 14 GG berufen kann (BVerfGE 61, 82, 103f. – Sasbach):
- 26  „Bei den in der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anerkannten Ausnahmen handelt es sich durchweg um juristische Personen des öffentlichen Rechts, die den Bürgern auch zur **Verwirklichung ihrer individuellen Grundrechte dienen**, und die als eigenständige, **vom Staat unabhängige oder jedenfalls distanzierte Einrichtungen** bestehen. Als in dieser Art eigenständige, vom Staat unabhängige oder jedenfalls distanzierte Einrichtungen sind die Gemeinden nicht anzusehen. Einem grundrechtsgeschützten Lebensbereich zugeordnet sind sie nicht schon deshalb, weil ihnen durch die Verfassungen des Bundes und der Länder gewährleistete Selbstverwaltungsrechte zustehen. Zwar kann ein Selbstverwaltungsrecht gerade auch deshalb eingeräumt sein, weil die betreffende Körperschaft einem ‚grundrechtsgeschützten Lebensbereich‘ zuzuordnen ist, wobei dann ‚das Selbstverwaltungsrecht‘ als ‚freiheitsstabilisierend und sogar freiheitskonstituierend in Erscheinung tritt‘, wie dies etwa bei den Rundfunkanstalten oder den Universitäten der Fall ist. Auch die Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung dient der allgemeinen politischen Bürgerfreiheit. Sie läßt sich aber dem Schutzbereich materieller Grundrechte nicht in vergleichbarer Weise zuordnen.“
- 27 In einer späteren Entscheidung hat das Gericht bekräftigt, dass der Grundrechtsschutz nur so weit reicht, wie dies **zur Wahrnehmung der organisationstypischen Aufgaben erforderlich** ist. Aus diesem Grund hat es die Verfassungsbeschwerde einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt für unzulässig erachtet, mit der diese sich unter Berufung auf Art. 14 Abs. 1 GG gegen eine Änderung des Urheberrechts wenden wollte. Nur soweit solche Fragen den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG selbst berühren, kommt ein grundrechtlicher Schutz in Betracht (BVerfGE 78, 101, 102f. – Eigentumsrecht von Rundfunkanstalten).

### c) Weitere Ausnahmefälle

Auch über die bekannte Ausnahmetrias hinaus hat das Verfassungsgericht die Grundrechtsträgerschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts bejaht, wenn bei dieser nicht eine gesetzlich zugewiesene und geregelte öffentliche Aufgabe, sondern die **Interessenwahrnehmung der Mitglieder** im Vordergrund steht (so BVerfGE 70, 1, 15 ff. – Kostendämpfung). Diese Unterscheidung unterstreicht noch einmal, dass nicht die Rechtsform, sondern die **Funktion** der juristischen Person das maßgebliche Kriterium für den Ausschluss der Rechtsträgerschaft ist (so *Sachs*, GrundR, Kap. 6, Rn. 86 f.). Doch sollte bei der Handhabung des Kriteriums die sehr restriktive Grundhaltung des Verfassungsgerichts gegenüber einer Grundrechtsträgerschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts berücksichtigt werden (so wird der Eigentumsschutz aus Art. 14 GG bislang stets versagt). 28


### 3. Ausländische juristische Personen

Ausländische Personen- oder Kapitalvereinigung sind vom Schutz des Art. 19 Abs. 3 GG ausgeschlossen. **Inländisch** ist eine Vereinigung nach h.M., wenn sie ihren **Sitz**, d. h. den tatsächlichen Ort des Verwaltungszentrums, im Bundesgebiet hat (bei rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften ist deren Sitz maßgeblich). Diese im Rahmen von Art. 19 Abs. 3 GG angewandte Sitztheorie bedarf keiner unionsrechtlichen Modifikation, da das deutsche Verfassungsrecht im Unterschied zum Gesellschaftsrecht über andere Wege verfügt, um eine Schlechterbehandlung von Vereinigungen mit Sitz in der Europäischen Union zu verhindern. Welchen konstruktiven Weg man dabei gehen sollte, ist umstritten (einen anschaulichen Überblick zu den verschiedenen Wegen gibt *Remmert*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 19 Abs. 3, Rn. 96 ff. m. w. N.), sicher ist aber die Anwendungserweiterung des Grundrechtsschutzes durch Art. 19 Abs. 3 GG zugunsten der Unionspersonen. Ein Weg besteht darin, den Begriff „inländisch“ unionsrechtskonform im Sinne von „deutsche einschließlich europäische juristischer Personen des EU-Auslands“ auszulegen. Näher liegt der aus dem einfachen Recht vertraute Weg der Nichtanwendung des Merkmals „inländisch“. Das Bundesverfassungsgericht spricht schlicht von der „Anwendungserweiterung des Art. 19 Abs. 3 GG“ (BVerfGE 129, 78, 97). 29

Will sich eine Vereinigung auf ein **Deutschengrundrecht** berufen, bleibt zu klären, ob über das Sitzkriterium hinaus noch zusätzlich zu verlangen ist, dass die Vereinigung nicht von Ausländern beherrscht wird. Gegen dieses zusätzliche Erfordernis lassen sich die rechtliche Selbstständigkeit juristischer Personen sowie die Veränderbarkeit von Beteiligungsverhältnissen zumindest bei börsennotierten Vereinigungen anführen. Für das zusätzliche Erfordernis spricht, dass auch mit Blick auf die Grundrechtsberechtigung bzw. die Grundrechtsbindung nach den Beherrschungsverhältnissen gefragt wird. Außerdem würde sonst allein die organisatorische Verfestigung ausreichen, damit nicht grundrechtsberechtigte Ausländer in den Genuss des Grundrechtsschutzes gelangen könnten. Für die Berufung einer Vereinigung mit Sitz in der Europäischen Union muss dementsprechend geprüft werden, ob die Vereinigung von Unionsbürgern (Art. 20 AEUV) beherrscht wird. 30



4. *Inanspruchnahme prozessualer Grundrechte durch ausländische juristische Personen und solche des öffentlichen Rechts*

- 31 Ausländische und öffentlich-rechtliche Vereinigungen können sich aber auf die sogenannten **prozessualen**, im Rechtsstaatsprinzip wurzelnden **Grundrechte** in Gestalt von Art. 101 Abs. 1 S. 2 und 103 Abs. 1 GG berufen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu ausgeführt (**BVerfGE 138, 64, 82f. – Unterlassen einer Richtervorlage**):
- 32  „Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts können sich juristische Personen des öffentlichen Rechts, wenn sie an einem Rechtsstreit in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben beteiligt sind, auf die Rechte aus Art. 101 Abs. 1 Satz 2 und Art. 103 Abs. 1 GG berufen. Im Unterschied zu den Grundrechten aus Art. 1 bis 17 GG, die juristische Personen des öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht beanspruchen können, enthalten Art. 101 Abs. 1 Satz 2 und Art. 103 Abs. 1 GG auch **objektive Verfahrensgrundsätze**, die **für jedes gerichtliche Verfahren gelten** und daher auch **jedem zugutekommen** müssen, **der nach den maßgeblichen Verfahrensnormen parteifähig oder von dem Verfahren unmittelbar betroffen ist**. Dem liegt [...] zugrunde, dass die Funktion richterlicher Entscheidungen im Rechtsstaat nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie unter Beachtung der Erfordernisse eines gehörigen Verfahrens gewonnen werden, die im Interesse gerechter richterlicher Urteilsfindung unverzichtbar sind. Diese rechtsstaatlich fundierten Erwägungen greifen auch dann, wenn – wie hier – eine Behörde nach dem einschlägigen Verfahrensrecht Beteiligte im fachgerichtlichen Verfahren sein kann.“
- 32a Auf Art. 19 Abs. 4 GG ist der Gedanke von den objektiven Verfahrensgrundsätzen, die jedem nach einfachem Recht Parteifähigen zugutekommen, **nicht ohne Weiteres übertragbar**, betrifft dieses Grundrecht doch im Ausgangspunkt den Zugang zu den Gerichten, also das „Ob“ und nicht das „Wie“ des Rechtsschutzes. Dementsprechend ist anerkannt, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts – mit Ausnahme von Kirchen, Universitäten und Rundfunkanstalten – nicht dem persönlichen Schutzbereich des Art. 19 Abs. 4 GG unterfallen. Inwieweit das auch für ausländische juristische Personen gilt, die ihren Sitz nicht in Deutschland oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat haben, war in der Literatur bislang umstritten. Das Bundesverfassungsgericht hat eine entsprechende Rüge von Art. 19 Abs. 4 GG jüngst unter Verweis auf dessen Charakter als **materielles Grundrecht** sowie das Regelungsanliegen von **Art. 19 Abs. 3 GG** abgelehnt (BVerfG, Beschl. v. 8.11.2022 – 2 BvR 2480/10 u. a., GRUR 2023, S. 549, 550f., Rn. 101ff.).

### C. Grundrechtsverpflichtete

- 33 In Art. 1 Abs. 3 GG heißt es: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Dass mit diesem Satz die **gesamte deutsche Staatsgewalt** an die Grundrechte gebunden werden soll, ergibt sich aus Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG, der die Formen möglicher Staatsgewalt auf die drei genannten **Staatsfunktionen** (Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung) begrenzt und zugleich bestimmt, dass diese Funktionen

## Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 1, 14	Südweststaat	471; 477; 2469; 2475 f.
BVerfGE 1, 76	Steuerverwaltung	2354
BVerfGE 1, 97	Hinterbliebenenversorgung	1400
BVerfGE 1, 117	Finanzausgleich I	1451
BVerfGE 1, 167	Offenbach	1802f.
BVerfGE 1, 208	Sperrklausel	1381; 1974; 1991
BVerfGE 1, 299	Wohnungsbauförderung	1439f.
BVerfGE 2, 1	SRP-Verbot	1570
BVerfGE 2, 213	Straffreiheitsgesetz	2421
BVerfGE 2, 266	Notaufnahme	507
BVerfGE 2, 307	Änderung von Gerichtsbezirken	2477f.; 2481
BVerfGE 3, 383	Zulassung politischer Parteien zur Landtagswahl	1974
BVerfGE 3, 407	Baugutachten	2415f.
BVerfGE 5, 85	KPD-Verbot	1566f.; 1570
BVerfGE 6, 32	Elfes	314ff.; 333f.; 1026f.
BVerfGE 6, 309	Konkordat	818; 1418
BVerfGE 7, 77	Nachrücker	2062ff.
BVerfGE 7, 89	Hamburgisches Hundesteuergesetz	1452
BVerfGE 7, 198	Lüth	230ff.; 618f.; 630f.; 693f.
BVerfGE 7, 272	Volkshochschule	2481
BVerfGE 7, 377	Apothekenurteil	91; 138; 1039ff.; 1045; 1063; 1064f.
BVerfGE 8, 1	Teuerungszulage	1925f.; 1967f.
BVerfGE 8, 51	Parteispendenurteil I	456
BVerfGE 8, 104	Volksbefragung	1362ff.; 2378; 2414
BVerfGE 8, 122	Atombewaffnung	1824
BVerfGE 8, 143	Beschlussgesetz	2414
BVerfGE 8, 197	Bußgeldverfahren	2597
BVerfGE 8, 274	Preisbindung	2517f.; 2540f.
BVerfGE 8, 332	Oberkreisdirektor NRW	1923
BVerfGE 9, 89	Gehör bei Haftbefehl	2664ff.
BVerfGE 9, 124	Armenrecht	502; 1400
BVerfGE 9, 174	Nachfluchtgründe I	1290f.
BVerfGE 9, 268	Bremer Personalvertretung	1932f.; 2306f.
BVerfGE 10, 89	Ertverband	925
BVerfGE 10, 136	Rücklieferung deutscher Staats- angehöriger	1270

## Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 10, 264	Gerichtskostenvorschuss	1320
BVerfGE 11, 105	Familienlastenausgleich	2527
BVerfGE 11, 139	Kostenrechtsnovelle	1533
BVerfGE 11, 232	Korntal	1318
BVerfGE 12, 45	Situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung	607f.
BVerfGE 12, 139	Briefwahl I	2060
BVerfGE 12, 205	1. Fernsehurteil	1443f.; 2417f.; 2524ff.
BVerfGE 13, 54	Neugliederung Hessen	1419ff.
BVerfGE 13, 97	Handwerksordnung	1085ff.
BVerfGE 14, 56	Gemeindegerichte	2597; 2621ff.
BVerfGE 14, 121	FDP	1610ff.
BVerfGE 14, 197	Kreditwesengesetz	2519; 2581ff.
BVerfGE 15, 167	Beamtenversorgung	1927f.
BVerfGE 18, 18	Katholischer Hausgehilfinnenverband	940f.
BVerfGE 18, 52	Verkehrsfinanzgesetz	2479f.
BVerfGE 18, 385	Teilung einer Kirchengemeinde	24
BVerfGE 18, 407	Prostitution	2376f.
BVerfGE 19, 135	Totalverweigerung	616
BVerfGE 19, 342	U-Haft	118f.
BVerfGE 20, 56	Parteienfinanzierung I	1622f.
BVerfGE 20, 162	Spiegel	641f.; 647f.; 653
BVerfGE 21, 200	Briefwahl II	2074ff.
BVerfGE 21, 362	Sozialversicherungsträger	21ff.
BVerfGE 22, 49	Rechtsprechende Gewalt	2598ff.
BVerfGE 22, 180	Subsidiarität	1405ff.
BVerfGE 23, 62	Erfindervergütung	2484ff.
BVerfGE 24, 33	Deutsch-Niederländischer Finanzvertrag	1313
BVerfGE 24, 184	Ausländische Urkunden	2512f.
BVerfGE 24, 367	Hamburgisches Deichordnungsgesetz	1260f.
BVerfGE 25, 256	Blinkfüer	629ff.
BVerfGE 27, 195	Hessische Privatschulen	830f.
BVerfGE 28, 66	Zulässigkeit einer Nebenklage	2515f.
BVerfGE 28, 243	Kriegsdienstverweigerung	13; 96f.
BVerfGE 28, 324	Heiratswegfallklauseln	765
BVerfGE 29, 183	Rücklieferung II	1270
BVerfGE 30, 1	Abhörurteil/G 10 I	1000
BVerfGE 30, 173	Mephisto	94f.; 718ff.
BVerfGE 30, 367	Bundesentschädigungsgesetz	1536ff.
BVerfGE 32, 54	Schnellreinigung	1119f.; 1159ff.
BVerfGE 32, 273	Mutterschutz	800f.
BVerfGE 33, 1	Strafgefangene	16; 975
BVerfGE 33, 23	Eidesverweigerung aus Glaubensgründen	576f.
BVerfGE 33, 125	Facharztbeschluss	2470f.
BVerfGE 33, 303	Numerus Clausus	244; 1110; 1400; 1411f.
BVerfGE 34, 9	Hausgut-Entscheidung	2267
BVerfGE 34, 81	Wahlgleichheit	1972f.

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 34, 165	Förderstufe	838f.
BVerfGE 34, 269	Soraya	1499ff.
BVerfGE 35, 79	Hochschulurteil	741ff.; 747ff.
BVerfGE 35, 185	U-Haft	110
BVerfGE 35, 202	Lebach	140ff.
BVerfGE 35, 263	Behördliches Beschwerderecht	1318f.; 1338
BVerfGE 36, 1	Grundlagenvertrag	1422b ff.
BVerfGE 36, 139	Sesshaftigkeit	2046ff.
BVerfGE 36, 146	Geschlechtsgemeinschaft	765
BVerfGE 37, 217	Staatsangehörigkeit von Abkömmlingen	496f.
BVerfGE 37, 271	Solange I	1634; 1654f.; 1661; 1744
BVerfGE 37, 363	Bundesrat	2249ff.
BVerfGE 38, 105	Rechtsbeistand	332
BVerfGE 38, 175	Rückkehrerwerbsrecht	1263f.
BVerfGE 39, 1	Schwangerschaftsabbruch I	176; 180f.
BVerfGE 39, 96	Städtebauförderung	2715f.
BVerfGE 39, 334	Radikalenbeschluss	1888ff.
BVerfGE 40, 52	Vergnügungssteuer	2772
BVerfGE 40, 287	Verfassungsschutzbericht	1568f.
BVerfGE 40, 296	Diätenurteil	2088ff.
BVerfGE 41, 29	Gemeinschaftsschule I	819ff.
BVerfGE 41, 65	Gemeinschaftsschule II	819ff.
BVerfGE 41, 88	Gemeinschaftsschule III	819ff.
BVerfGE 41, 251	Speyer-Kolleg	844
BVerfGE 41, 291	Strukturförderung	2527
BVerfGE 41, 399	Wahlkampfkostenerstattung	2071f.
BVerfGE 42, 103	Bonus-Malus II	1424ff.
BVerfGE 44, 125	Öffentlichkeitsarbeit	1368ff.; 1560f.; 2071f.
BVerfGE 44, 216	Getränkesteuer	2772
BVerfGE 45, 1	Haushaltsüberschreitung	2781ff.
BVerfGE 45, 187	Lebenslange Freiheitsstrafe	291ff.
BVerfGE 46, 160	Schleyer	201f.
BVerfGE 46, 268	Bodenreformentschädigung	1258f.
BVerfGE 47, 46	Sexualkunde	816; 824ff.; 840; 845
BVerfGE 47, 198	Wahlwerbung	1615
BVerfGE 47, 253	Bezirksvertretung	1356ff.
BVerfGE 48, 300	Ehrengerichte	2613ff.
BVerfGE 49, 70	Untersuchungsausschuss	2201ff.
BVerfGE 49, 89	Kalkar	176; 1382f.; 1468f.; 1478ff.
BVerfGE 49, 220	Zwangsversteigerung	1245
BVerfGE 50, 50	Laatzten	1809ff.
BVerfGE 50, 290	Mitbestimmung	53f.; 125f.; 911f.; 928f.; 1165
BVerfGE 51, 97	Richtervorbehalt bei Durchsuchungen	1131ff.
BVerfGE 51, 193	Schloßberg	1178f.
BVerfGE 51, 222	Fünf-Prozent-Klausel	1974; 1991; 2000
BVerfGE 51, 386	Ausweisung II	73; 769

## Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 53, 30	Mülheim-Kärlich	249f.
BVerfGE 53, 109	Wiedereinsetzung	2660ff.
BVerfGE 53, 135	Schokoladen-Osterhase	131f.
BVerfGE 53, 224	Ehescheidung	770f.
BVerfGE 53, 257	Versorgungsausgleich	773f.
BVerfGE 54, 148	Eppler	336f.
BVerfGE 54, 301	Buchführungsprivileg der Steuerberater	1068ff.
BVerfGE 55, 1	Flughafen München II	2647ff.
BVerfGE 55, 72	Präklusion im Zivilprozess II	2669ff.
BVerfGE 55, 159	Falknerjagdschein	122f.
BVerfGE 55, 274	Berufsausbildungsabgabe	2545ff.; 2721ff.
BVerfGE 56, 54	Fluglärm	414
BVerfGE 56, 216	Rechtsschutz im Asylverfahren	1304f.
BVerfGE 57, 250	V-Mann	332
BVerfGE 58, 1	Eurocontrol	1640f.
BVerfGE 58, 137	Pflichtexemplar	1227
BVerfGE 58, 233	Deutscher Arbeitnehmerverband	943
BVerfGE 58, 257	Versetzung	844f.
BVerfGE 58, 300	Nassauskiesung	173f.; 1171; 1180f.; 1226
BVerfGE 59, 231	WDR – Freier Mitarbeiter	659
BVerfGE 59, 360	Schweigepflicht	840
BVerfGE 60, 79	Trennung Kind von Familie	799
BVerfGE 60, 175	Startbahn West	1433ff.
BVerfGE 60, 348	Asylrecht und Auslieferungsverfahren	1303
BVerfGE 61, 1	Wahlkampf	621ff.; 627f.; 700
BVerfGE 61, 82	Sasbach	25f.; 106
BVerfGE 61, 149	Staatshaftung	1446ff.
BVerfGE 61, 358	Sorgerecht	790f.
BVerfGE 62, 1	Bundestagsauflösung I	2325ff.; 2497
BVerfGE 62, 374	Studienrat	845
BVerfGE 63, 1	Bezirksschornsteinfeger	2520; 2527; 2533
BVerfGE 65, 1	Volkszählung	365ff.
BVerfGE 66, 116	Wallraff	643f.
BVerfGE 67, 100	Flick	2216; 2237
BVerfGE 67, 213	Anachronistischer Zug	713f.
BVerfGE 68, 1	NATO-Doppelbeschluss	1473f.; 1633; 1748
BVerfGE 68, 361	Eigenbedarfskündigung I	1214ff.
BVerfGE 69, 272	Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz	1197ff.
BVerfGE 69, 315	Brokdorf	152; 849ff.; 855f.; 859f.; 879; 889f.; 896f.; 898ff.
BVerfGE 70, 1	Kostendämpfung	28, 919f.
BVerfGE 70, 191	Fischereirecht	1206
BVerfGE 70, 251	Schulverwaltungsgesetz	845
BVerfGE 70, 297	Unterbringung	164
BVerfGE 70, 324	Geheimdienstkontrolle	2182ff.

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 72, 200	Außensteuer	1533
BVerfGE 72, 330	Finanzausgleich II	1451; 2713f.; 2745 ff.; 2753 ff.
BVerfGE 73, 206	Sitzblockaden I	862 ff.; 2679 ff.
BVerfGE 73, 301	Vermessungsingenieur	1050 f.
BVerfGE 73, 339	Solange II	1635 ff.; 1647 f.; 1657 ff.; 1744
BVerfGE 74, 51	Nachtfluchtgründe II	1302
BVerfGE 74, 264	Boxberg	1255 ff.
BVerfGE 75, 40	Privatschulfinanzierung	176
BVerfGE 75, 318	Wohnungsbetretung	1157
BVerfGE 76, 220	§ 242b Arbeitsförderungsgesetz	1242 f.
BVerfGE 77, 1	Neue Heimat	2213 ff.; 2232 ff.
BVerfGE 77, 170	C-Waffen	187 ff.
BVerfGE 77, 240	Herrnburger Bericht	98 f.; 722 f.
BVerfGE 78, 101	Eigentumsrecht von Rundfunk- anstalten	27
BVerfGE 78, 179	Heilpraktikergesetz	9 f.
BVerfGE 79, 127	Rastede	1818 ff.; 1837 ff.; 1849
BVerfGE 80, 81	Ausländeradoption	776 ff.
BVerfGE 80, 124	Postzeitungsdienst	655 f.
BVerfGE 80, 137	Reiten im Walde	324
BVerfGE 80, 188	Fraktionsloser Abgeordneter	2147 ff.; 2177 ff.; 2186
BVerfGE 80, 315	Tamilen	1294 ff.; 1301
BVerfGE 80, 367	Verwertung tagebuchartiger Aufzeichnungen	364
BVerfGE 81, 142	Asyl für Terroristen	1303
BVerfGE 81, 278	Bundesflagge	725 ff.
BVerfGE 81, 310	Kalkar II	1449; 2559 ff.; 2571
BVerfGE 82, 126	Kündigungsfristen für Arbeiter	468 f.
BVerfGE 82, 159	Vorlageverfahren	2629 ff.
BVerfGE 82, 322	Gesamtdeutsche Wahl	1990 ff.
BVerfGE 83, 37	Ausländerwahlrecht Schleswig- Holstein	1349 ff.
BVerfGE 83, 60	Ausländerwahlrecht Hamburg	1350
BVerfGE 83, 130	Josefine Mutzenbacher	90; 101; 716 f.; 731 ff.; 1471 f.; 1488 ff.
BVerfGE 83, 238	6. Rundfunkurteil	659 ff.; 667 f.; 671 ff.; 677 f.
BVerfGE 83, 363	Krankenhausumlage	1820; 1850 ff.
BVerfGE 84, 34	Juristische Staatsprüfung	251 f.; 1338 ff.
BVerfGE 84, 133	Warteschleife	1047 f.
BVerfGE 84, 212	Aussperrung	946 f.; 970 ff.
BVerfGE 84, 239	Zinsurteil	488 f.
BVerfGE 84, 372	Lohnsteuerhilfevereine	921 ff.
BVerfGE 85, 69	Eilversammlung	892 ff.
BVerfGE 85, 1	Bayer-Aktionäre	704 f.
BVerfGE 85, 80	Unterhaltsklagen	805 f.
BVerfGE 85, 148	Wahlprüfungsumfang	1974

## Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 85, 191	Nachtarbeitsverbot	176; 520f.
BVerfGE 85, 264	Parteienfinanzierung II	1560; 1624ff.
BVerfGE 85, 360	Akademie der Wissenschaften der DDR	802
BVerfGE 85, 386	Fangschaltung	111; 998
BVerfGE 86, 133	Untersuchungshaft	2674
BVerfGE 86, 288	§ 57a StGB	152ff.
BVerfGE 87, 1	Trümmerfrauen	782f.
BVerfGE 87, 282	Mieterhöhung	2627f.
BVerfGE 87, 399	Versammlungsauflösung	909f.
BVerfGE 88, 40	Freie Schule Kreuzberg	832f.
BVerfGE 88, 103	Streikeinsatz von Beamten	939; 957f.; 1945f.
BVerfGE 88, 203	Schwangerschaftsabbruch II	176; 193f.; 196; 280f.; 802
BVerfGE 89, 1	Besitzrecht des Mieters	1121f.; 1186
BVerfGE 89, 155	Maastricht	1661
BVerfGE 89, 214	Bürgerschaft	176; 227f.; 326ff.
BVerfGE 90, 27	Parabolantenne	632ff.
BVerfGE 90, 241	Auschwitzlüge	624
BVerfGE 90, 286	Auslandseinsätze	1749ff.; 1756f.; 1759ff.; 1764ff.; 1771ff.; 1798f.
BVerfGE 91, 148	Umlaufverfahren	2492ff.
BVerfGE 91, 228	Gleichstellungsbeauftragte	1854ff.
BVerfGE 91, 262	Parteibegriff I	1564
BVerfGE 91, 389	Bemessung von Sozialleistungen	473
BVerfGE 92, 1	Sitzblockaden II	1525; 2688f.
BVerfGE 92, 158	Adoption	785ff.
BVerfGE 92, 203	Fernsehrichtlinie	1638f.
BVerfGE 92, 365	Lohnersatzleistungen im Arbeits- kampf	960ff.
BVerfGE 93, 1	Kruzifix	528; 537f.; 560ff.; 578ff.
BVerfGE 93, 37	Personalvertretung	1385ff.
BVerfGE 93, 121	Vermögensteuer	1193f.
BVerfGE 93, 319	Wasserpfennig	2718f.
BVerfGE 93, 352	Mitgliederwerbung im Betrieb II	945b
BVerfGE 94, 49	Sicherer Drittstaat	1307; 1309
BVerfGE 94, 115	Sicherer Herkunftsstaat	1310ff.
BVerfGE 94, 166	Flughafenverfahren	431
BVerfGE 95, 1	Südumfahrung Stendal	1253
BVerfGE 95, 28	Werkszeitung	649
BVerfGE 95, 96	Mauerschützen	2696ff.
BVerfGE 95, 220	Aufzeichnungspflicht	374
BVerfGE 95, 267	Altschulden der LPG	1058f.; 1189f.
BVerfGE 95, 322	Überbesetzter gerichtlicher Spruchkörper	2625f.; 2639ff.
BVerfGE 95, 335	Überhangmandate I	2016; 2032f.
BVerfGE 95, 408	Grundmandatsklausel	2014ff.
BVerfGE 96, 10	Räumliche Aufenthaltsbeschränkung	63

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 96, 27	Durchsuchungsanordnung I	1318
BVerfGE 96, 44	Durchsuchungsbeschluss	1138ff.
BVerfGE 96, 139	Volksbegehren (Franken)	1360
BVerfGE 96, 345	Landesverfassungsgerichte	49f.
BVerfGE 97, 35	Hamburger Ruhegeldgesetz	519
BVerfGE 97, 169	Kleinbetrieblicher Kündigungsschutz	222ff.; 1101ff.
BVerfGE 97, 198	Bundesgrenzschutz	2590ff.
BVerfGE 97, 228	Kurzberichterstattung	1061; 1164
BVerfGE 97, 350	Europäische Währungsunion	1177
BVerfGE 98, 106	Verpackungsteuer	1529f.
BVerfGE 98, 218	Rechtschreibreform	836f.; 1475
BVerfGE 98, 265	Bayerisches Schwangerenhilf- ergänzungsgesetz	2410f.; 2447f.
BVerfGE 99, 1	Landesrechtliches Unterschriften- quorum	1974ff.; 2045; 2051
BVerfGE 99, 19	Gysi	2117ff.
BVerfGE 99, 216	Kinderbetreuungskosten	780f.
BVerfGE 99, 300	Beamtenkinder	1904f.; 1947f.
BVerfGE 100, 1	DDR-Renten	1195f.
BVerfGE 100, 214	Ausschluss von Gewerkschafts- mitgliedern	945a
BVerfGE 100, 226	Denkmalschutz	1212f.; 1230ff.
BVerfGE 100, 313	G 10 II	122; 134f.; 994f.
BVerfGE 101, 1	Hennenhaltungsverordnung I	2490f.
BVerfGE 101, 106	§99 VwGO	1315; 1316f.; 1321ff.
BVerfGE 101, 158	Länderfinanzausgleich IV	2760f.
BVerfGE 101, 361	Caroline von Monaco II	70
BVerfGE 101, 397	Rechtsschutz gegen Entscheidungen des Rechtspflegers	2655ff.
BVerfGE 102, 1	Altlasten	1222ff.
BVerfGE 102, 41	Kriegsbeschädigtengrundrente	502
BVerfGE 102, 147	Bananenmarkt-Beschluss	1744
BVerfGE 102, 347	Benetton Schockwerbung	625; 653f.; 1525
BVerfGE 102, 370	Zeugen Jehovas	534; 552ff.
BVerfGE 103, 44	Gerichtsfernsehen, n-tv	636ff.; 1384
BVerfGE 103, 81	Pofalla I	1441
BVerfGE 103, 89	Eheverträge	206; 237ff.; 795f.; 803f.
BVerfGE 103, 111	Wahlprüfungsgericht	2608ff.; 2617f.
BVerfGE 103, 142	Gefahr im Verzug	1146ff.
BVerfGE 103, 172	Altersgrenze für Vertragsärzte	1067
BVerfGE 103, 271	Pflegeversicherung IV	1400; 1401f.
BVerfGE 103, 332	Naturschutzgesetz Schleswig-Holstein	1865
BVerfGE 104, 92	Sitzblockaden III	857f.; 865; 2688
BVerfGE 104, 151	NATO-Strategie	1777ff.
BVerfGE 104, 249	Biblis A	2570ff.
BVerfGE 104, 310	Pofalla II	2139ff.
BVerfGE 104, 337	Schächten	70; 574f.
BVerfGE 105, 135	Vermögensstrafe	2692f.
BVerfGE 105, 185	UMTS	2750f.



Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 105, 197	Parteispendenuntersuchungs- ausschuss	2236 ff.
BVerfGE 105, 239	Abschiebehaft	431
BVerfGE 105, 252	Glykol	65 ff.; 1052 f.; 2308 ff.
BVerfGE 105, 279	Osho	65 ff.; 71 f.
BVerfGE 105, 313	Gleichgeschlechtliche Lebens- partnerschaft	757 ff.; 2542 f.
BVerfGE 106, 28	Mithörrichtung	350; 374; 977 ff.; 987 f.
BVerfGE 106, 62	Altenpflegegesetz	2423 ff.
BVerfGE 106, 310	Zuwanderungsgesetz	2256 ff.
BVerfGE 107, 1	Verwaltungsgemeinschaften	1804 f.; 1813 ff.; 1860; 1865
BVerfGE 107, 59	Wasserverbände	1393 ff.
BVerfGE 107, 218	Beamtenbesoldung Ost I	1528
BVerfGE 107, 299	Handy-Überwachung	996
BVerfGE 107, 339	NPD-Verbotsverfahren I	1571; 1591 ff.
BVerfGE 107, 395	Rechtsschutz gegen den Richter	331; 1313; 1327 ff.; 1498; 2653
BVerfGE 108, 1	Rückmeldegebühr	1528; 2742 f.
BVerfGE 108, 169	Telekommunikationslinien	1531; 2521 f.
BVerfGE 108, 186	Altenpflegeumlage	2733 f.
BVerfGE 108, 251	Zeugnisverweigerungsrecht	2175 f.
BVerfGE 108, 282	Kopftuch I	17 f.; 584; 1871 f.; 1879 ff.; 2650 ff.
BVerfGE 108, 341	fachgerichtlicher Rechtsschutz	2653
BVerfGE 109, 64	Arbeitgeberzuschuss zum Mutter- schaftsgeld	523 ff.
BVerfGE 109, 133	Sicherungsverwahrung I	449; 1508; 2705 ff.
BVerfGE 109, 279	Großer Lauschangriff	283 f.; 364; 1116 f.; 1152 ff.
BVerfGE 110, 33	Zollkriminalamt	973
BVerfGE 110, 141	Kampfhunde	2442 f.
BVerfGE 110, 177	Spätaussiedler	1029 ff.
BVerfGE 110, 226	Geldwäscheverbot	1061
BVerfGE 111, 10	Ladenschluss	2450 ff.
BVerfGE 111, 54	Rechnungslegung	1607 f.
BVerfGE 111, 147	NPD-Demonstration	852; 904 ff.
BVerfGE 111, 191	Notarkassen	2472 f.
BVerfGE 111, 226	Juniorprofessur	2388 f.; 2438 f.
BVerfGE 111, 307	Görgülü	1505 f.
BVerfGE 111, 382	Drei-Länder-Quorum	456; 1605 f.
BVerfGE 112, 118	Vermittlungsausschuss	2185
BVerfGE 112, 182	Familienbesteuerung	152
BVerfGE 112, 226	Studiengebühren	2440 f.; 2457 f.
BVerfGE 113, 113	Visa-Untersuchungsausschuss	2247 f.
BVerfGE 113, 273	Europäischer Haftbefehl	1282 ff.
BVerfGE 113, 348	Vorbeugende Telekommunikations- überwachung	106 f.; 111; 1525

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 114, 1	Übertragung von Lebensversicherungen	217; 1266a
BVerfGE 114, 121	Bundestagsauflösung II	2325; 2338 ff.
BVerfGE 114, 196	Beitragsatzsicherungsgesetz	1528; 2503 ff.
BVerfGE 114, 303	Kostendämpfungspauschale	1528
BVerfGE 114, 339	„IM-Sekretär“ Stolpe	698 f.
BVerfGE 114, 357	Aufenthaltsrecht eines Kindes	512 ff.
BVerfGE 115, 97	Halbteilungsgrundsatz	1191 f.
BVerfGE 115, 118	Luftsicherheitsgesetz	182 f.; 203; 286 ff.; 2595b
BVerfGE 115, 166	Verbindungsdaten	984 ff.
BVerfGE 115, 205	Betriebs- und Geschäftsgeheimnis	38
BVerfGE 115, 276	Oddset	1045
BVerfGE 116, 24	Rücknahme einer erschlichenen Einbürgerung	1272 ff.
BVerfGE 116, 69	Jugendstrafvollzug	339
BVerfGE 116, 135	Gleichheit im Vergaberecht	63 f.
BVerfGE 116, 164	Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte	483 ff.
BVerfGE 116, 202	Berliner Vergabegesetz	73; 80; 951
BVerfGE 116, 327	Berliner Haushalt	2762 ff.
BVerfGE 117, 244	Cicero	653; 687
BVerfGE 117, 316	Künstliche Befruchtung	764
BVerfGE 117, 330	Ballungsraumzulage	1929 f.
BVerfGE 118, 45	Betreuungsunterhalt	808 ff.
BVerfGE 118, 244	Tornado-Einsatz Afghanistan	1797
BVerfGE 118, 277	Nebeneinkünfte	2098 ff.
BVerfGE 119, 1	Esra	60; 176; 323; 737 ff.
BVerfGE 119, 96	Fremdrentengesetz	2786
BVerfGE 119, 181	Rundfunkgebühren	657 f.; 665 f.; 669 f.; 675 f.; 680
BVerfGE 119, 309	Sitzungspolizei	1384
BVerfGE 119, 331	Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften	1843; 1845 ff.; 1860; 1863; 2528 ff.; 2533 f.
BVerfGE 120, 82	Fünf-Prozent-Sperrklausel Schleswig-Holstein	1998
BVerfGE 120, 180	Caroline von Monaco III	176; 364; 645 ff.; 704h ff.
BVerfGE 120, 224	Inzestverbot	389 f.
BVerfGE 120, 274	Online-Durchsuchung	370; 371 ff.; 989 f.; 998; 1525
BVerfGE 120, 378	Kfz-Kennzeichenerfassung	1525 f.
BVerfGE 121, 30	Hessisches Privatrundfunkgesetz	663; 1560
BVerfGE 121, 69	Elterliche Erziehungspflicht	797
BVerfGE 121, 175	Transsexuelle V	339; 766 ff.
BVerfGE 121, 266	Negatives Stimmgewicht I	2035 ff.
BVerfGE 121, 317	Rauchverbot in Gaststätten	149
BVerfGE 122, 1	Agrarmarktbeihilfen	458
BVerfGE 122, 39	Beratungshilfe	155
BVerfGE 122, 248	Rügeverkümmern	1502 f.
BVerfGE 122, 316	CMA-Pflichtabgabe	1060; 2736 ff.

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 122, 342	Bayerisches Versammlungsgesetz	19
BVerfGE 122, 374	Förderung Solarstrom	1548
BVerfGE 123, 39	Wahlcomputer	2079 ff.
BVerfGE 123, 90	Mehrfachname	339
BVerfGE 123, 186	Gesundheitsreform 2007	79
BVerfGE 123, 267	Lissabon	1649 ff.; 1661; 1662 ff.
BVerfGE 124, 25	Basistarif	916 ff.; 927; 930
BVerfGE 124, 43	E-Mail-Beschlagnahme	986
BVerfGE 124, 78	BND-Untersuchungsausschuss	2217 ff.
BVerfGE 124, 199	Gleichbehandlung der eingetragenen Lebensgemeinschaft	761 f.
BVerfGE 124, 267	Kosovo-Einsatz	1770
BVerfGE 124, 300	Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung	103; 501; 625 f.; 682 ff.; 688
BVerfGE 125, 39	Adventssonntage Berlin	565 ff.
BVerfGE 125, 104	Grenzen der Tätigkeit des Vermittlungsausschusses	2461 ff.
BVerfGE 125, 141	Gewerbsteuer	1860; 1862 ff.; 2771
BVerfGE 125, 175	Hartz IV	168 f.; 242; 301 f.; 1400; 1403
BVerfGE 125, 260	Vorratsdatenspeicherung	165 f.; 982; 992; 996 f.
BVerfGE 126, 1	Fachhochschullehrer-Beschluss	741 f.
BVerfGE 126, 55	G8-Gipfel Heiligendamm	1476
BVerfGE 126, 77	Luftsicherheitsgesetz	2557
BVerfGE 126, 170	Untreue	2688; 2690 f.
BVerfGE 126, 268	Häusliches Arbeitszimmer	493 f.
BVerfGE 126, 286	Honeywell	2635
BVerfGE 127, 1	Spekulationsfrist	1548 f.
BVerfGE 127, 87	Hamburgisches Hochschulgesetz	253 f.; 752
BVerfGE 127, 132	Elternrecht des Vaters	792 f.
BVerfGE 127, 293	Hennenhaltungsverordnung II	2498 ff.
BVerfGE 128, 1	Gentechnikgesetz	78; 176; 196 f.; 268; 369; 1061
BVerfGE 128, 224	Dublin II	1307
BVerfGE 128, 226	Fraport	36 f.; 110; 868 ff.; 885 ff.
BVerfGE 128, 282	Medizinische Zwangsbehandlung im Maßregelvollzug	85; 414; 418 ff.
BVerfGE 128, 326	Sicherungsverwahrung II	444 ff.; 1508 ff., 2017; 2710
BVerfGE 129, 49	Teilerlass des BaföG-Darlehens	477 f.
BVerfGE 129, 78	Anwendungserweiterung	11; 29; 2635 f.
BVerfGE 129, 124	Griechenlandhilfe/EFSS	1690 ff.; 1693 ff.; 1704 f.; 2187; 2192
BVerfGE 129, 300	Fünf-Prozent-Sperrklausel Europa- parlament	1616; 2000
BVerfGE 130, 1	Beweisverwertung	332
BVerfGE 130, 76	Vitos Haina	436; 1907 ff.
BVerfGE 130, 151	Bestandsdatenauskunft I	377a
BVerfGE 130, 212	Wahlkreiseinteilung	2034

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 130, 240	Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz	479ff.
BVerfGE 130, 263	W-Besoldung	1873f.; 1950ff.
BVerfGE 130, 318	Neunergremium	1706; 2187ff.
BVerfGE 130, 372	Maßregelvollzugszeiten	155
BVerfGE 131, 152	Unterrichtungspflichten	1706a
BVerfGE 131, 316	Überhangmandate II	2016ff.; 2044
BVerfGE 132, 72	Erziehungsgeld	500; 519
BVerfGE 132, 99	Delisting	1183f.
BVerfGE 132, 195	ESM Einstweilige Anordnung	1690ff.
BVerfGE 132, 302	Dividendenvorabausschüttung	1533f.; 1550
BVerfGE 133, 59	Sukzessivadoption	479; 763; 775; 779; 789; 798; 843
BVerfGE 134, 33	Therapieunterbringungsgesetz	112f.; 450
BVerfGE 134, 141	Beobachtung durch den Verfassungsschutz	2127ff.
BVerfGE 134, 204	Urhebervergütung	1109
BVerfGE 134, 242	Garzweiler	1021ff.; 1247ff.
BVerfGE 135, 1	Grenzen rückwirkender Klarstellung	1542ff.
BVerfGE 135, 48	Behördliche Vaterschaftsanfechtung	1277ff.
BVerfGE 135, 155	Filmförderabgabe	2408f.; 2446; 2741
BVerfGE 135, 259	Drei-Prozent-Sperrklausel Europaparlament	1616ff.; 2000ff.
BVerfGE 135, 317	ESM Hauptsache	1690ff.; 1698ff.
BVerfGE 136, 69	Gigaliner	2469; 2490
BVerfGE 136, 277	Bundesversammlung	2283ff.
BVerfGE 136, 323	Äußerungsbefugnisse des Bundespräsidenten	2270ff.
BVerfGE 136, 338	Medizinische Hochschule Hannover	752
BVerfGE 136, 382	Berücksichtigung naher Verwandter	775
BVerfGE 137, 108	Optionskommunen	2520; 2537f.
BVerfGE 137, 185	Rüstungsexporte	2161ff.
BVerfGE 137, 273	Chefarztkündigung	549a
BVerfGE 137, 350	Luftverkehrsteuer	1060
BVerfGE 138, 33	Amtshilfe	1314; 1334ff.; 1338
BVerfGE 138, 64	Unterlassen einer Richtervorlage	31f.; 1174; 2637f.; 2652
BVerfGE 138, 102	Äußerungsbefugnisse von Regierungsmitgliedern	1878; 2305; 2313aff.
BVerfGE 138, 136	Erbschaftssteuer	2444f.
BVerfGE 138, 261	Thüringisches Ladenöffnungsgesetz	1074; 2386
BVerfGE 138, 296	Kopftuch II	542ff.; 584ff.
BVerfGE 139, 64	R-Besoldung	1959ff.
BVerfGE 139, 148	Hochschulfusion	745f.; 751; 753
BVerfGE 139, 194	Parlamentarisches Informationsrecht	2168a
BVerfGE 139, 245	Eilkompetenz der StA	1150
BVerfGE 139, 321	Zeugen Jehovas Bremen	114f.; 558
BVerfGE 140, 1	Mittelzuweisungen	1630
BVerfGE 140, 65	Betreuungsgeld	2446

## Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 140, 115	Grundsatz der Spiegelbildlichkeit im Vermittlungsausschuss	2459
BVerfGE 140, 160	Evakuierung aus Libyen	1768f.
BVerfGE 140, 225	Wanka – eA	2324
BVerfGE 140, 240	A-Besoldung	1962
BVerfGE 140, 317	Identitätskontrolle I	1708
BVerfGE 141, 1	Treaty Override	1800ff.
BVerfGE 141, 121	Insolvenzverwaltung	1043f.
BVerfGE 141, 143	Akkreditierung von Studiengängen	754
BVerfGE 141, 186	Abstammungserklärung	176; 339
BVerfGE 141, 220	BKA-Gesetz	370; 380ff.; 394ff.; 1153; 1156
BVerfGE 142, 25	Oppositionsrechte	2211
BVerfGE 142, 74	Sampling	320f.; 740
BVerfGE 142, 123	OMT-Programm	160; 1707f.; 1710ff.
BVerfGE 142, 313	Zwangsbehandlung Nichtunter- gebrachter	176; 201; 428
BVerfGE 143, 38	Rindfleischetikettierung	2694
BVerfGE 143, 161	Stilleschutz am Karfreitag	569ff.
BVerfGE 143, 246	Atomausstieg	1187f.; 1207ff.
BVerfGE 144, 20	NPD-Verbotsverfahren II	1571ff.
BVerfGE 145, 1	Wartefrist	1931
BVerfGE 145, 20	Spielhallen	1076ff.
BVerfGE 145, 304	Abstandsgebot	1965f.
BVerfGE 145, 365	Informationsbereitstellungsanspruch	640
BVerfGE 146, 1	Parlamentarisches Fragerecht	2168
BVerfGE 146, 71	Tarifeinheitgesetz	949ff.; 967f.
BVerfGE 146, 164	IHK-Pflichtmitgliedschaft	925f.
BVerfGE 146, 216	Vorlage PSPP	1724
BVerfGE 146, 294	Zwangsbehandlung in der öffentlich- rechtlichen Unterbringung	427
BVerfGE 147, 50	Parlamentarischer Informations- anspruch	82; 2169ff.
BVerfGE 147, 253	Medizinstudienplatzvergabe	1110ff.
BVerfGE 148, 11	Wanka	2313a; 2324
BVerfGE 148, 40	Lebensmittelpranger	69; 77; 81; 1055f.
BVerfGE 148, 267	Stadionverbot	204f.; 210; 232; 490ff.
BVerfGE 148, 296	Beamtenstreikverbot	938; 1522f.; 1936ff.; 1942ff.
BVerfGE 149, 86	Hofabgabepflicht	1202
BVerfGE 149, 126	Sachgrundlose Befristung	121; 1091ff.; 1100
BVerfGE 149, 160	Vereinsverbote	931ff.
BVerfGE 149, 222	Rundfunkbeitrag	679
BVerfGE 149, 293	Patientenfixierung	434f.; 437ff.
BVerfGE 149, 382	Absenkung Eingangsbesoldung	1963f.
BVerfGE 149, 407	Einschätzungsprärogative	1314
BVerfGE 150, 1	Zensus	1494f.
BVerfGE 150, 244	Kfz-Kennzeichenkontrolle II	375f.
BVerfGE 150, 345	Anrufungsbegehren	2468

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 151, 1	Wahlrechtsausschluss Betreute	2056 ff.
BVerfGE 151, 67	Erreichbarkeit des Ermittlungsrichters	1149
BVerfGE 151, 101	Stiefkindadoption	474; 479
BVerfGE 151, 202	Europäische Bankenunion	1703
BVerfGE 152, 68	Sanktionen im Sozialrecht	304 ff.
BVerfGE 152, 152	Recht auf Vergessen I	210 f.; 350 ff.; 650 f.; 1731 f.
BVerfGE 152, 216	Recht auf Vergessen II	362 f.; 1737 ff.; 1744 ff.; 1746 c
BVerfGE 152, 274	Erstausbildungskosten	489 a
BVerfGE 153, 1	Kopftuch III	539 f.; 592 ff., 2616 b ff.
BVerfGE 153, 74	Einheitliches Patentgericht	1643 ff.
BVerfGE 153, 182	Suizidhilfe	341 ff.
BVerfGE 154, 1	Abwahl des Vorsitzenden des Rechtsausschusses – eA	2184 a
BVerfGE 154, 17	PSPP	1724 ff.
BVerfGE 154, 152	BND	40 ff.; 108 f.; 1004 ff.
BVerfGE 154, 320	Seehofer	2324
BVerfGE 154, 354	Betreten von Abgeordnetenräumen	2138 a
BVerfGE 155, 1	Richterbesoldung II	1948 a f.; 1962
BVerfGE 155, 77	Alimentation kinderreicher Beamter	1962 a
BVerfGE 155, 119	Bestandsdatenauskunft II	409 d; 997 a
BVerfGE 155, 238	Windenergie auf See	1083 a; 1200 a; 1532; 1550 ff.
BVerfGE 155, 310	Kommunales Bildungspaket	1843; 2520
BVerfGE 156, 182	Rumänien II	1746 a f.
BVerfGE 156, 224	Parität	521 a; 2044 b ff.; 2072 a
BVerfGE 156, 270	Amri-Untersuchungsausschuss	2230 a
BVerfGE 156, 354	Vermögensabschöpfung	2710
BVerfGE 157, 30	Klimaschutz	85 a ff.; 428 b f.; 1266 a ff.; 1554 b ff.
BVerfGE 157, 223	Berliner Mietendeckel	2351 ff.; 2381 ff.; 2392 ff.
BVerfGE 158, 1	Ökotox-Daten	1746 c; 1746 e f.
BVerfGE 158, 51	Griechenlandhilfen Unterrichts- pflichten der Bundesregierung	1706 a
BVerfGE 158, 89	PSPP-Vollstreckungsanordnung	1729 a
BVerfGE 158, 131	Patientenverfügung im Maßregel- vollzug	428 a
BVerfGE 158, 210	EPGÜ-ZustG II – eA	1646
BVerfGE 158, 389	Staatsvertrag Rundfunkfinanzierung	680 b f.
BVerfGE 159, 40	Normenkontrolle Wahlrechtsreform 2020 – eA	2031 a
BVerfGE 159, 91	Bundestagswahl 2021 DKP	1564 a
BVerfGE 159, 183	Festsetzungsverjährung bei Erschlie- fungsbeiträgen	2719 a
BVerfGE 159, 223	Bundesnotbremse I	92; 339; 431; 766; 1457 f.; 2694
BVerfGE 159, 355	Bundesnotbremse II	242; 783 a; 842 ff.
BVerfGE 160, 79	Triage	519 b ff.

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfGE 160, 411	Wahl eines Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages	2184a
BVerfGE 161, 1	Übernachungssteuer	1051a; 2717; 2773 ff.
BVerfGE 161, 63	Windenergie-Beteiligungsgesellschaften	1554s
BVerfGE 161, 136	Nichtzulassung Landesliste	2071 ff.
BVerfGE 162, 1	Bayerisches Verfassungsschutzgesetz	993
BVerfGE 162, 188	Bestimmung von Ausschussvorsitzenden des Deutschen Bundestages	2184a
BVerfGE 162, 207	Äußerungsbefugnisse der Bundeskanzlerin	2313a; 2324a ff.
BVerfGE 162, 378	Impfnachweis (Masern)	77a; 797a ff.
BVerfGK 2, 36	Übersetzungskosten im Ermittlungsverfahren und im Strafvollzug	509
BVerfGK 10, 423	Verpflichtender Ethikunterricht	828 f.
BVerfGK 18, 33	„Gen-Milch“	700
BVerfGK 20, 9	Insolvenzabgabe	1060
BVerfG (K), Beschl. v. 19.9.1989 – 2 BvR 1576/88	Bewerbungsverfahrensanspruch	1875 f.
BVerfG (K), Beschl. v. 16.3.1993 – 2 BvR 202/93	Fäkalien	276
BVerfG (K), Beschl. v. 26.1.1995 – 1 BvR 2071/94	Deutscher Arbeitnehmer-Verband II	943
BVerfG (K), Beschl. v. 3.2.1998 – 1 BvR 909/94	Anhörung Sachverständiger	2674 f.
BVerfG (K), Beschl. v. 4.7.2001 – 1 BvR 730/01	Richterausschluss wegen Vorbefasstheit	2644
BVerfG (K), Beschl. v. 12.7.2001 – 1 BvQ 28/01 u. a.	Love Parade	857
BVerfG (K), Beschl. v. 18.12.2002 – 1 BvR 244/98	Gutachten	696 f.
BVerfG (K), Beschl. v. 23.6.2004 – 1 BvR 496/00	Berufungsverwerfung	2676 f.
BVerfG (K), Beschl. v. 27.7.2005 – 1 BvR 2501/04	Xavier Naidoo	63
BVerfG (K), Beschl. v. 14.5.2007 – 1 BvR 2036/05	Emissionshandel	1531

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfG (K), Beschl. v. 9.7.2007 – 2 BvR 206/07	Beförderungsbewerber	1877
BVerfG (K), Beschl. v. 25.10.2007 – 1 BvR 943/02	Gebührenbescheid	883
BVerfG (K), Beschl. v. 2.6.2008 – 1 BvR 349/04, 1 BvR 378/04	Ortsgesetz	1528
BVerfG (K), Beschl. v. 12.11.2008 – 1 BvR 2456/06	Atomzwischenlager	2595
BVerfG (K), Beschl. v. 18.3.2009 – 2 BvR 229/09	Änderung des Geschäftsverteilungs- plans	2643
BVerfG (K), Urt. v. 20.6.2014 – 1 BvR 980/13	Friedhofskundgebung	877
BVerfG (K), Beschl. v. 22.6.2018 – 1 BvR 673/18	Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen	624
BVerfG (K), Beschl. v. 22.8.2006 – 2 BvR 1345/03	IMSI-Catcher	993
BVerfG (K), Beschl. v. 9.7.2020 – 1 BvR 2067/17 u. a.	Kuttenverbot	921f.; 935f.
BVerfG (K), Beschl. v. 19.5.2020 – 1 BvR 362/18	Beleidigung einer Amtsperson	702f.
BVerfG (K), Beschl. v. 19.5.2020 – 1 BvR 1094/19	Beleidigung eines Politikers	702; 704a ff.
BVerfG (K), Beschl. v. 17.3.2021 – 2 BvR 194/20	Briefkontrolle von Strafgefangenen	704e
BVerfG (K), Beschl. v. 18.1.2022 – 1 BvR 1565/21 u. a.	Klimaschutzgesetzgebung der Länder	1554s
BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvL 3/18	Erziehungsaufwand im Beitragsrecht	456
BVerfG, Beschl. v. 27.4.2022 – 1 BvR 2649/21	Impfnachweis (COVID-19)	428
BVerfG (K), Beschl. v. 3.6.2022 – 1 BvR 2103/16	Claudia Pechstein	1334ff.; 2616a



Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerfG, Beschl. v. 28.9.2022 – 1 BvR 2354/13	Bundesverfassungsschutzgesetz (Übermittlungsbefugnisse)	409a
BVerfG, Beschl. v. 19.10.2022 – 1 BvL 3/21	Sonderbedarfsstufe im Asylbewerber- leistungsrecht	310a
BVerfG, Urt. v. 26.10.2022 – 2 BvE 3/15, 2 BvE 7/15	EUNAVFOR MED	1706f.
BVerfG, Beschl. v. 8.11.2022 – 2 BvR 2480/10 u. a.	Europäisches Patentamt	32a; 1313a
BVerfG, Beschl. v. 22.11.2022 – 2 BvF 1/22	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021	2787
BVerfG, Urt. v. 6.12.2022 – 2 BvR 547/21, 2 BvR 798/21	ERatG – NGEU	1708b ff.; 1729b ff.
BVerfG, Beschl. v. 9.12.2022 – 1 BvR 1345/21	Polizeiliche Befugnisse nach SOG MV	1125, 1157
BVerfG, Urt. v. 14.12.2022 – 2 BvE 8/21	Parlamentarisches Fragerecht zum BfV	2168
BVerfG (K), Beschl. v. 15.12.2022 – 1 BvR 2146/22	Tempolimit	1554s
BVerfG, Urt. v. 24.1.2023 – 2 BvF 2/18	Parteienfinanzierung – Absolute Obergrenze	1629a ff.
BVerfG, Beschl. v. 1.2.2023 – 1 BvL 7/18	Kinderehe	759
BVerfG, Urt. v. 16.2.2023 – 1 BvR 1547/19, 1 BvR 2634/20	Automatisierte Datenanalyse	409c
BVerfG, Urt. v. 22.2.2023 – 2 BvE 3/19	Finanzierung Desiderius-Erasmus- Stiftung	1619a
BAGE 20, 175	Urlaubsgeld	969
BAGE 132, 1	Religiöse Bekundung in der Schule	584
BAG, Urt. v. 10.5.1957 – 1 AZR 249/56	Lernpflegerin	765
BGHSt 57, 71	Selbstgespräch im Auto	391f.
BGHZ 154, 146	NPD-Sparkassenkonto	47
BGH, Urt. v. 17.12.1973 – II ZR 47/71	Blockwahl	1597ff.
BVerwGE 6, 101	Klagerecht von Gemeinden	817
BVerwGE 14, 21	Kasernierte Polizei	765

Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
BVerwGE 47, 31	Wohnungsdurchsuchung	1127ff.
BVerwGE 50, 137	Bonus-Malus III	1428f.; 1449f.
BVerwGE 55, 175	Kroatischer Nationaler Widerstand	935
BVerwGE 64, 55	Spruchbänder	909
BVerwGE 77, 150	Nachfluchtgründe	1301
BVerwGE 79, 347	Gesetzesvorbehalt	1301
BVerwGE 80, 158	Straßenreinigungspflicht I	883
BVerwGE 80, 164	Straßenreinigungspflicht II	883
BVerwGE 84, 115	Drittstaat	1301
BVerwGE 87, 228	Atomwaffenfreie Zone	1828ff.
BVerwGE 91, 135	Bonner Hofgartenwiese	878
BVerwGE 121, 140	Kopftuch	584
BVerwGE 121, 382	Milchquote	2488f.
BVerwGE 123, 49	Islamische Dachverbände	547f.; 846f.
BVerwGE 127, 302	Kriegseinsatz	609; 611ff.
BVerwGE 138, 102	Gerichtspräsident	1878
BVerwGE 140, 276	Meisterprüfung	460
BVerwGE 141, 223	Beten im Schulflur	844
BVerwGE 149, 117	Streikverbot für Beamte	1934f.
BVerwGE 160, 169	Überflug eines Versammlungscamps	76; 882
BVerwGE 167, 33	Bushido	736
BVerwG, Urt. v. 16.2.1993 – 9 C 31.92	Sri Lanka	1301
BVerwG, Urt. v. 27.5.2009 – 8 C 10.08	Offenbacher Weihnachtsmarkt	1844
BbgVerfG, Urt. v. 23.10.2020 – VfGBbg 55/19	Parität Brandenburg	2044a
ThürVerfGH, Urt. v. 15.7.2020 – VerfGH 2/20	Parität Thüringen	2044a
OVG Lüneburg, Urt. v. 22.9.2005 – 11 LC 51/04	Gefährderanschriften	882
VGH Mannheim, Beschl. v. 27.7.1999 – 9 S 2818/98	Beförderungskosten	454
VGH München, Urt. v. 1.6.2022 – 5 B 22.674	Kreuzerlass	540a
EGMR, Urt. v. 26.9.1995 – 17851/91, 7/1994/454/535	Vogt/Deutschland	1902f.
EGMR, Urt. v. 21.4.2009 – 68959/01	Enerji Yapi-Yol Sen/Türkei	1939f.
EGMR, Urt. v. 17.12.2009 – 19359/04	Sicherungsverwahrung	449; 1508; 2710
EGMR, Urt. v. 21.1.2011 – 30696/09	Griechenland	1307

## Entscheidungsregister

Fundstelle	Name	Randnummer
EGMR, Urt. v. 7.2.2012 – 40660/08, 60641/08	Caroline II	711f.
EGMR, Urt. v. 21.4.2016 – 46577/15	Ivanova und Cherkezov/Bulgarien	1123
EuGH, Urt. v. 21.12.2011 – Rs. C-411/10, C-493/10	Systemische Mängel	1307
EuGH, Urt. v. 26.2.2013 – Rs. C-617/10	Åkerberg Fransson	1730
EuGH, Urt. v. 6.3.2014 – Rs. C-206/13	Siragusa	1730
EuGH, Urt. v. 13.5.2014 – Rs. C-131/12	Google/Spain	1746
EuGH, Urt. v. 16.6.2015 – Rs. C-62/14	Gauweiler	1710
EuGH, Urt. v. 11.9.2018 – Rs. C-68/17	Chefarzt	550
EuGH, Urt. v. 11.12.2018 – Rs. C-493/17	Weiss	1724

## Sachregister

- Abgaben** (s. a. Steuern, Sonderabgaben), 1189ff., 1536ff., 2717ff.  
– Gebot der Belastungsklarheit, 2719a  
– kommunale, 2771ff.  
– nicht-steuerliche (s. a. Sonderabgaben), 2717ff.  
**Abgeordnete**, 2085ff.  
– Diäten, 2088ff.  
– fraktionslose, 2147ff., 2160, 2177ff.  
– Immunität, 2139ff.  
– Mitwirkungsrecht in Ausschüssen, 2179ff.  
– Nebeneinkünfte, 2097ff.  
– Räume, 2138a ff.  
– Rechte, 2150ff., 2161ff., 2193f.  
– Überprüfung durch den Bundestag, 2117ff.  
– Überwachung durch den Verfassungsschutz, 2126ff.  
– verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz, 2175f.  
– Wahl, 1971ff., 1016ff.  
**Abhören** (s. Lauschangriff)  
**Abschiebung**, 512ff.  
**Abstimmung**, 1351ff., 1596, 1976ff., 2077ff., 2255ff., 2303, 2326, 2337ff.  
**Abwehrrecht**  
– Grundrechtseingriff (s. dort), 71ff.  
– Schutzbereich, 58ff.  
– Ausgrenzung schutzunwürdigen Verhaltens, 60  
– prozedurale bzw. verfahrensrechtliche Wirkungen, 164ff.  
– verfassungsrechtliche Rechtfertigung, 86ff.  
**Abweichungsrecht der Länder**, 2352, 2449  
– gemäß Art. 72 Abs. 3 GG, 2363, 2366ff., 2375  
– gemäß Art. 84 Abs. 1 GG, 2539ff.  
**Adoption** (s. Elternrecht)  
**Adventssonntag**, 565ff.  
**Alimentationsgrundsatz** (s. Beamte)  
**Aktenvorlage**, 1323f., 1460f., 2220ff.  
**Allgemeine Handlungsfreiheit**, 9ff., 263ff., 313ff.  
– Auffangtatbestand, 312, 338  
– Schrankentrias, 333ff.  
– Subsidiarität, 263, 317  
– und allgemeines Persönlichkeitsrecht, 311f.  
– verfahrensrechtliche Bedeutung, 318ff.  
**Allgemeines Gleichheitsrecht** (s. a. Chancengleichheit), 452ff.  
– Aufbau, 458ff.  
– bereichsspezifische Gleichheitsprüfung, 477ff., 482ff.  
– Gebot zur Ungleichbehandlung, 454ff.  
– im Privatrecht, 490ff.  
– Prüfungsmaßstab, 470ff.  
– Rechtsfolgen eines Verstoßes, 496ff.  
– Typisierung, 468f., 493ff.  
– Verhältnismäßigkeitsprüfung, 472ff.  
– Willkürverbot, 453, 470f., 477ff.  
**Allgemeines Persönlichkeitsrecht**, 311f., 324, 336ff., 701ff., 705ff., 737ff., 1001ff., 1500  
– Auffangtatbestand, 338  
– Intimsphäre, 379  
– Kernbereichsschutz, 332, 374, 379ff., 739, 1002, 1117, 1154f.  
– Recht auf informationelle Selbstbestimmung, 266, 338, 365ff., 991  
– Recht auf Privatsphäre, 364  
– Schrankentrias, 333ff.  
– Sphärentheorie, 379ff.  
– und Meinungsfreiheit, 701ff.  
– und Pressefreiheit, 705ff.  
**Allzuständigkeit** (s. kommunale Selbstverwaltung)  
**Altersversorgung** (s. Beamte)  
**Amtshaftung** (s. a. Staatshaftungsrecht), 21, 1446ff.

- Analogieverbot, 2681f., 2709  
 Anstalt, öffentlich-rechtliche, 24, 664 ff.,  
 1611 ff., 2470 ff.  
 – bundesunmittelbare, 2578 f.  
 Arbeitskampf (s. a. Streik), 938, 943, 946 f.,  
 951, 958 ff., 971, 1937 ff.  
 Arbeitsplatzwahl, 1047 ff.  
 Arbeitsrecht, 957 ff., 1090 ff., 1501, 1934 ff.  
 Asylrecht, 1267 ff., 1289 ff.  
 – Asylverfahren, 1310 ff.  
 – Fluchtalternative, 1299 ff.  
 – Nachfluchtgründe, 1302  
 – politische Verfolgung, 1290 ff.  
 – sichere Drittstaaten, 1309  
 – sichere Herkunftsstaaten, 1310 ff.  
 Atomrechtliche Genehmigungsverfahren,  
 1478 ff., 2559  
 Auffanggrundrecht (s. allg. Handlungsfrei-  
 heit, allg. Persönlichkeitsrecht)  
 Auftragsverwaltung, 2557 ff.  
 Ausbildung (s. Berufsfreiheit)  
 Ausbildungsstätte, Wahl, 843, 1046, 1110,  
 1113  
 Ausbürgerung, 1267 ff.  
 Ausführung von Bundesgesetzen, 2519 ff.  
 – Bundesaufsichtsverwaltung, 2539 ff.  
 – Bundesauftragsverwaltung, 2557 ff.  
 – Bundesvollzug, 2578 ff.  
 – Landesvollzug, 2519 ff.  
 – Rechts- und Amtshilfe, 2595a ff.  
 Ausgabenkontrolle (s. Haushalt)  
 Ausgestaltung der Grundrechte, 214 ff.,  
 664 ff., 756 ff., 957 ff., 1206, 1265 f.  
 Ausländer  
 – Grundrechtsschutz, 9 ff., 42 f., 108 ff., 121  
 – Wahlrecht, 1349 ff.  
 Auslandsdeutsche, 2054 f.  
 Auslandseinsätze der Bundeswehr, 1749 ff.  
 Auslandsüberwachung, 1003 ff.  
 Auslegung (s. a. Verfassungsinterpretation),  
 53, 151 ff., 228 ff., 313 ff., 695  
 – verfassungskonforme, 152 ff., 889 ff.,  
 1096 ff.  
 – völkerrechtsfreundliche (s. Europäische  
 Menschenrechtskonvention, Völker-  
 rechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes)  
 Auslieferungsverbot, 1270 f., 1281 ff.  
 – Durchlieferung, 1270  
 – Rücklieferung eines Ausgelieferten, 1270  
 Ausnahmetrias (s. Grundrechtsberechti-  
 gung)  
 Ausreisefreiheit, 1026 ff.  
 Aussperrung, 946 ff., 970 ff.  
 Ausstrahlungswirkung der Grundrechte  
 (s. Drittwirkung der Grundrechte)  
 Auswärtige Gewalt (s. a. Auslandseinsätze  
 der Bundeswehr), 1474 ff., 1774, 1794  
  
**Bankenaufsicht**, 2581, 2588  
 Beamte (s. a. Amtshaftung, Berufsbeamten-  
 tum), 1870 ff.  
 – Alimentationsprinzip, 1947 ff.  
 – Altersversorgung, 1933  
 – Beamteneinsatz im Streik, 957 ff., 1945 ff.  
 – Besoldungsrecht, 1949 ff.  
 – Dienstpflicht, 1882, 1900  
 – Fürsorgepflicht, 1933  
 – kinderreiche Beamte (s. dort)  
 – Streikverbot, 1934 ff., 1948a f.  
 – subjektive Rechte, 1967 f.  
 – Treuepflicht, 1886 ff., 1902 ff., 1937 f.  
 Bedarfskompetenz, 2362, 2365  
 Befähigungsnachweis, 1085 ff.  
 Begnadigung, 296 f.  
 Behinderte, 499, 503 f., 511, 2056 ff.  
 – Differenzierungsverbot, 504  
 – Schwerbehindertenausgleichsabgabe,  
 2719  
 Beiträge (s. a. Abgaben), 680, 1200, 1621,  
 1625, 2718 f.  
 Bekenntnisfreiheit (s. Glaubensfreiheit)  
 Beliehene (s. Grundrechtsverpflichtete)  
 Benachteiligungsverbot, 499 ff.  
 Berichterstattungsfreiheit (s. Rundfunkfrei-  
 heit, Pressefreiheit)  
 Beruf (s. Berufsfreiheit)  
 Berufsbeamtentum (s. a. Beamte), 1870 ff.  
 – Funktionsvorbehalt, 1870, 1904 ff.  
 – hergebrachte Grundsätze, 1932 ff.  
 – institutionelle Garantie, 1909, 1921 f.,  
 1923, 1926 ff., 1933, 1954  
 – Traditionalität und Substantialität, 1931,  
 1937 ff.  
 Berufsbild (s. Berufsfreiheit)  
 Berufsfreiheit, 78, 83, 268, 1035 ff., 2115  
 – Ausbildung, 1035, 1037, 1046, 1110 ff.  
 – Beruf, 1035, 1044 ff., 1050  
 – Berufsausbildungsabgabe, 2545 ff.,  
 2721 ff.

- Berufsbilder, 1068ff.
- berufsregelnde Tendenz des Eingriffs, 1058ff.
- Drei-Stufen-Theorie, 1039ff., 1064ff.
- einheitlicher Schutzbereich, 1040f., 1044
- Gewerbefreiheit, 1042
- Schutzpflicht, 1100ff.
- staatliches Informationshandeln, 1052ff.
- Teilhabe- bzw. Leistungsrecht, 1110ff.
- Zulassungsvoraussetzungen
  - objektive, 1065ff., 1078ff.
  - subjektive, 1065ff., 1085ff., 1879f.
- Berufsgerichte, 2631, 2616
- Beschränkung von Hoheitsrechten, 1755ff.
- Bestandsschutz
  - eigentumsrechtlicher, 1171ff., 1182, 1227, 1235, 1242
  - durch Einrichtungsgarantie, 170ff.
- Bestimmtheitsgebot, 410ff., 1525ff., 2031a, 2474ff.
- für Strafgesetze, 2678ff.
- Gebot der Normenklarheit, 1527, 2031a
- und europäische Integration, 1677
- Beurteilungsspielraum (Einschätzungsprärogative)
  - der Bundesregierung, 1768, 1783ff.,
  - des Bundeskanzlers, 2324h
  - des Bundespräsidenten, 2217ff., 2334ff.
  - des Gesetzgebers, 101, 182ff., 218, 961f., 1036, 1316ff., 1403, 1554a ff., 1825f., 1925ff., 1994ff., 2425
    - Prognosespielraum, 125f., 843d, 1253, 2012, 2434
    - Typisierungsbefugnis, 468f., 493ff., 2055
  - der Verwaltung, 247, 736, 1338ff., 1742f.
- Bewegungsfreiheit, 196, 429ff.
- Patientenfixierung, 437ff.
- Beziehungen, internationale (s. a. Integration), 1383, 1631ff.
- Bezirksvertretung, 1356ff.
- Bildberichterstattung (s. Recht am eigenen Bild)
- Bildungsgrundrecht (s. Recht auf schulische Bildung)
- Blankettgesetze
  - Blankettermächtigung der EU, 1677, 1687
  - Blankettermächtigung der Exekutive, 1144
- Blankettstrafgesetze, 2694
- Boykottaufruf, 629ff.
- Briefgeheimnis (s. Fernmeldegeheimnis)
- Briefwahl (s. Wahl)
- Budgetrecht des Bundestags, 1698ff., 1708a ff., 1792, 2151, 2190ff., 2711ff.
- Bündisches Prinzip, 2757ff.
- Bürgerrechte (s. Deutschenrechte)
- Bundesaufsichtsverwaltung, 2539ff., 2557
- Bundesauftragsverwaltung, 2557ff.
- Bundesbank, 1721, 2581ff.
- Bundesbehörden
  - Bundesoberbehörde, 2519, 2580ff.
  - Weisungsrecht gegenüber Landesbehörden, 2557ff.
  - Zusammenwirken mit Landesbehörden, 2527ff.
- Bundeseinheitlichkeit gesetzlicher Regelungen, 2411, 2423ff., 2442ff.
- Bundesergänzungszuweisungen, 2745, 2752, 2758ff.
- Bundesfreundliches Verhalten (s. a. Bundes-treue), 1438ff., 1639, 2559, 2566ff.
  - Handlungspflichten, 1442
  - Kompetenzausübung, 1445ff.
- Bundesgebiet (s. Neugliederung des Bundes)
- Bundesgesetz, 2519ff.
- Bundesvollzug, 2578ff.
- gemeinsame Ausführung durch Bundes- und Landesbehörden, 2527ff.
- landeseigener Vollzug, 2539ff.
- Vollzug im Auftrag des Bundes, 2557ff.
- Zuständigkeit (s. Gesetzgebungskompe-tenz)
- Zustimmungspflichtigkeit, 2249, 2354, 2540ff.
- Bundesgrenzschutz, 2590ff.
- Bundeskanzler, 1382f., 2267, 2325ff.
  - Äußerungsbefugnisse, 2324a ff.
  - konstruktives Misstrauensvotum, 1384, 2326ff.
  - Richtlinienkompetenz, 1383, 2324e
- Bundesländer, 558, 828, 1360, 1415f., 1423ff., 2754, 2757
- Bundesnachrichtendienst, 1003ff., 2168, 2228ff.
- Bundesnotbremse, 92f., 242, 339, 431, 766, 783a, 841ff., 1457f., 2694
- Bundesorgane, 1969ff.

- Bundespräsident, 2267ff., 2295, 2325 ff.  
 – Auflösung des Bundestages, 2325 ff.  
 – Äußerungsbefugnisse, 2269 ff.  
 – Repräsentations- und Integrationsaufgabe, 2271 ff., 2295  
 Bundesrat, 2249 ff.  
 – Abstimmung, 2255 ff.  
 – Einspruchs-/Zustimmungsgesetze, 2354 ff.  
 – Zustimmung zu Rechtsverordnungen, 2511 ff.  
 Bundesregierung, 2306 ff.  
 – Äußerungsbefugnisse, 2313a ff.  
 – Entscheidungsgewalt, 2307  
 – Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, 1456 ff., 2161 ff.  
 – Öffentlichkeitsarbeit, 1368 ff., 1560 f., 2071 f., 2276, 2313a ff.  
 – Wahlwerbung (s. Öffentlichkeitsarbeit)  
 Bundesrepublik Deutschland (s. Bundesstaat)  
 Bundesstaat, 1414 ff.  
 – Bundestreue, 1438 ff.  
 – Konstruktion, 1418 ff.  
 – Rechtsstatus der BRD, 1422a ff.  
 Bundesstaatsprinzip, 458, 1342, 1414 ff., 1529 f., 1639, 2549, 2762 f.  
 Bundestag, 1971 ff., 2325 ff.  
 – Auflösung, 2325 ff.  
 – Auskunftsanspruch, 2168 ff.  
 – Geschäftsordnung, 2152 ff.  
   – Geschäftsordnungsautonomie, 2195  
   – Informations- und Mitwirkungsrechte, 1704 ff., 2161 ff., 2168 ff.  
 – Kontrollbefugnisse der Minderheit, 2200 ff.  
 – Misstrauensvotum, 2326 ff.  
 – Überprüfung von Abgeordneten, 2117 ff.  
 – Untersuchungsrecht, 2168 ff., 2200 ff.  
 – Vertrauensfrage, 2325 ff.  
 – Wahl (s. dort)  
 Bundestagswahl (s. Wahl)  
 Bundestreue (s. a. bundesfreundliches Verhalten), 1430, 1438 ff.  
 Bundesverfassungsgericht, 249 ff.  
 – Entscheidungsmonopol, 1567  
 – Kontrolldichte, 323, 477 ff., 2245, 2631 ff., 2786  
 – Ultra-vires-Kontrolle, 1709 ff., 1793 ff.  
 Bundesversammlung, 2282 ff.  
 Bundesverwaltung (s. Ausführung von Bundesgesetzen)  
 Bundeswehr (s. a. Verteidigung)  
 – Auslandseinsätze, 1749 ff., 1792  
 – Eingliederung in Systeme kollektiver Sicherheit, 1747 ff.  
 – Einsatz im Inneren, 286 ff., 1476, 1799, 2595a ff.  
 Bundeszuschüsse, 2779  
 Bürgerliches Recht (s. a. Privatrecht), 2390, 2401 ff.  
**Chancengleichheit**  
 – im Bildungs- und Prüfungswesen, 1112 ff., 1339, 1412  
 – politischer Parteien, 456, 1377, 1565, 1607 ff., 1630, 1994 ff., 1999 ff., 2270 ff., 2313a ff.  
 – und Meinungsbildung, 630 f.  
**Daseinsvorsorge**, 1165, 1356, 1910  
 Datenerhebung und -verwertung (s. a. Auslandsüberwachung), 366 ff., 370 ff., 375 ff., 383 ff., 393 ff., 999 f.  
 – verfassungsrechtliche Grenzen, 393 ff., 999 f.  
 Datenschutz, 365 ff., 370 ff., 973 ff.  
 Delegationsverbot, 92  
 Demokratie, 1345 ff.  
 – demokratische Legitimation, 1358 f., 1370, 1382 ff., 1385 ff., 1474, 1662 ff.  
 – egalitäre, 1972 ff.  
 – freiheitliche (s. a. Grundordnung), 623, 694, 860, 1027, 1291, 1372, 1608, 1629, 1995, 2126 ff.  
 – innerparteiliche, 1596 ff.  
 – Legitimationskette, 1358, 1389 f., 1397, 2532  
 – politische Willensbildung, 860, 1348 ff., 1563, 1623 ff., 2137 f.  
 – repräsentative, 1348 ff., 1579, 2011, 2019, 2044e, 2105, 2149, 2159  
 – unmittelbare, 1358 ff.  
 – wehrhafte, 1897 f., 1903, 2126 ff.  
 Demokratieprinzip, 1345 ff., 1472 ff., 1573 ff., 1596 ff., 1661 ff.  
 – und Satzungs Gewalt, 1466, 2470 ff.  
 Demonstration (s. Versammlungsfreiheit)  
 Demoskopie (s. Volksbefragung)  
 Denkmalschutz, 1212 f., 1229 ff.

- Deutsche Demokratische Republik (DDR),  
1422a ff., 1990ff., 2117ff., 2695ff.,  
Deutschengrundrechte, 7ff., 30  
Diäten (s. Abgeordnete)  
Dienstherr (s. a. Beamte, Berufsbeamten-  
tum), 1852, 1875ff., 1905, 1933ff.  
– Pflichten des, 1875ff., 1905, 1933ff.  
Differenzierung (s. a. allg. Gleichheitsrecht)  
– im Beamtenrecht, 1901  
– im Wahlrecht, 1972ff., 1990ff., 2026ff.  
– zwischen Parteien, 47, 1373ff., 1609ff.  
Diskriminierungsverbote, 451, 499ff.  
– Behinderung, 511, 519a ff.  
– Ehe und Familie, 780f.  
– Geschlecht, 520ff., 2044a ff.  
– Meinungen, 681ff.  
– „Rasse“, 503a  
– Tatbestandsausschluss, 510ff.  
– unmittelbare und mittelbare Diskriminie-  
rung, 505, 518ff.  
Doppelbestrafungsverbot, 2645  
Drei-Stufen-Lehre bzw. Theorie (s.  
Berufsfreiheit)  
Drittwirkung der Grundrechte, 204ff.,  
490ff.  
– Abwehrrecht und Schutzpflicht, 229ff.  
– Ausstrahlungswirkung, 227ff.  
– Bindung der Zivilgerichte, 227ff.  
– vertragliche und außervertragliche  
Beziehungen, 207ff.  
Durchsuchung (s. a. Online-Durchsuchung),  
1118, 1124ff., 2139
- Effektivitätsgebot** (s. Rechtsschutz,  
effektiver)  
Ehe, 755ff.  
– Abstandsgebot, 761ff.  
– Benachteiligungsverbot, 780f.  
– Ehescheidung, 770ff.  
– Eheschließungsfreiheit und Eheverbote,  
765  
– Ehevertrag, 794ff.  
– Förderungsgebot, 782ff.  
– und gleichgeschlechtliche Lebenspartner-  
schaft, 756ff.  
– Unterhalt und Versorgungsausgleich,  
773f.  
Ehrengerichte (s. a. gesetzlicher Richter),  
2613ff.
- Ehrschutz (s. a. allgemeines Persönlichkeits-  
recht), 60, 689f., 701ff., 730  
Eigenstaatlichkeit der Länder, 2757  
Eigentum/Eigentumsgarantie, 170ff., 214ff.,  
491, 1165ff.  
– Abgrenzung Enteignung und Inhalts- und  
Schrankenbestimmung, 1207ff.  
– Ausgestaltung, 1206, 1265f.  
– ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung,  
1167, 1226ff., 1240f.  
– salvatorische Entschädigungsklauseln,  
1240f.  
– Begriff, 1177ff.  
– vermögenswertes Recht, 1177ff.  
– Bestandsschutz, 1171ff., 1182, 1227,  
1235, 1242ff.  
– Einrichtungsgarantie, 170ff., 1265ff.  
– Grundprobleme, 1167ff.  
– Inhalts- und Schrankenbestimmungen,  
1207ff., 1211ff.  
– Privatnützigkeit, 220, 1166, 1212ff.,  
1226ff.  
– Schutzbereich und Schutzgut, 1177ff.  
– geldwertes Recht, 1177ff.  
– Genehmigungen, 1200a  
– Gewerbebetrieb, 1187  
– öffentlich-rechtliche Ansprüche,  
1195ff.  
– Vermögensschutz, 1189ff.  
– Schutzpflicht, 1266a ff.  
– Sozialpflichtigkeit, 220, 1166, 1170, 1171,  
1186, 1212ff., 1226ff., 1265  
– Umbruch der Dogmatik, 1171ff.  
– Vertrauensschutz, 1242ff.  
Einheit der Verfassung (s. Grundrechtsvor-  
behalt)  
Einheitsstaat, 1415, 1421  
Einreisefreiheit, 1021ff.  
Einrichtungsgarantie, 51, 87, 170ff., 815,  
1265ff., 1967f.  
Einschätzungsprärogative (s. Beurteilungs-  
spielraum)  
Einzelfallgesetz, 105, 112f.  
Elternrecht, 763, 775ff., 781, 785ff., 816,  
821, 825ff., 836ff.  
– Adoption, 474, 479, 763, 775, 779, 785ff.,  
798  
– Schutz der Mutter, 800ff.  
– Sorgerecht, 790ff.  
Embryo, 280f., 413



- Enteignender Eingriff, 1171, 1174  
 Enteignung (s. a. Entschädigung), 1168 ff.,  
 1171 ff., 1207 ff., 1228, 1246 ff.  
 – Allgemeinwohlbedürfnis, 1246 ff.  
 – Anspruch auf Rückübertragung, 1263 f.  
 – Entschädigungsanspruch, 1226 ff.,  
 1236 ff., 1259 ff.  
 – Güterbeschaffungsvorgang, 1210  
 – Junktimklausel, 1258 ff.  
 – Legalenteignung, 1253 ff.  
 – zugunsten Privater, 1254 ff.  
 Enteignungsgleicher Eingriff, 1171, 1175  
 Entschädigung (s. a. Eigentum/Eigentums-  
 garantie, Enteignung), 1168, 1171 ff.,  
 1182, 1226 ff., 1246 ff., 2088 ff.  
 – Grundsatz der Gesetzmäßigkeit, 1172 ff.,  
 1236 f.  
 – Verkehrswert, 1222 ff., 1260 ff.  
 Erforderlichkeit (Art. 72 Abs. 2 GG), 2420 ff.  
 – Herstellung gleichwertiger Lebensver-  
 hältnisse, 2428  
 – Wahrung der Rechts- und Wirtschaftsein-  
 heit, 2429 f.  
 Ermessen, gerichtliche Nachprüfung,  
 1338 ff.  
 Ersatzdienst, 616  
 Erziehungsberechtigte (s. Eltern)  
 Erziehungsrecht, 785 ff., 823 ff., 836 ff.  
 – elterliches, 14, 590, 755, 785 ff., 823 ff.,  
 836 ff.  
 – Sexualerziehung, 823 ff.  
 – Sorgerecht, 777, 790 ff.  
 – staatliches, 823 ff.  
 Europäische Gemeinschaften (s. a.  
 Europäische Union, Unionsvertrag),  
 1631 ff.  
 Europäische Integration, 1632 ff.  
 – Demokratieprinzip, 1661 ff.  
 – Europarechtsfreundlichkeit, 1672, 1708  
 – Grundrechte, 1657 ff.  
 – Grundsatz loyaler Zusammenarbeit, 1708  
 – Integrationsverantwortung, 1718 f., 1740  
 – Kompetenzabgrenzungen, 1709 ff.  
 – nationale Kontrolle, 1707 ff.  
 – Schranken, 1654 ff.  
 – Staatsstrukturprinzipien, 1661 ff.  
 – verfassungsgerichtliche Kontrolle, 1707 ff.  
 Europäische Menschenrechtskonvention  
 (EMRK), 449 f., 711 ff., 1123, 1306,  
 1504 ff., 1508 ff., 1660, 1746a ff., 1902 ff.,  
 1939 ff., 2710  
 – Auslegung der Grundrechte, 1504 ff.,  
 1939 ff.  
 Europäische Union (s. a. Unionsvertrag), 48,  
 459, 1036, 1631 ff.  
 – demokratische Legitimation, 1662 ff.,  
 1788  
 – Grundrechtsschutz, 1654 ff., 1730 ff.,  
 1763  
 Europäischer Gerichtshof (EuGH), 550, 740,  
 1307, 1635, 1646 ff., 1657, 1707 ff.,  
 1730 ff., 1746 ff., 2629 ff.  
 – Vorabentscheidung, 1716, 2629 ff.  
 Europäischer Gerichtshof für Menschen-  
 rechte (EGMR) (s. Europäische Men-  
 schenrechtskonvention)  
 Europäischer Haftbefehl, 1281 ff., 1708,  
 1746a f.  
 Europäisches Gemeinschaftsrecht (s.  
 Unionsrecht)  
 Europäisches Parlament, 1998 ff.  
 – Fünf-Prozent-Sperrklausel, 1990 ff.  
 – Drei-Prozent-Sperrklausel, 2000 ff.  
 Europäische Staatsschuldenkrise, 1689 ff.  
 Europäischer Stabilitätsmechanismus,  
 1689 ff.  
 Europäische Zentralbank, 1710 ff., 1724 ff.  
 Europarecht (s. Unionsrecht)  
 Exekutive (s. Kernbereich, Verwaltung)  
 Existenzminimum (s. Grundrecht auf  
 Gewährleistung eines menschenwürdigen  
 Existenzminimums)
- Fachaufsicht**, 1858  
 Faires Verfahren, 250, 330 ff., 2658  
 Familie  
 – Diskriminierungsverbot, 780 f.  
 – Förderungsgebot, 782 ff.  
 – Schutzbereich (Begriff), 775 ff.  
 Familienlastenausgleich, 783  
 Fangschaltung, 998  
 Fehlbelegungsabgabe, 2719  
 Fernmeldegeheimnis, 973, 976 ff., 983 ff.,  
 992 ff., 999 ff.  
 – Auslandsüberwachung, 1003 ff.  
 – Reichweite des Schutzes, 976 ff.  
 – Vertrauen in das Medium, 987 ff.  
 – Vertrauen in die Kommunikationspart-  
 ner, 987 ff.

- Fernsehen (s. Rundfunk)
- Finanzausgleich, 432, 1451, 2712 ff., 2745 ff.
- Finanzkraft der Länder, 2756 ff.
  - horizontaler, 2745 ff.
  - vertikaler, 2745 ff.
- Finanzhilfen des Bundes, 1431, 2716
- Finanzminister, 1460, 2781 ff.
- Finanzmonopole, 2717, 2751, 2769
- Finanzverfassung, 1194, 2520, 2711 ff.
- Finanzwesen, 1431, 2711 ff.
- Fluchtalternative (s. a. Asylrecht), 1299, 1301
- Föderalismus (s. a. Bundesstaat), 1416, 1439
- Föderalismusreformen, 1807, 1870, 2353, 2357 ff., 2386 f., 2449, 2456, 2520, 2539, 2768, 2787
- Formalbeleidigung, 704
- Forschungsfreiheit, 254, 256, 268, 741 ff.
- Fortgeltung alten Rechts (Art. 125a f. GG), 2372 ff.
- Fractionen, 2092, 2107, 2153, 2156 f.
- Freiheitliche demokratische Grundordnung (s. Grundordnung)
- Freiheitsentziehung, 421, 434 f., 436 ff., 1519, 1521, 2602
- Abgrenzung zur Freiheitsbeschränkung, 434 f.
- Freiheitsstrafe, 159, 291 ff., 443, 447 ff., 2602, 2606
- Freizügigkeit, 315, 1020 ff.
- Fünfprozentklausel, 1381, 1616, 1989 ff.
- Fürsorgepflicht (s. Sozialstaat)
- G 10**, 122, 134 ff., 994 ff.
- Gebot der Folgerichtigkeit, 148 f.
- Gebot der Normenwahrheit (s. a. Bestimmtheitsgebot), 1528
- Gebühren (s. a. Abgaben), 678 f., 883, 1528, 2440 ff., 2457 f., 2511, 2515 f., 2718 f., 2742 f.
- Gefährderansreiben, 882
- Gemeinde (s. kommunale Selbstverwaltung)
- Gemeinschaftsaufgaben, 748, 1431, 2520, 2779
- Gemeinschaftsschule, 818 ff.
- Gemeinwohl, 41, 47, 102 f., 121, 135, 174, 368, 487, 768, 783, 851, 964, 1033, 1073, 1080, 1083, 1213, 1246 ff., 1254 ff., 1540, 1554, 1812, 1838 f., 1860, 1867, 1892, 2279 f., 2561, 2565
- Generalklauseln, 205 f., 226, 228, 235 f., 239, 329, 803, 1108
- Gerechtigkeit (s. Rechtsstaat)
- Gerichte (s. a. Rechtsprechung), 2596 ff.
- berufsständische, 2596, 2613 ff.
  - Ehren- und Standesgerichte, 2613 ff.
  - Funktionsfähigkeit, 2616 b ff.
  - Gemeindegerichte, 2621 f.
  - Kontrolldichte, 1338 ff., 2631 ff.
  - rechtsstaatliches Verfahren, 2645 ff.
  - Schiedsgerichte, 2616a
  - Überbesetzung, 2625 f., 2639 ff.
  - Unabhängigkeit, 2596, 2614, 2618 ff.
- Gerichtsvollzieher, 1131 ff.
- Gesamtstaat, 1418 ff., 2311, 2429 ff., 2569, 2716
- gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, 1342, 2714, 2716, 2779, 2786
- Geschäftsordnung des Bundestages (s. Bundestag)
- Gesetz (s. a. Vorbehalt des Gesetzes, Vorrang des Gesetzes)
- allgemeines, 682 ff.
  - Bestimmtheitsgebot, 87, 117, 393, 410 ff., 1006 f., 1525 f., 2474 ff., 2678 ff.
  - Einzelfall 105, 112 ff.
  - Regelungsdichte, 1481 ff., 1487 ff.
- Gesetzlicher Richter (s. Rechtsprechung)
- Gesetzesvorbehalt (s. Grundrechtsvorbehalt, Vorbehalt des Gesetzes)
- Gesetzgebung/Gesetzgeber (s. a. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers), 2349 ff.
- Unterlassen des Gesetzgebers, 4, 57 ff.
- Gesetzgebungskompetenz (s. a. Steuern), 2349 ff.
- Annexkompetenz, 2411 ff.
  - ausschließliche, 2361, 2376 ff., 2769
  - der Länder, 1363, 2350 ff., 2358, 2362 ff., 2379 ff.
  - konkurrierende, 2362 ff., 2379 ff.
  - kraft Natur der Sache, 2411, 2415 ff.
  - kraft Sachzusammenhangs, 2411 ff.
  - Rahmengesetzgebungskompetenz, 2359, 2370 f., 2387 ff.
  - Sperrwirkung, 2358, 2376 ff., 2379 ff., 2224 ff.
  - ungeschriebene, 2410 ff.

## Sachregister

- Verteilung zwischen Bund und Ländern, 2350ff.
- Gesetzgebungsnotstand, 1383, 2349
- Gesetzgebungsverfahren, 2260, 2349, 2354, 2357ff., 2508
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (s. a. Vorbehalt des Gesetzes), 1338, 1462ff.
- Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, 783, 1213, 1228, 1266, 1402
- Grenzen, 485, 748, 1194
- Gesundheit, 414
- Gewaltenteilung, 113f., 1454ff.,
  - funktionale, 1455ff., 2522, 2549
  - organisatorische, 1455ff.
  - Gewaltentrennung, 1501
  - vertikale, 1416
- Gewerbebetrieb, eingerichteter und ausgeübter, 1187ff.
- Gewerbefreiheit (s. Berufsfreiheit)
- Gewerkschaft, 945, 949ff., 1940ff.
- Gewissensfreiheit, 526ff., 603ff.
  - Normenkonflikte mit der staatlichen Rechtsordnung, 610ff.
- Glaubensfreiheit (s. a. Neutralitätsgebot, Weltanschauungsfreiheit), 526ff., 532ff., 1882
  - Bekenntnisfreiheit, 822, 841
  - Eidesverweigerung, 576ff.
  - Freiheit religiöser Vereinigungen, 547ff.
  - negative, 559, 561ff., 579, 587ff.
  - Schranken, 574
  - Selbstverständnis, 544f.
  - und gesellschaftliche Pluralität, 527ff.
  - und religiöse Konflikte in der Schule, 578ff.
  - vorbehaltloses Grundrecht, 530, 576f.
- Gleichberechtigung der Geschlechter, 451ff., 499ff., 520ff.,
- Gleichheit, Gleichheitssatz, -recht (s. Allgemeines Gleichheitsrecht)
- Gleichstellungsbeauftragte, 1854ff.
- Grundeigentum (s. Eigentum)
- Grundordnung, 227, 1570ff., 1880ff., 2127ff.
- Grundrecht auf ... (s. Recht auf ...)
- Grundrechte (s. a. Abwehrrecht, Deutschenrechte, Prozessgrundrechte, Schutzpflicht)
  - allgemeine Lehren, 2f.
  - Aufbau eines Grundrechts, 4f.
  - Ausgestaltung, 214ff., 664ff., 756ff., 957ff.
  - Ausstrahlungswirkung, 51, 53, 151, 204ff., 227ff., 491, 865
  - besonderes Gewaltverhältnis, 16ff.
  - Drittwirkung (s. Drittwirkung der Grundrechte)
  - Funktionen (s. Grundrechtswirkungen)
  - Geltung im Ausland, 40ff.
  - Grundrechtseingriff (s. Abwehrrecht)
  - Institutionen (s. Einrichtungsgarantie)
  - Institutsgarantie (s. Einrichtungsgarantie)
  - Jedermannrechte (s. Menschenrechte)
  - Landesgrundrechte, 48ff.
  - Leistungsrechte (s. a. Teilhaberechte), 51, 242f., 755
  - Organisationsrechte, 51, 164ff., 245ff.
  - politische, 1, 617ff., 848ff., 911ff.
  - Reservefunktion, 1744f.
  - Schutzbereich (s. Abwehrrecht)
  - soziale, 1, 3, 1436
  - subjektive Rechte, 52ff., 187ff.
  - Statuslehre, 52
  - Verfahrensrechte (s. a. Abwehrrecht), 251f., 2242
  - verfassungsrechtliche Grundentscheidung, 228
  - verfassungsrechtliche Rechtfertigung (s. Abwehrrecht, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)
  - Verhältnis von Ausgestaltung und Eingriff, 219ff.
  - Verzicht, 83ff.
  - vorbehaltlose, 5, 93ff., 576f., 603, 731, 970, 1322
  - Wertordnung, 97, 205, 1453
  - Wesensgehaltgarantie (s. dort)
  - Wirkungen (s. Grundrechtswirkungen)
- Grundrechtsberechtigung, 4, 1885
  - juristische Personen/Personenmehrheiten, 19ff.
  - juristische Personen des öffentlichen Rechts, 21ff.
  - natürliche Personen, 6ff.
- Grundrechtseingriff, 71ff.
  - Datenerhebung, 375ff.
  - Eingriffsähnliche Vorwirkung, 85a ff., 1554d f., 1554o ff.
  - Eingriffsgleiche Beeinträchtigung, 80ff.

- Grundrechtsfähigkeit (s. Grundrechtsbe-  
rechtigung)
- Grundrechtsfunktionen (s. Grundrechtswir-  
kungen)
- Grundrechtsgewährleistung, 5, 53, 93, 158,  
647, 864
- Grundrechtsgleiche Rechte, 1664
- Grundrechtskollisionen, 96 ff., 150, 298 ff.,  
730 ff.
- Grundrechtskonkurrenzen, 257 ff.  
– Gesetzeskonkurrenz (unechte Konkur-  
renz), 259 ff., 265 ff.  
– Idealkonkurrenz (echte Konkurrenz),  
260, 265 ff., 268, 880  
– Schrankendivergenz, 260
- Grundrechtsmissbrauch, 60
- Grundrechtsmündigkeit, 13 f.
- Grundrechtsschranken (s. Grundrechtsvor-  
behalt)
- Grundrechtsschutz  
– bei der Anwendung unionsrechtlich  
vollständig vereinheitlichter Regelungen,  
1736 ff.  
– Charta der Grundrechte der Europäi-  
schen Union, 1730 ff.  
– dynamischer, 1485  
– im Mehrebenensystem, 1730 ff.
- Grundrechtsträgerschaft (s. Grundrechtsbe-  
rechtigung)
- Grundrechtsverletzung, 57, 89
- Grundrechtsverpflichtete, 4, 33 f.
- Grundrechtsvorbehalt (verfassungsrechtli-  
che Eingriffsermächtigung), 5, 89 ff.  
– ausdrücklicher, 91 f.  
– Begrenzung vorbehaltsloser Grundrech-  
te, 93 ff.  
– einfacher, 91  
– qualifizierter, 91, 102  
– Regelungsvorbehalt, 91, 1037, 1040,  
1063, 1309 f.  
– ungeschriebene Eingriffsermächtigung,  
1158 ff.  
– verfassungsunmittelbare Begrenzung,  
93 ff.
- Grundrechtswirkungen, 4, 51 ff., 279, 853 ff.  
– leistungsrechtliche, 242 ff., 301 ff.  
– objektiv-rechtliche, 53 ff.  
– subjektiv-rechtliche, 53 ff.
- Grundsatz der Gesamtrepräsentation (s. a.  
Demokratie), 2044e
- Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der  
Entschädigung (s. Enteignung)
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, 87, 101,  
118 ff., 152, 159, 161 ff., 175, 181  
– Angemessenheit (Proportionalität,  
Verhältnismäßigkeit i. e. S.), 134 ff.  
– Erforderlichkeit, 127 ff.  
– Geeignetheit, 122 ff.  
– legitimer Zweck, 118 ff.  
– praktische Konkordanz, 150 f.  
– und Wechselwirkungslehre, 151, 693 ff.
- Handlungsfreiheit** (s. allg. Handlungsfrei-  
heit)
- Handwerksordnung, 1085 ff., 1159
- Haushaltsautonomie, parlamentarische,  
1699 ff.
- Haushaltsgesetz, 2178, 2191, 2326, 2780 ff.
- Haushaltsnotlage, 2762 ff.
- Haushaltsplan, 2194, 2467, 2719, 2734,  
2780 ff.  
– Grundsatz der Vollständigkeit 2719, 2734  
– Überschreitung, 2780 ff.
- Haushaltspolitische Gesamtverantwortung  
(s. Budgetrecht)
- Haushaltsrecht, 2711, 2733 f., 2780 ff.
- Hochschule (s. Universität)
- Hoheitsrechte (s. Beschränkung von  
Hoheitsrechten, Übertragung von  
Hoheitsrechten)
- Homogenitätsgebot, 751, 1432 ff.
- Immunität** (s. a. Abgeordnete), 2139 ff.
- Impfung  
– Impfnachweis COVID-19, 428  
– Masernimpfpflicht, 797a ff.
- Informationelle Selbstbestimmung, 266,  
338, 365 ff., 991, 1526
- Informationelles Trennungsprinzip, 409a f.
- Informationsfreiheit, 632 ff.
- Informationsrecht  
– des Bundestages, 82, 1706 f., 2086, 2151,  
2161 ff.  
– elterliches, 840
- Inhalts- und Schrankenbestimmungen (s.  
Eigentum)
- Institutionelle Garantie (s. Einrichtungsga-  
rantie)
- Integration (s. a. Europäische Integration)  
– europäische, 1632 ff.

- internationale, 1631ff.
- Integrationsverantwortung, 362, 1677, 1687, 1710, 1718f., 1740f., 2086
- Internationale Organisationen (s. Völkerrecht)
- Intimsphäre (s. allg. Persönlichkeitsrecht)
- Jugendhilfe**, 1405ff.
- Jugendschutz, 730ff., 1488
  - jugendgefährdende Schriften, 734, 1488ff.
- Junktivklausel, 1258
- Juristische Person (s. Grundrechtsberechtigung)
- Justizgewähranspruch, 330ff., 1313, 1326ff., 1498
- Karfreitag**, 568ff.
- Karikatur (s. Satire)
- Kernbereich
  - eines Grundrechts, 151, 173f.
  - exekutiver Eigenverantwortung, 1456ff., 2166
  - kommunaler Selbstverwaltung, 1818ff.
  - privater Lebensgestaltung, 379ff., 739, 1002, 1171
- Kernkompetenz, 2362ff.
- Kind, 13f., 512ff., 775ff., 805ff.
  - Adoption, 474ff., 479, 763, 775ff., 785ff., 798
  - Beamtenkinder (s. a. kinderreiche Beamte), 1904f., 1947f.
  - Erziehungsrecht (s. dort)
  - Kindeswohl, 474, 516, 763, 788, 790ff., 843
  - nichteheliches, 499, 809ff.
- Kinderreiche Beamte, 1962a
- Kirche, 20, 24ff., 526ff.
  - Selbstbestimmungsrecht, 549f.
  - Steuererhebung, 2771
  - und Vereinsrecht, 547ff.
- Klimaschutz, 85a ff., 428b ff., 1266a ff., 1554ff., 2787
- Koalition (s. a. Vereinigung), 262, 911ff., 913ff.
  - innere Ordnung, 945
  - Merkmale, 940
  - Mitgliederwerbung, 922ff.
- Koalitionsfreiheit, 151, 262, 911ff., 913ff.
  - Ausgestaltung und Begrenzung, 957ff.
- individuelle, 944
- kollektive, 945ff.
- Körperliche Unversehrtheit, 412ff.
  - medizinische Zwangsbehandlung, 417ff.
- Körperschaft des öffentlichen Rechts (s. a. Kirche), 21ff., 2613ff.
  - Grundrechtsberechtigung, 21ff.
  - Sitzungsgewalt, 2470ff.
  - Zwangsmitgliedschaft, 925ff.
- Kollektive Sicherheitssysteme, 1747ff.
- Kommunale Selbstverwaltung (s. a. Satzung, Steuern), 1801ff.
  - Abfallbeseitigung, 1839ff.
  - allgemeinpolitische Angelegenheiten, 1821ff.
  - Allzuständigkeit, 1806, 1818ff., 1845ff.
  - als institutionelle Garantie, 1801ff.
  - Aufgabenverteilungsprinzip, 1820ff.
  - Entzug von Aufgaben, 1837ff.
  - fehlende Grundrechtsberechtigung, 21ff.
  - Gebiets- bzw. Territorialreform, 1807f.
  - gemeindliche Hoheitsrechte, 1850ff.
  - Kernbereichsgarantie, 1808ff., 1818ff., 1858
  - örtliche Angelegenheiten, 1817ff.
- Kommunalrecht, 1801ff.
- Kommunen (s. kommunale Selbstverwaltung)
- Kommunikation
  - Kommunikationsgrundrechte, 15, 617ff., 848ff., 911ff.
  - Schutz, 618ff., 853ff., 936ff., 973ff.
- Kompetenzvermutung zugunsten der Länder, 2352, 2521ff.
- Kompetenzverteilung
  - Gesetzgebung, 2349ff.
  - Verwaltung, 2519ff.
- Kontrolldienste
  - bundesverfassungsgerichtliche, 323, 452ff., 477f., 2245f., 2631ff., 2786
  - verwaltungsgerichtliche, 1314, 1338ff.
- Kontrollentscheidungen (s. Rechtsschutz gegen Kontrollentscheidungen)
- Kopftuch
  - der Lehrerin, 584ff.
  - der Rechtsreferendarin, 592ff.
- Kreditaufnahme, 2780, 2786f.
- Kriegsdienst, 96f., 611ff.
- Kriegsdienstverweigerung, 91, 96f., 607ff., 616

- Kriegseintritt, 1769  
 Kriegsfolgenregelung, 1802f.  
 Kriminalstrafe, Verhängung durch Behörden, 2597ff.  
 Kruzifix  
 – im Klassenzimmer, 559ff., 578ff.  
 – in Behörden, 540a  
 Kündigungsfristen, 476ff.  
 Kündigungsschutz, 221ff., 1049, 1097, 1101ff.  
 Kunstfreiheit, 60, 95ff., 713ff.  
 – Kunstbegriff, 94f., 713ff., 730  
 – Pornographie, 716f.  
 – Schranken, 63, 730ff.  
 – und Jugendschutz, 730ff.  
 – Werk- und Wirkbereich, 718ff.  
 – werkgerechte Interpretation, 724ff.
- Länder** (s. a. Haushaltsnotlage, Finanzausgleich), 2519ff.  
 – Ausführung von Bundesgesetzen, 2539ff., 2557ff.  
 – Eigenstaatlichkeit, 2757  
 – Gemeinschaft der, 1423ff., 2754ff.  
 – Gemeinschaft von Bund und Ländern, 1431, 2525  
 – gemeinschaftliche Einrichtungen, 1423ff., 1431  
 – Gesetzgebungskompetenz, 1363, 1431, 2350ff., 2521ff., 2771ff.  
 – haushaltswirtschaftliche Selbständigkeit, 2779  
 – Hoheitsgewalt, 1415  
 – Mitfinanzierung der Länder, 2712ff., 2779  
 – Mitfinanzierung des Bundes, 2712ff., 2779  
 – Statusgleichheit, 1438f.  
 Länderfinanzausgleich (s. Finanzausgleich)  
 Länderkompetenzen  
 – Gesetzgebung, 1445ff., 1529ff., 2255ff., 2349ff., 2419ff.  
 – Steuern, 2745ff.  
 – Verwaltung, 2519ff.  
 Länderverwaltung (s. Länderkompetenzen, Verwaltung)  
 Landkreise (s. kommunale Selbstverwaltung)  
 Laienrichter (s. Richter)  
 Landeseigenverwaltung, 2539ff., 2557  
 Landesgesetze, 2349ff., 2376ff.  
 Lauschangriff (großer und kleiner), 283f., 364, 1116f., 1152ff.  
 Lebensgemeinschaft  
 – gleichgeschlechtliche, 757ff.  
 – nichteheliche, 759ff.  
 Lebenspartnerschaft (s. Lebensgemeinschaft)  
 Legitimation, 448, 1382ff., 1474, 2018, 2071f.  
 – demokratische, 1345ff., 2531f.  
 – Europäische Union, 1662ff., 1670ff.  
 – personelle, 1388f., 2119  
 – ununterbrochene Legitimationskette, 1358, 1389ff., 2532  
 – verfassungsrechtliche, 448, 1339  
 Lehrerrecht, 845  
 Lehrfreiheit (s. Wissenschaftsfreiheit)  
 Lenkungsabgaben, 487, 1529f., 2544ff., 2743f.  
 Leistungen, soziale, 301ff., 1401ff.  
 Leistungsrecht (s. a. Teilhaberecht), 51, 242ff., 755, 1261f., 1304  
 Leistungsverwaltung, 745f., 1910, 2528  
 Lindauer Abkommen, 1426  
 Listenverbindung (s. a. Wahl), 1990, 2035
- Mandat**, freies, 2087ff., 2121ff., 2126ff., 2157  
 – Überhangmandat, 2016ff., 2032ff.  
 Mauerschützen, 2696ff.  
 Medizinische Zwangsbehandlung, 417ff.  
 Mehrheitsbildung, parlamentarische, 1381  
 Mehrheitsprinzip, 581, 1438f., 2241ff.  
 Mehrheitswahlrecht (s. Wahl)  
 Mehrparteienprinzip, 1608, 1995  
 Meinungsbildung, 630f., 699, 708, 855ff., 1370ff.  
 – öffentliche, 5, 11, 63, 641ff., 705ff.  
 – politische, 623ff., 641ff., 1605ff., 2071ff., 2309  
 Meinungserforschung (s. Volksbefragung)  
 Meinungsfreiheit, 60ff., 262, 618ff., 1902f.  
 – Meinung, Begriff, 622ff.  
 – Meinungsneutralität von Gesetzen, 681ff.  
 – und allgemeines Persönlichkeitsrecht, 701ff.  
 – und Ehrschutz, 701ff.  
 – Vorrang konfliktvermeidender Deutungsmöglichkeiten, 696ff.

- Wechselwirkungslehre, 151, 693ff.
- Werturteil und Tatsachenbehauptung, 621ff.
- Menschenrechte, 6ff., 43
- Menschenwürde, 1ff., 269ff., 336ff., 1403
  - Grundgehalte, 270ff.
  - Objektformel, 283ff.
  - originäres Teilhabe- bzw. Leistungsrecht, 301ff.
  - subjektives Recht, 277ff.
  - substantielles oder prozedurales Verständnis, 271ff.
  - und demokratischer Verfassungsstaat, 269f.
  - Uneinschränkbarkeit, 5, 271ff., 278
  - Würdekollision, 298ff.
- Mietrecht, 632, 1214ff., 2626f.
- Minderheitenschutz, 452ff., 533, 578ff., 1596ff., 2235ff.
  - parlamentarischer, 2235ff.
  - religiöser, 533, 578ff.
- Mischverwaltung, 1431, 2520ff., 2527ff.
- Misstrauensvotum, konstruktives, 2326ff.
- Mitbestimmung, 53f., 125f., 911f., 928ff., 1165
- Mitwirkungsrechte, 51ff.
  - des Deutschen Bundestages, 1704ff., 1749f., 1773ff.
- Mutterschutz, 525, 800ff.
- Nachrichten** (s. Presse)
- Nasciturus (s. Embryo)
- NATO, 1747ff., 1777ff.
  - Doppelbeschluss, 862, 1473f., 1633, 1748
- ne bis in idem (s. Doppelbestrafungsverbot)
- Neugliederung des Bundes, 1360, 2767, 2187
- Neunergremium, 1706, 2086ff.
- Neutralität des Staates (s. Neutralitätsgebot)
- Neutralitätsgebot
  - Arbeitskampf, 960ff.
  - Presse, 655f.
  - religiös-weltanschaulich, 533ff.
    - striktes Gebot und Abwägung, 597ff.
    - subjektivrechtliche Bewehrung, 540a
    - Zurechenbarkeit zum Staat, 593ff.
- Nichtehelichkeit, 474, 499ff., 755ff.
- Niederlassungsfreiheit, 1020ff.
- Normenklarheit (s. Bestimmtheitsgebot)
- Nötigung, 861ff., 2680ff.
- Notstandsverfassung, 1799
- nulla poena sine lege (s. Rückwirkungsverbot)
- numerus clausus (s. Universität)
- Objektformel** (s. Menschenwürde)
- Öffentliche Aufgaben (s. Gemeinwohl)
- Öffentlicher Dienst (s. a. Beamte, Radikalenerlass), 1870ff.
  - Funktionsvorbehalt, 18, 1870, 1884, 1904ff.
  - Treuepflicht, 1886ff., 1902f.
  - Zugang zum, 18, 1870, 1873ff.
- Öffentliche Interessen (s. Gemeinwohl)
- Öffentlichkeitsarbeit (s. a. Publikumsinformationen), 1368ff., 1560f., 2071f., 2276, 2313a ff.
- OMT-Programm, 1710ff.
- Online-Durchsuchung, 370ff., 407, 989f., 998, 1525
- Opposition, 1372, 1444, 1561, 2006ff., 2201ff., 2276, 2355, 2785
- Organstreit (s. Partei)
- Pacta sunt servanda**, 1429
- Parität, 329, 536, 947, 962ff., 2459
  - beim Vertrag, 239, 329f.
  - geschlechterparitätisches Wahlrecht, 2044a ff.
  - im Arbeitsrecht, 911f.
  - Mitbestimmung, 911f.
  - religiöse, 536, 578f.
- Parlament (s. a. Bundestag), 1382ff., 1704ff., 1772ff., 1971ff., 2147ff., 2161ff.
  - Ausschüsse, 2177ff.
  - Delegationsbefugnis, 92, 2469ff.
  - Kontrolle des Haushaltsrechts, 1698ff., 1620, 2780ff.
  - Untersuchungsrecht (s. Untersuchungsausschuss)
- Parlamentssouveränität, 1382ff.
- Parlamentsvorbehalt (s. a. Vorbehalt des Gesetzes), 104, 1462ff., 1526, 1764ff.
  - Gewaltmonismus, 1383, 1495
  - Wesentlichkeitstheorie, 87, 1471ff.
- Parteien, 1555ff., 1990ff., 2016ff.
  - Chancengleichheit, 456, 1377, 1605ff., 1630, 1994ff., 2274, 2317ff.
  - Funktion, 1555ff.
  - Gründungsfreiheit, 1565ff., 1596ff.

- innerparteiliche Demokratie, 1596 ff.
- Minderheitenschutz, 1596 ff., 2206 ff., 2235 ff.
- Organisationsfreiheit, 1596 ff.
- Parteienfinanzierung (s. dort)
- Parteienprivileg (s. dort)
- parteinahe Stiftungen, 1619a
- Parteispenden (s. dort)
- Parteiverbot (s. dort)
- politische Werbung (Propaganda), 1609 ff.
- Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen, 1609 ff.
- Staatsfreiheit, 1571, 1595, 1628 f.
- Verfassungsfeindlichkeit, 1568 f., 1586, 1615, 2324g
- Verfassungswidrigkeit, 1583 ff.
- Wettbewerb, 1558 ff., 1605 ff.
- Parteienfinanzierung, 1620 ff.
- Obergrenzen, 1629a ff.
- private, 1621 ff.
- staatliche, 1626 ff.
- steuerliche Abzugsfähigkeit, 1621, 1624 f.
- Parteienprivileg, 47, 1566 ff., 1590
- Parteienstaat, 1556 f., 2320
- Parteispenden, 456, 1378, 2236
- Parteiverbot, 1565 ff.
- Potenzialität, 1585 ff.
- Voraussetzungen, 1583 ff.
- Persönlichkeit (s. allg. Persönlichkeitsrecht)
- Personalvertretungsrecht, 1385
- Politische Verfolgung (s. Asylrecht)
- Politische Willensbildung, 860, 1348 ff., 1563, 1623 ff., 2318
- Aufgabe der Parteien, 1555 ff., 1563, 1623, 1623
- Pornographie (s. Kunstfreiheit)
- Postgeheimnis (s. a. Fernmeldegeheimnis)
- Schutzbereich, 974
- Präklusion, 2668 ff., 2676
- verfahrensrechtliche, 2668 ff.
- im Zivilprozess, 2669 ff.
- Praktische Konkordanz (s. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)
- Presse, 641 ff., 657, 687, 705, 841
- Abgrenzung zur Rundfunkfreiheit, 650 ff.
- institutionelle Garantie, 647 ff.
- Neutralitätspflicht des Staates, 655 f.
- öffentliche Aufgabe (s. institutionelle Garantie)
- Schutzbereich, 643 ff., 649 ff.
- staatliche Förderung, 655 f.
- und allgemeines Persönlichkeitsrecht, 705 ff.
- Pressefreiheit (s. Presse)
- Privatautonomie, 176, 198 f., 214 ff., 231 ff., 325 ff., 968, 1036, 1095, 1100 ff., 1257
- Ausgestaltung, 222 ff.
- Privateigentum (s. Eigentum)
- Privatrecht, 19 ff., 35 ff., 172, 174, 204 ff., 325 ff., 336, 490 ff., 519 d, 803, 925, 1100 ff., 1180 ff., 1326 ff., 1904 ff., 2526
- Privatschule, 815, 830 ff.
- Finanzierung, 834
- Privatsphäre, 70, 338, 350, 364, 379 ff., 710, 985, 1135, 1161, 2111
- räumliche, 346, 1161 ff.
- Privatwirkung der Grundrechte (s. Drittwirkung der Grundrechte)
- Prognoseentscheidung, 125 f., 843 d, 1253, 2012, 2434
- Prozessgrundrechte, 2645 ff., 2657
- Publikumsinformationen, 65 ff., 73, 80 ff.
- Radikalenerlass**, 1886 ff.
- Radikalenbeschluss (s. Radikalenerlass)
- Rahmengesetzgebung, 2359, 2366, 2387 ff., 2458
- Abschaffung der, 2359, 2370 f.
- Rechnungsprüfung, 2780
- Recht am eigenen Bild, 350 ff., 705 ff.
- Recht am eigenen Wort, 350 ff.
- Recht auf
- Entwicklung und Wahrung der Persönlichkeit, 339 ff.
- Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, 370 ff.
- Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, 301 ff.
- informationelle Selbstbestimmung, 266, 338, 365 ff., 372, 991, 998, 1526, 2115
- körperliche Unversehrtheit, 413 ff.
- Leben, 413 ff.
- rechtsstaatliches Verfahren, 250, 332, 1322, 1331, 2116
- schulische Bildung, 242, 317, 841 ff.
- selbstbestimmtes Sterben, 340 ff.
- verfassungsrechtliche Grenzen, 393 ff.



## Sachregister

- Rechtliches Gehör, Anspruch auf, 1324 ff., 1331, 2610, 2645 ff.
- Anhörungsrüge, 1498, 2653
- Geltungsbereich, 2654 ff.
- Präklusion (s. dort)
- Prüfungsumfang, 2674 ff.
- Waffengleichheit, 2650, 2671
- Rechtsaufsicht, 1828 ff., 2561
- Rechtseinheit, Wahrung der, 2429 f., 2435
- Rechts- und Amtshilfe (s. Ausführung von Bundesgesetzen)
- Rechtsprechung (s. a. richterliche Rechtsfortbildung), 1497 ff., 2596 ff.
- Bindung an Recht und Gesetz, 1497 ff.
- gesetzlicher Richter, 2629 ff.
- Funktionsfähigkeit der Rechtspflege, 2616 b ff.
- Rechtsschutz (s. a. Justizgewähranspruch), 331, 1313 ff.
- bei Telefonüberwachung, 973 ff., 976 ff., 1004 ff.
- effektiver, 1313 ff.
- Ersetzung durch unabhängiges Organ, 1014 ff.
- Garantie, 1322 ff., 1876
- gegen den Richter, 1326 ff.
- gegen die öffentliche Gewalt, 1313 ff.
- gegen Kontrollentscheidungen, 1314, 1338 f.
- Instanzenzug, 1318, 2632
- verwaltungsgerichtliche Kontrolldichte, 1338 ff.
- Rechtssicherheit (s. a. Rechtsstaatsprinzip), 328, 402, 554, 1179, 1208, 1243, 1275, 1333, 1462 ff., 1524 ff., 1595, 2625, 2693, 2700
- Rechtsstaat, 1452 ff.
- formeller, 1453
- Gerechtigkeit, 1501, 1540
- materieller, 1453
- Rechtsstaatsprinzip, 330 ff., 1452 ff., 2470 ff., 2700
- und Satzungsgewalt, 1464, 2470 ff.
- Rechtsverordnung, 2469 ff.
- Änderung durch Gesetz, 2502 ff.
- Bestimmtheitserfordernis, 2474 ff.
- Erlass, 2492 ff.
- Ermächtigung, 2474 ff.
- Geltungsbereich, 2470 ff.
- gesetzvertretende, 2469
- Umlaufverfahren, 2492 ff.
- Zitiergebot, 2490 f.
- zur Umsetzung von EU-Recht, 2488 f.
- Zustimmungsbedürftigkeit, 2511 ff.
- Rechtsweg (s. a. Rechtsschutz), 1313 ff., 1425, 1985 ff., 2655
- Ersetzung, 1000
- Rechtsweggarantie, 1245
- Regelungsvorbehalt (s. Grundrechtsvorbehalt)
- Regierung (s. a. Bundesregierung), 2306 ff.
- demokratische Legitimation, 1386 ff.
- Kernbereich, 1456 ff.
- Kontrolle, 1387
- Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament, 1386 ff., 2161 ff., 2333 ff.
- Vetorecht, 2780
- Willensbildung, 1461
- Religiöse Vereinigungsfreiheit (s. Glaubensfreiheit), 547 ff.
- öffentlich-rechtliche Körperschaft, 552 ff., 569
- Religionsfreiheit (s. Glaubensfreiheit)
- Religionsunterricht, 581, 815, 846 f.
- Rentenanspruch, 1195 ff.
- Republik, 1342, 1432, 2081
- Resozialisierung, 145 f., 295, 339
- Rettungsfolter, 300
- Richter (s. a. Gerichte), 2598 ff., 2608 ff.
- Amtszeit, 2622 ff.
- Besoldung, 1947 ff.
- gesetzlicher, 2625 ff.
- Rechtsstellung, 2617 ff.
- Unparteilichkeit, 2626, 2644
- Richterliche Rechtsfortbildung, 12, 330, 971, 1498 ff., 1716
- Grenzen, 1502 ff.
- Richterrecht (s. richterliche Rechtsfortbildung)
- Richtervorbehalte, 165 f., 399 f., 1130 ff.
- Rückwirkungsverbot, 117, 1518 ff., 1532 ff., 2695 ff.
- Ausnahmen, 1539 ff.
- tatbestandliche Rückknüpfung (unechte Rückwirkung), 1534, 1548 ff.
- zeitliche (echte Rückwirkung), 1534 ff.
- Rundfunk/Rundfunkfreiheit, 650 ff., 657 ff.
- Abgrenzung zur Pressefreiheit, 650 ff.
- Ausgestaltung durch den Gesetzgeber, 664 ff.

- Berichterstattungsfreiheit, 141 ff.
- Bestands- und Entwicklungsgarantie, 673 ff.
- duale Rundfunkordnung, 665 ff.
- Finanzierung, 675 ff.
- Neutralitätspflicht, 1610 ff.
- öffentlich-rechtliche Grundversorgung, 671 ff.
- Programmfreiheit, 659
- Regelungsverantwortung des Gesetzgebers, 664 ff.
- Rundfunkanstalt, 20, 24 ff.
- Eigentumsrecht, 27
  
- Satire**, 724 ff.
- Satzung
  - Berufsverbände, 2471 ff.
  - kommunale Hauptsatzung, 1858
  - Übertragung von Satzungsgewalt, 2470 ff.
- Schadensersatz (s. Enteignung, Entschädigung, Staatshaftungsrecht)
- Schächtungsverbot, 70, 574 f.
- Schiedsgerichte (s. Gerichte)
- Schmähkritik, 702 ff.
- Schuldenbremse, 1691, 1702, 2787
- Schule, 789 ff.
  - Arten, 838 f.
  - Aufsicht, 817, 826
  - Ausschluss, 843 f.
  - Bekenntnisschule, 819 ff.
  - Gemeinschaftsschule, 818 ff.
  - konfessionell, 819 ff.
  - Organisationsgewalt, 815 ff.
  - Privatschule (Ersatzschule), 830 ff.
  - Schulschließungen, 842 ff.
  - Sexualekunde, 823 ff.
  - und Elternrecht, 836 ff.
  - und glaubensgeleitetes Handeln, 578 ff.
  - und Lehrerrecht, 845
  - und religiöse Konflikte, 578 ff.
  - und Schülerrecht, 841 ff.
- Schutzbereich (s. Abwehrrecht)
- Schutzgegenstand, 5, 51 ff.
- Schutzpflicht, staatliche, 4, 55, 176 ff., 229 ff., 298 ff., 428 ff., 519 d, 565 ff., 798, 879, 974, 1100 ff., 1266 a, 1554 b ff.
  - Erscheinungsformen, 176
  - Risikovorsorge (s. Vorsorge)
  - Schutzanspruch des Einzelnen, 187 ff.
  - Schutzniveau, 193 ff.
  - Untermaßverbot, 193 ff.
- Schwangerschaftsabbruch, 176 ff., 193 ff., 280 f.
  - Fristenlösung, 176
- Selbstbestimmung (s. allg. Persönlichkeitsrecht, Recht auf informationelle Selbstbestimmung)
- Selbstverständnis des Grundrechtsträgers, 58
  - Kunstfreiheit, 715
  - Menschenwürde, 278
  - Religionsfreiheit, 544 f., 547 ff.
- Selbstverwaltung
  - akademische, 745 ff.
  - berufsständische, 2471 ff.
  - funktionale, 1392 ff.
  - kommunale (s. dort)
- Sicherungsverwahrung, 444 ff., 1508 ff., 2705 ff.
- Sitzblockade, 857 ff., 2678 ff.
- Sonderabgaben, 2545 ff.
  - Berufsausbildungsabgabe, 2545 ff., 2721 ff.
  - Fremdnützigkeit, 2729
  - Gruppen- bzw. Finanzierungsverantwortung, 2727, 2735 ff.
  - Gruppennützigkeit, 2728 f., 2738 ff.
  - Informationspflicht, 2733 f.
  - Wasserpfennig, 2718 f.
- Sonderopfer, 1171, 1209, 1228, 1234
- Sondervermögen, 2787
- Sozialhilfe, 1029 ff., 1405 ff., 2528 ff.
- Soziale Rechte, 800 ff.
- Sozialstaat, 301 f., 800 ff., 805 f., 1400 ff.
- Sozialstaatsprinzip (s. a. Recht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums), 301 f., 800 ff., 1400 ff.
  - Konkretisierung, 800 ff., 805 f.
- Sozialversicherung
  - Anspruch, 1195 ff.
  - System, 1401 ff.
  - Träger, 21 ff.
- Sphärentheorie, 379
- Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung, 379 ff.
- Staatenbund, 1415
- Staatliches Informationshandeln (s. a. Datenerhebung), 65 ff., 1052 ff.

- Staatsangehörigkeit, 92b, 465, 480f., 496, 1272ff.  
 – Verbot der Entziehung, 1272ff.  
 – Volkszugehörigkeit, 1348ff.  
 – Wahlberechtigung, 1348ff.  
 Staatsfinanzierung, 2711ff.  
 Staatsfunktionen (s.a. Gewaltenteilung), 33, 40ff.  
 Staatsgewalt, 33ff., 215ff., 1347ff., 1382ff.  
 – Ausübung der, 1382ff.  
 Staatshaftungsrecht (s.a. Amtshaftung), 1446ff.  
 Staatsleitung, 2308ff., 2318  
 Staatsordnung, 619, 874  
 Staatsorgane, 34ff., 1372ff., 2273ff., 2315ff.  
 Staatspraxis, 2393ff., 2496ff.  
 Staatsvertrag, 1423ff., 1431, 1449  
 Staatsverwaltung, 1944, 2307ff.  
 – Mittelbare, 1804  
 Staatsvolk, 1348ff.  
 Staatswohl, 1706a, 2166ff., 2225, 2230a  
 Staatsziele, 1342ff., 2499ff.  
 Landesgerichte (s. Gerichte)  
 Steuergerechtigkeit, 485  
 Steuergesetzgebung  
 – Kompetenzen, 1529f., 2770ff.  
 – Rechtsverordnungsermächtigung, 2503ff.  
 Steuern, 2717ff.  
 – Abzugsfähigkeit von Parteispenden (s. Parteispenden)  
 – Aufwandsteuern, 2771ff.  
 – Bundessteuern, 2770  
 – Einkommensteuer, 485ff., 1191f., 2484ff.  
 – erdrosselnde, 1190, 1194  
 – Finanzausgleich (s. dort)  
 – Gemeindesteuern (s. Steuern, örtliche)  
 – Gemeinschaftssteuern, 2753ff., 2770  
 – Gewerbesteuer, 483ff., 1862ff.  
 – Grundsteuer, 2776ff.  
 – Körperschaftsteuer, 1542ff.  
 – Landessteuern, 2755, 2770  
 – Mischsystem, 2712ff.  
 – örtliche, 2770ff.  
 – Prüfungsmaßstab, 2744  
 – Realsteuer, 2770  
 – Steuerermäßigung für Parteispenden (s. Parteispenden)  
 – Trennsystem, 2712f.  
 – Umsatzsteuer, 2748, 2754ff.  
 – und allgemeiner Gleichheitssatz, 482ff.  
 – Ungleichartigkeit, 2771ff.  
 – Verbrauchsteuern, 2770f.  
 – Vermögensteuer (s.a. Vermögen), 1193f.  
 – Verteilung (s.a. Finanzausgleich), 2745ff.  
 Steuerrecht (s.a. Steuergesetzgebung), 482ff., 1191f., 1541ff., 1548f.  
 Stichtag, 493ff., 1536ff.  
 Strafrecht (s.a. Bestimmtheitsgebot, Rückwirkungsverbot), 291ff., 389ff., 725ff., 861ff., 2678ff., 2695ff.  
 – Auslegung, 2688ff.  
 – Strafe, 291ff., 444ff., 1508ff., 2598ff., 2678ff.  
 Strafgerichte, 2597ff.  
 Strafgewalt, staatliche, 2598ff., 2704  
 Strafprozess, 250, 1594f.  
 Strafverfolgung, 380ff., 1138ff., 2139ff.  
 Strafvollzug, 293ff., 339, 436, 449  
 Streik (s.a. Arbeitskampf), 946ff., 1936ff.  
 – Beamte, 938, 1522f., 1936ff.  
 – Streikrecht, 946ff.  
 – Streikverbot, 1936ff.  
 Streitkräfte (s. Bundeswehr)  
 Strukturprinzipien  
 – als Einrichtungsgarantien, 173f.  
 – der Ehe, 756ff.  
 – des Beamtentums, 1923ff.  
 – Staatsstrukturprinzipien, 1342ff.  
 Studiengebühren, 2440f., 2457f.  
 Subsidiaritätsprinzip, 263, 317  
 – im Europarecht, 1663, 1687  
 – im Wohlfahrtsrecht, 1405ff.  
 Systeme kollektiver Sicherheit, 1747ff.  
**Tarifautonomie**, 941, 947ff.  
 Tariffähigkeit, 941ff.  
 Tarifvertrag, 941ff.  
 Tatsachenbehauptung (s. Meinungsfreiheit)  
 Teilhaberecht  
 – derivatives bzw. abgeleitetes, 243f., 1110ff.  
 – originäres, 242, 301ff.  
 Telekommunikationsüberwachung, 395, 977ff.  
 Tierschutz (s. Umweltschutz)  
 Todesstrafe, 1302f.  
 Toleranzgebot, 579ff., 600ff.  
 Transsexuelle, 339, 479ff., 766ff.  
 Treaty Override, 1800ff.

- Übergangsregelung**, 192, 1083a ff., 1206, 1226, 1239, 1529
- Überhangmandat, 2016ff.
- Übermaßverbot (s. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)
- Übertragung von Hoheitsrechten (s. a. Beschränkung von Hoheitsrechten), 1633ff., 1747ff.
- der Länder, 1638f.
  - formelle Übertragungskontrolle, 1645
  - und Gesetzesvorbehalt, 1640ff.
- Umgekehrte bzw. Inländerdiskriminierung, 459ff.
- UMTS, 2749ff.
- Umweltschutz, 1342, 2500f.
- Unabhängigkeit des Richters, 2617ff.
- Unionsrecht, 11f., 459ff., 1646ff.
- Anwendungsvorrang, 1646ff.
  - Prüfungsbefugnis des BVerfG, 1693ff.
  - und nationales Recht, 1646ff.
  - und Verfassungsrecht, 1654ff.
  - Verbot monetärer Staatsfinanzierung, 1710, 1724ff.
- Unionsvertrag, 1646, 1677ff.
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, 1663, 1687, 1725ff.
  - Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, 1663, 1677, 1683, 1687, 1714, 1722, 1725
  - Subsidiaritätsprinzip, 1663, 1687
  - Universität (s. a. Studiengebühren), 24, 741ff., 1424ff.
  - Zulassungsrecht (numerus clausus), 1110ff., 1411f.
- UNO, 1749ff.
- Unterbringung, 164, 418ff., 439, 450, 1508
- Untermaßverbot (s. Schutzpflicht)
- Untersuchungsausschuss (s. a. Ausschuss), 2177ff.
- Aufgabe, 2203ff.
  - Befugnisse, 2216ff.
  - Beweiserhebungsrecht, 2216ff.
  - funktionsgerechte und organadäquate Aufgabenwahrnehmung der Bundesregierung, 2228ff.
  - Kontrolle privater Unternehmen, 2212ff.
  - Schutz der einsetzungsbefugten Minderheit, 2206ff., 2235ff.
- Urheberrecht, 27, 740, 1109, 1177ff., 1185
- Vater**, 237ff., 463ff., 512ff., 785ff., 803ff., 1337
- nichtehelicher, 785ff.
- Vaterschaftsanfechtung, 1277ff.
- Verbot der doppelten Bestrafung (s. a. Strafrecht), 2645
- Vereinigung (s. a. Koalition), 19, 29ff., 547ff., 911ff.
- Verbot, 931ff.
  - Zwangsmitgliedschaft, 925f.
- Vereinigungsfreiheit, 911ff.
- interne und externe, 919ff.
  - kollektive, 913ff.
  - negative, 925f.
  - Schutzbereich, 913ff.
- Vereinte Nationen (s. UNO)
- Verfahren
- faire, 250, 332f., 2650ff.
  - gerichtliches, 2603f., 2645ff.
- Verfahrensgrundrechte (s. a. Prozessgrundrechte), 1313ff., 1329ff.
- Verfassungsidentität, 1664, 1668f., 1707ff.
- Verfassungsinterpretation (s. Auslegung)
- Verfassungsmäßige Ordnung (s. a. Grundordnung), 10, 104, 316ff., 334f., 932ff.
- Verfassungsorgan, 1365, 1969ff.
- Verfassungsprinzip (s. a. Strukturprinzipien), 401, 1410, 1440, 1450
- Verfassungsrechtliche Eingriffsermächtigung (s. Grundrechtsvorbehalt)
- Verfassungsstaat
- demokratischer, 1, 269f., 1342ff.
- Verfassungswandel, 759
- Verhältnismäßigkeitsprinzip (s. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)
- Verhältnismäßigkeit (s. Wahl)
- Vermittlungsausschuss, 2185, 2359, 2459ff.
- Vermögensschutz (s. Eigentum)
- Vermögenswerte Rechte, 1167ff., 1191ff.
- Verordnungsermächtigung (s. Rechtsverordnung)
- Versammlung/Versammlungsfreiheit, 4f., 152, 848ff.
- Anmeldepflicht, 881, 889ff.
  - Auflösung, 896f., 909f.
  - Eilversammlung, 889ff.
  - Friedlichkeit, 859ff.
  - Großdemonstration, 898ff.
  - Kooperationspflichten, 898ff.
  - Kostentragungspflichten, 883

- öffentliches Forum, 867 ff.
- Ortswahl, 866 ff.
- rechtsextremistische Versammlungen, 903 ff.
- Sitzdemonstration (s. Sitzblockade)
- Spontanversammlung, 889 ff.
- und Meinungsfreiheit, 880
- unter freiem Himmel, 885 ff.
- Verbot, 896 ff.
- verfassungskonforme Auslegung, 889 ff.
- Versammlungsbegriff, 855 ff.
- Verteidigung, 100, 1752 ff., 1830 ff.
- Kompetenz, 1777 ff., 1830 ff.
- Verträge, öffentlich-rechtliche, 40, 1423 ff.
- Vertragsänderungen von Bündnisverträgen, 1775 ff.
- Vertragsfreiheit (s. a. Privatautonomie), 231, 266, 325 ff., 1090 ff.
- Vertrauensfrage, 1384, 2325 ff., 2338 ff.
- Vertrauensschutz, 1083a ff., 1242 ff., 1514 ff., 1532 ff., 2709
- Verwaltung, 2519 ff.
  - Auftragsverwaltung, 2557 ff., 2595 ff.
  - bundeseigene, 2578 ff.
  - Durchgriffsverbot, 1843, 2520
  - gesetzesakzessorische, 2525 f.
  - gesetzefreie, 2523 ff.
  - Landeszuständigkeit, 2539 ff.
  - Mischverwaltung, 2520 ff., 2355
  - mittelbare Staatsverwaltung, 1804
- Verwaltungsabkommen, 1423
- Verwaltungsgemeinschaft, 1804 ff., 1813 ff.
- Verwaltungsgerichtliche Kontrolle, 1338 ff.
- Verwaltungskompetenz, 2519 ff.
  - Bundeskompetenz, 2578 ff.
  - Sachkompetenz, 2561 ff.
  - Vermutung zugunsten der Länder, 2521 ff.
  - Wahrnehmungskompetenz, 2561 ff.
- Verwaltungsorganisation, 2519 ff.
- Verwaltungsverfahren, 247 ff., 1240 ff., 2545 ff.
- Verwaltungsverfahrensrecht, 247, 2553 ff.
- Verwaltungsverfahrensvorbehalt, 92 ff., 1457 f.
- Völkerrecht, 45, 1504 ff.
  - Bündnisverträge, 1747 ff.
  - Fortentwicklung bestehender Verträge, 1779 ff.
    - konkludente Vertragsänderung, 1779 f.
    - Rechte des Parlaments bei Vertragsänderungen, 1775 ff.
  - internationale Organisationen, 1757, 1767
- Völkerrechtliche Verträge (s. a. Völkerrecht), 1504 ff., 1642 ff., 1800 ff.
  - Zustimmungsgesetz, 1642 ff., 1648 ff.
- Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes, 330, 1506 ff., 1522 ff., 1800c, 1942 ff.
- Volk (s. Staatsvolk)
- Volksabstimmung, 1365
- Volksbefragung, 1362 ff., 2378, 2414
- Volksbegehren, 1360, 1365, 1433 ff.
- Volksentscheid, 1360, 1365, 1433 ff.
- Volksouveränität, 1351, 1387, 1579, 1712 ff.
- Volkszählung, 365 ff.
- Vorbehalt des Gesetzes (s. a. Parlamentsvorbehalt), 16, 65 ff., 80 ff., 192, 1157, 1456, 462 ff., 1806
  - Regelungsdicke, 410
  - Totalvorbehalt, 1473 f.
  - Verhältnis zu den Grundrechtsvorbehalten, 92, 104
  - Wesentlichkeitstheorie, 1417 ff.
- Vorsorge (Risiko), 196 ff., 1486
- Vorrang des Gesetzes, 1463 ff.
- Vorzugslasten, 2719
- W-Besoldung**, 1873 ff., 1950 ff.
- Wächteramt (s. Kindeswohl)
- Waffengleichheit (s. Rechtliches Gehör)
- Wahlen, 1345 ff., 1555 ff., 1971 ff.
  - Blockwahl, 1597 ff.
  - Briefwahl, 2060, 2073 ff.
  - Chancengleichheit, 456, 1377, 1605 ff., 1994 ff., 2270 ff.
  - Fünfprozentklausel, 1990 ff.
  - Gesamtdeutsche, 1990 ff.
  - Grundmandatsklausel, 2014 ff.
  - Grundsätze (s. Wahlgrundsätze)
  - innerparteiliche, 1596 ff.
  - Landeslisten, 1990 ff., 2016 ff., 2035 ff.
  - Listenverbindung, 1990, 2035
  - Mehrheitswahl, 1991, 2033
  - Minderheitenschutz, 1596 ff.
  - Nachrücken von Ersatzmännern, 2062 ff.
  - Negatives Stimmgewicht, 2035 ff.
  - Neuwahlen, 2326
  - Sperrklausel, 1616 ff. 2000 ff.

## Sachregister

- Stimmabgabe durch Vertrauensperson, 2074 ff.
- Überhangmandate, 2016 ff.
- Verhältniswahl, 1612, 1991 ff., 2012 ff., 2016 ff., 2035 ff.
- Wahlkreise, 2032 ff.
- Wahlwerbung (s. a. Öffentlichkeitsarbeit), 1368 ff., 1612 ff., 2071 f.
- Wahlwettbewerb, 1610 ff.
- Wahlbeeinflussung, 1378 ff., 2127 ff.
- Wahlgebiet, 2048 ff.
- Wahlgrundsätze, 1971 ff.
- Allgemeinheit, 2045 ff.
- Freiheit, 2071 f.
- Geheimheit, 2073 ff.
- Gleichheit, 1972 ff.
- Unmittelbarkeit, 2061 ff.
- Wahlkampf, 621 ff., 1376 f., 2270 ff.
- Wahlkampfkostenerstattung (s. Parteienfinanzierung)
- Wahlperiode, 2248 f., 2333
- Wahlrecht, 1348 ff.
  - Ausländerwahlrecht, 1349 ff.
  - Ausschluss von Betreuten, 2056 ff.
  - Auslandsdeutsche, 2054 f.
  - Geschlechterparität, 2044a ff.
  - Wahlrechtsreform 2023, 2012 ff.
- Wahlssystem, 1596 ff., 2018 ff.
- Wahlvorschlagsrecht, 2071 f.
- Warnungen, staatliche (s. Publikumsinformationen)
- Wehrdienst, 616
- Wehrfähigkeit, 1767
- Wehrverfassung, 1476, 1765 ff., 1792
- Weisungsrecht des Bundes, 2558 ff.
- Weltanschauung/Weltanschauungsfreiheit, 18, 526, 568 ff., 819 ff.
- Wertordnung (s. Grundrechte, Wertordnung)
- Werturteil (s. Meinungsfreiheit)
- Wesensgehaltsgarantie, 158 ff., 1656 ff.
- Wesentlichkeitstheorie (s. Parlamentsvorbehalt, Vorbehalt des Gesetzes)
- WEU, 1794 ff., 1761, 1775
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung (s. a. bundesfreundliches Verhalten), 117, 1449, 1524, 1529 ff., 2522, 2532
- Wiedervereinigung, 1422a ff., 1631, 1798, 1990 ff.
- Willensbildung
  - Abstimmungen, 1360 ff.
  - Beeinflussung, 1378 ff., 2127 ff.
  - demokratische, 1348 ff.
  - der Staatsorgane, 1371 ff.
  - Formen, 1355 ff.
  - Freiheit, 1367 ff.
  - Grenzen, 1379 ff.
- Willkürverbot, 453
- Wirtschaftslenkung, 2711
- Wirtschaftsordnung, 63 f., 1036, 1042, 1056, 1165, 2740
- Wissenschaft/Wissenschaftsfreiheit, 254 ff., 741 ff.
  - Lehrfreiheit, 744 ff.
- Wohnung/Wohnungsfreiheit (s. a. Datenerhebung, Durchsuchung, Lauschangriff, Mietrecht), 1116 ff.
  - Betretungs- und Besichtigungsrechte, 1158 ff.
  - Grundrechtsvorbehalte, 1124 ff.
  - Kündigung, 1214 ff.
  - Richtervorbehalte, 1125 ff., 1148 ff., 1157
  - Schutzbereich, 1119 ff.
  - Überwachung, 1151 ff.
  - Zwangsbewirtschaftung, 1020
- Zensur, 642**
- Zerrüttungsprinzip, 770 ff.
- Zitiergebot, 106 ff., 2490 ff.
- Zivildienst, 16
- Zivilprozess, 2669 ff.
- Zölibatsklausel, 765
- Zoll, 2518, 2769
- Zuständigkeitsvermutung, 2521 ff.
- Zustimmungsbedürftigkeit
  - Aufspaltung von Gesetzen, 2542 f.
  - Auslandseinsätze der Bundeswehr, 1764 ff.
  - Gesetz, 2354 ff.
  - Rechtsverordnungen, 2511 ff.
- Zwangsbehandlung (s. medizinische Zwangsbehandlung)
- Zwangsvollstreckung, 1131 ff.
- Zweitwohnungssteuer, 2733 ff.